Ausgabe 04/01

Impressum

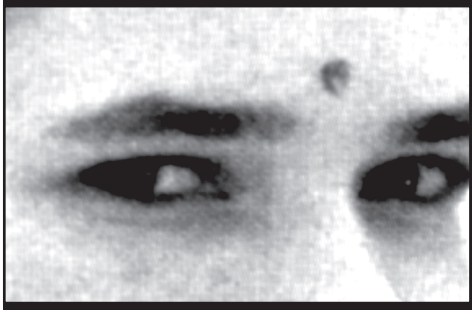
Impressum
Zeitschrift: Quer - denken, lesen, schreiben. Gender-/Geschlechterfragen update
Verantwortliche Herausgeberinnen: Frauenrat (Ruth Ehbets, Mathilde Haubricht, Edith Bauer, Silke Gahleitner, Dagmar Schultz, Birgit Rommelspacher, Sabine Höppner, Caroline Stern) und Frauenbeauftragte (Heike Weinbach) der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Pflege/Pflegemanagement

Redaktion der Ausgabe 04/2001:
Ute Carstens (Studentin), Leah Carola Czollek (Lehrbeauftragte, stellvertr. Frauenbeauftragte), Silke Gahleitner (Alice-Salomon-Promotionsstipendiatin, Lehrbeauftragte, Mitglied des Frauenrats), Mathilde Haubricht (Bereich Bibliothek, Mitglied des Frauenrats), Ingrid Neunhöffer (Studentin, Tutorin im Büro der Frauenbeauftragten, verantwortl. QUER-Redakteurin), Heike Radvan (Berliner Kampagne gegen Männergewalt), Karin Schwarz (Bereich Weiterbildung, Personalrätin), Caroline Stern (Studentin, Mitglied des Frauenrats), Heike Weinbach (Frauenbeauftragte),

Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin-Hellersdorf
T- 030-99245-322 o. - 320
E-mail: frauenbeauftragte@asfh-berlin.de
Webseiten: http://www.asfh-berlin.de/gender.html

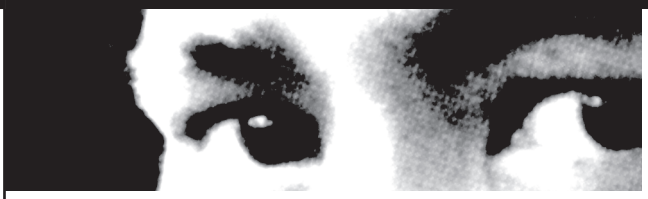
1. Auflage 04/01: 1000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.



Bildnachweis:

Die Illustrationen auf den Seiten 14, 39, 40 und 43 sind aus dem Fundus der Layouterin.
Das Foto auf Seite 31 ist aus der französischen “Le monde 2”, Ausgabe Nr.9, 2001.
Das Foto auf Seite 47 ist aus der englischen “Frieze - Contemporary Art And Culture”, Ausgabe Mai, 1997.



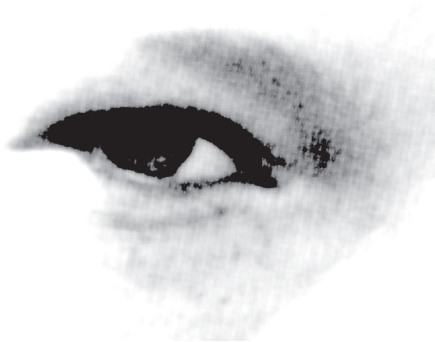
Frauen in Gewaltverhältnissen

Sexuelle Gewalt im Wandel der Zeit

BIG-Hotline

Migrantinnen in Mißhandlungssituationen

Täterarbeit



Genderstudies, Frauenforschung, feministische Theorie?

Editorial

2

Wieder ist eine Ausgabe der QUER fertig, die vierte inzwischen. Innerhalb der Redaktionsgruppe gibt es eine sehr fruchtbare und angenehme Zusammenarbeit zwischen Frauen aus der Fachhochschule und aus der Praxis, und die QUER wird auch außerhalb der Fachhochschule gerne gelesen.
Das Schwerpunktthema "Frauen in Gewaltverhältnissen" hat uns viele spannende Artikel beschert, die die Weiterentwicklung der verschiedenen Themen dokumentieren. Parallel zur Arbeit an diesem Heft läuft die Vorbereitung zu dem Fachhochschultag zum selben Thema am 30./31.10.2001, über dessen Besuch wir uns sehr freuen würden. Das Programm haben wir in der Rubrik "Veranstaltungen" abgedruckt, und einige der AutorInnen können Sie dort wieder treffen.

Silke Gahleitner beschreibt die Entwicklungen in der Diskussion um sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen, die nach wie vor von großer Unsicherheit, aber auch zunehmender Professionalisierung gekennzeichnet ist.
Die spezifischen Bedingungen von Migrantinnen in Frauenhäusern und die notwendigen Interventionen stellt Nadja Lehmann vor.
Die "Kampagne gegen MännerGewalt" hat einen provokanten Namen. Heike Radvan stellt die Kampagne vor und begründet die Benennung der Täter an herausragender Stelle.
Die Brücke zum Lesben-Schwerpunkt des letzten Hefts schlägt Claudia Jarzebowski von Amnesty International mit ihrem Artikel über Gewalt und Diskriminierung, denen Lesben in verschiedenen Ländern ausgesetzt sind.

Der Spruch "Sag mir wo die Männer sind..." gilt in der Täterarbeit nach wie vor. Wir haben gleich von zweien dieser raren Männer Artikel im Heft:
Gerhard Hafner beschreibt die Positionen, die verschiedene Projekte als Ausgangspunkt ihrer Arbeit nehmen, und die daraus resultierenden Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit.
Heinz Cornel diskutiert von einem kriminalpolitischen Standpunkt aus ein neu entwickeltes Fortbildungsprogramm für GruppenleiterInnen von Täterprogrammen, das ab 2002 an der ASFH angeboten wird. Zur weiteren fachlichen Diskussion bietet sich die Fachtagung zum Thema "Interventionen gegen häusliche Gewalt" an, die am 25.09.2001 hier an der Fachhochschule stattfindet - weitere höchst spannende Auseinandersetzungen sind dort bestimmt zu erwarten.

Ans Herz legen möchte ich Ihnen auch die verschiedenen Projektbeschreibungen, die den theoretischen Diskussionen die praktischen Gegebenheiten beisteuern.
Besonders froh sind wir über die Zusammenarbeit mit Projekten aus Marzahn-Hellersdorf, die zur langsamen Verwurzelung der Fachhochschule im neuen Großbezirk beitragen. In diesem Heft beschreiben A. Höhne und R. Bahr die Arbeit in der Zufluchtswohnung des Frauenzentrums Matilde, und Carmen Weber stellt den Arbeitskreis Marzahn-Hellersdorf gegen häusliche Gewalt vor.
Susanne Gerull beschreibt die Arbeit des Gesamtberliner Projektes BIG (Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen) und faßt die Evaluation der BIG-Hotline zusammen.

Innerhalb der Fachhochschule scheint eine Diskussion über die Bedeutung und Zukunft der Frauenprojekte in Gang zu kommen. Auf den Artikel von Edith Bauer, Brigitte Geißler-Piltz und den Studentinnen eines Frauenprojekts im letzten Heft antworten Leah Czollek und Gudrun Perko in dem Artikel "Zwischen "Wahrheit", "Kaffeekränzchen" und Nichts?". Sie stellen die unterschiedliche Bedeutung von Frauenforschung, Gender Studies und feministischer Theorie in Bezug auf Lehre und Forschung zur Diskussion.
Auch einen Leserinnenbrief zu diesem Thema drucken wir ab.

Wir sind also stolz, dieses inhaltlich vollgepackte Heft vorlegen zu können. Bei allen Autorinnen bedanken wir uns ganz herzlich für die engagierte und prompte Zusammenarbeit.

Das nächste Heft Nr. 5 wird nun endlich, wie lange angekündigt, unter dem Schwerpunkt "Pflege" (Arbeitstitel) stehen. Falls Sie Interesse an der Mitarbeit haben, freuen wir uns über Post oder Anrufe.

Ingrid Neunhöffer

Inhalt

Schwerpunkt - heavy point: Frauen in Gewaltverhältnissen

4 *Silke Gahleitner:* Psychosoziale Antworten auf sexuelle Gewalt im Wandel der Zeit
9 *Susanne Gerull:* Die BIG-Hotline bei häuslicher Gewalt
10 *Nadja Lehmann:* Migrantinnen in Mißhandlungssituationen
14 *Nadja Lehmann:* Projektvorstellung: Interkulturelles Frauenhaus
15 *Gerhard Hafner:* "Sag mir wo die Männer sind..." Über unmotivierte Täter und eine Täterarbeit, die erst am Anfang steht.
18 *Heinz Cornel:* Interventionen gegen häusliche MÄNNERgewalt - Relevanz, Begründung, Programe und Ausbildung
25 *Heike Radvan:* Benannt! "Männergewalt" im Titel einer Öffentlichkeitskampagne
28 *Claudia Jarzebowski:* Lesben als Asylbewerberinnen? Lesben als Migrantinnen?

Zahlen - drowning by numbers

32 Prostitution und Frauenhandel
33 Gesellschaftliche Folgekosten von Gewalt gegen Frauen

Genderfragen - update

35 *Leah C. Czollek/ Gudrun Perko:* Zwischen "Wahrheit", "Kaffeekränzchen" und Nichts?
37 *Ella Horn:* Leserinnenbrief

ASFH-Alltag - big sister is watching you

38 *Ingrid Neunhöffer:* AstA - Frauenreferat heißt weiter Frauenreferat
38 Gender-Mainstreaming-AG beauftragt
39 *Tutorium "Studieren mit Kind":* Kinderbetreuung wird wahr!

Frauen im Ausland - women international

40 *Silke-Brigitta Gahleitner:* Dissertation mit Auslandsinput - ein förderungswürdiges Unternehmen?!
44 *Claudia Rudler:* Häusliche Gewalt in England - Erfahrungen einer Ausslandsstudentin

HellerZahn - messages from the suburbs

46 *Carmen Weber:* Der Arbeitskreis Marzahn-Hellersdorf gegen häusliche Gewalt
46 *Höhne/ R. Bahr:* Zuflucht in Hellersdorf

Internetseiten - websisters

47 *Ute Carstens:* Suchbegriff: Gewalt gegen Frauen

Bücherschau - booklook

49 Literatur zum Schwerpunktthema

50 **Veranstaltungshinweise - last but not least**

Lichtblicke und Dunkelfelder
- Psychosoziale Antworten auf sexuelle Gewalt im Wandel der Zeit

Silke-Birgitta Gahleitner

In den Massenmedien wie in der sozialpädagogischen, psychologischen und juristischen Fachöffentlichkeit hat sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen in den letzten Jahren auf unterschiedliche Weise zunehmend Beachtung erfahren. Dennoch gibt es nach wie vor kontroverse Diskussionen und wenig gesichertes Wissen, wie Hilfen für Betroffene tatsächlich aussehen sollten. Professionelle Arbeit in diesem Bereich ist immer noch und immer wieder gekennzeichnet von einer Gratwanderung: *"Nicht gleich eine Lawine lostreten, nicht denunzieren, zugleich aber so handeln, daß später nicht der Vorwurf erhoben werden kann, man habe nichts unternommen ..." (Frankfurter Rundschau vom 19.8.1996).*

Den betroffenen Kindern ist mit einer Skandalisierung des Themas ebensowenig geholfen wie mit einem beharrlichen Verschweigen der Tat. Die Widersprüche im Arbeitsauftrag verunsichern zudem die Praxis: Sie muß bei sexuellem Mißbrauch tätig werden. Gleichwohl setzt sich in der Fachöffentlichkeit die Erkenntnis durch, daß eingreifende Maßnahmen nicht in jedem Fall hilfreich sind. Hier fehlen Konzepte, die es ermöglichen, daß PraktikerInnen nicht unter Außendruck agieren, sondern ihre berufliche Kompetenz nutzen können.

Stichhaltige und praktikable Konzepte entstehen idealtypisch auf dem Weg permanenter Rückkopplung zwischen Theorie und Praxis und werden unter einem möglichst konstruktiven Diskurs der zugehörigen Fachwelt formuliert - eine Aufgabenstellung, in der wir uns als Fachhochschule an einer wichtigen Schlüsselposition befinden. Im Falle sexueller Gewalt an Kindern fehlt es jedoch nicht nur bis heute an breiter und relevanter Forschung und Grundlagenforschung, sondern die Gemüter erhitzen sich an ideologieträchtigen Diskussionen.

Wieso ist es nicht möglich, bei diesem Thema differenziert und abseits von Extrempositionen zu argumentieren?
Für ein besseres Verständnis dieser Dynamik muß man zeitlich ein wenig zurückgreifen.

Sexueller Mißbrauch historisch betrachtet

> *"Die Geschichte der Forschung zum sexuellen Mißbrauch ist fast so spannend wie ein Kriminalroman. Schaut man auf die letzten 100 Jahre zurück, zeigt sich ein interessantes Wechselspiel: Nach den sich wiederholenden Versuchen, sexuelle Ausbeutung von Kindern zu problematisieren, wurde das Thema in Deutschland immer wieder unter den Teppich gekehrt."*
>
> *(Bange, 1992, S.12)*

Sexuelle Übergriffe auf Frauen und Kinder waren zu allen Zeiten Bestandteil der Normalität. Beim Lesen in der Bibel oder anderen noch früher entstandenen Gesetzessammlungen oder Quellen in Texten über das Vorgehen in der Antike, finden wir bis hinein ins 18. Jahrhundert immer wieder Schilderungen von sexuellem Mißbrauch an Kindern ohne jedes Problembewußtsein der Erwachsenen[1] (de Mause, 1977).

Über Jahrhunderte hinweg bis heute wirkte sexueller Mißbrauch in seiner bedrängenden Alltäglichkeit auf das unmittelbare Umfeld der betroffenen Kinder und Jugendlichen offensichtlich als etwas Unglaubliches, das verdrängt und geleugnet werden mußte. Opfer werden trotz der zahlreichen Öffentlichkeitsarbeit bis heute mit Abwehr, Leugnung und Bagatellisierung oder auch Schuldzuweisung konfrontiert, Professionelle, die sich um ihr Schicksal bemühen, in ihrer Qualifikation in Zweifel gezogen. (Hentschel, 1996). Freud[2] und seine Entdeckung des sexuellen Kindesmißbrauchs unter anschließender Verbannung des Phänomens in die Welt der Phantasie ist hier nur ein Beispiel unter vielen. Versucht man sein Verhalten nachzuvollziehen, wird deutlich, welch ungeheurem Druck Professionelle aller Zeiten ausgesetzt waren, die das Thema an die Öffentlichkeit bringen

und Opfern Unterstützung zukommen lassen wollten (Masson, 1986).

Betrachtet man die Neuzeit, begann Ende der 70-er Jahre die Frauenbewegung neben der Gewalt gegen Frauen auch sexuelle Gewalt an Kindern in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Selbsthilfeansätze wurden formuliert und umgesetzt. Die Öffentlichkeit sowie die Fachwelt reagierten geschockt, ungläubig und empört. Vor allem die Aussagen, daß jedes dritte oder vierte Mädchen und jeder achte bis zwölfte Junge betroffen sind, daß die Täter aus allen Schichten kommen, ganz "normale" Männer sind und daß die Opfer oftmals ihr ganzes Leben unter den Folgen leiden, führten zu diesen Reaktionen.

Einige Jahre später begannen sich auch, familientherapeutische Ansätze im Rahmen der Kinderschutzarbeit in Mißhandlungsfamilien mit diesem Thema zu befassen. Damit entstanden die ersten fachlichen Kontroversen über Ausmaß, Ursachenfragen und Interventionsansätze.

Es ist diesem Engagement, besonders aber dem Brechen des Schweigegebots Betroffener zu verdanken, daß es mittlerweile in das Bewußtsein von immer mehr Menschen gedrungen ist, daß sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder durchaus alltägliche Realität sein kann.

Sexueller Mißbrauch im Diskurs

> *„Die Diskussion um sexuellen Mißbrauch hat inzwischen eine wechselvolle Geschichte. Sie liest sich wie eine Reise durch verschiedene Mythen, bei der sich die Wirklichkeit ständig verwandelt." (Rommelspacher, 1996, S. 17)*

Wo also liegt die Ursache für die Ungläubigkeit und die leidenschaftlich geführte Debatte?

Selbst in Anerkennung des Phänomens erhitzte sich die Fachwelt von Beginn an in Diskussionen über Ausmaß, Ursachen- und Interventionsfragen. Während der feministische Diskurs sexuelle Übergriffe als Gewalthandlung benannte und als Ausdruck der Machtausübung von Männern über Frauen und Mädchen deutete, wurde sexueller Mißbrauch in der Kinderschutzbewegung als eine Form von Kindesmißhandlung gefaßt. Die Wahrnehmung wurde jeweils darauf zentriert, was für die jeweilige Gruppierung bedeutsam erschien. Während feministische Modelle sich weitgehend darauf beschränkten, das Konzept der "woman-abuse"-Forschung auf sexuellen Mißbrauch von Kindern zu übertragen, konzentrierten sich familientherapeutische Ansätze auf die Dynamik innerhalb des Horts Familie. Beharrten die einen auf "dem" Machtgefälle zwischen Männern und Frauen, ignorierten die anderen jegliche Gesellschafts- und Machtstrukturen und betrachteten den sexuellen Mißbrauch als eine Form der innerfamilialen Kindesmißhandlung, für die altbewährte Konzepte bedenkenlos übernommen werden konnten.

Alle diese Modelle erweitern die Perspektive über sexuelle Gewalthandlungen an Kindern, führen jedoch zu einer ausweglosen Verwirrung, wenn sie gegeneinander ausgespielt werden. Zuweilen verkamen Falldarstellungen in diesem Kontext zu Anschauungsmaterial dahinterstehender Ideologien (Rommelspacher, 1996). In seinem Artikel "Glaubensbekenntnis und Gruppenjargon. Streitpunkte und Standpunkte zur Diskussion um sexuellen Mißbrauch" beschreibt Jörg Michael Fegert die Auswüchse der extrem polarisierten Diskussion. *"Jeder Satz in der derzeitigen Diskussion über sexuellen Mißbrauch beinhaltet in Deutschland ein für die/den ‚Uneingeweihte/n' kaum merkliches "Glaubensbekenntnis." (Fegert, 1991, S. 47 f.)* Eine differenzierte Betrachtung einzelner Schicksale vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Biographie und innerhalb des jeweilig gegebenen sozialen Zusammenhangs der Thematik ging dabei häufig verloren.

Mitten in diese Diskussion hinein tradierte sich aufs Neue eine Bewegung der Skepsis. Die Kampagne: „Mißbrauch mit dem Mißbrauch" verstärkte die Verunsicherung in der Fachwelt, die gerade dabei war, um rationale Kriterien der Wahrheitsermittlung bzgl. sexueller Gewalt zu ringen. Im Januar 1994 wurde dazu von der Alice-Salomon-Fachhochschule eine intern wie extern umstrittene Tagung mit dem Titel: „Sexueller Mißbrauch – Evaluation und Praxis der Forschung" veranstaltet, die sich zum Ziel gesetzt hatte, gegen eine *„ideologisierte Mißbrauchspanik und uferlose Verdächtigungshysterie" (aus der Einladung, 1994)* vorzugehen.

Die Inhalte der Kampagne lassen sich im Wesentlichen auf folgende vier Punkte zusammenfassen:

1. Das Ausmaß sexueller Gewalt sei übertrieben bzw. erfunden, werde jedoch von Seiten der Jugendämter sowie vieler, insbesondere parteilicher, Beratungsstellen leidenschaftlich inszeniert und skandalisiert (Rutschky & Wolff, 1994, S. 7);

2. Die Qualität wie Quantität der Folgen für die Opfer werde maßlos übertrieben und verzerrt dargestellt (Kutschinsky, 1994, S. 49 ff.);

3. Sexueller Mißbrauch werde in Sorgerechts- und anderen Verfahren gehäuft genutzt, um Vätern das Sorgerecht zu vereiteln. Die Verdachtsabklärung sei dabei durch unseriöses, aktionistisches, manipulatives und suggestives Verhalten geprägt (Undeutsch, 1994, S. 193 ff.).

4. Sexueller Mißbrauch sei eine feministische Erfindung, die sich nahtlos in männerfeindliches Verhalten und sexuelle Prüderie einfügen lasse: *"Sexueller Mißbrauch von Kindern ist gleich Mißhandlung plus Feminismus" (Rutschky, 1992, S. 17 f.).*

In der Entgegnung wurde dargelegt, daß deutsche wie internationale Untersuchungen übereinstimmende Zahlen zu sexueller Gewalt aufweisen (Bange, 1992), nach denen jedes 4.-5. Mädchen und jeder 8.-12. Junge davon betroffen ist. Ebenso erhöht nach zahlreichen wissenschaftlichen Erhebungen sexuelle Gewalt das Risiko, kurz- oder langfristig eine Vielfalt von Lebensproblemen zu haben, signifikant (Russel, 1986; Finkelhor, 1984; Bange, 1992; Herman, 1993).

Nach wie vor landet nur ein Bruchteil sexueller Gewalttaten vor den Gerichten. Eine behutsame und sachliche Vorgehensweise bei der Verdachtsabklärung wird dabei im Namen des Kindes und aller Beteiligten von jeder Seite gefordert. Diagnostik und Testverfahren sind bis heute in der Entwicklung.

Präventionskonzepte basieren auf dem bewußten Empfinden von Liebe, Lust und Zärtlichkeit als Grundlage ihrer Arbeit mit Mädchen und Jungen verschiedener Altersgruppen. Sensibilität gegenüber sexueller Gewalt bedeutet Sensibilität gegenüber dem Mißbrauch von Machtverhältnissen, nicht Skepsis gegenüber gleichberechtigt gelebter Sexualität.

Dennoch: das Ausmaß der Kampagne und der Verunsicherung, die in den frühen 90-er Jahren daraus erwuchs, verwies nicht nur auf die typischen *"Phasen der Amnesien"* in der Geschichte der Erforschung psychischer Traumata, wie sie Judith Lewis Herman für Gewaltopfer beschreibt *(Herman, 1993, S. 17)*, sie verwies auch auf tatsächlich bestehende Defizite des Standes der Forschung und der Praxis im Umgang mit sexuellem Mißbrauch.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen wollte die im Herbst 1995 durchgeführte Tagung „Skandal und Alltag - Sexueller Mißbrauch und Gegenstrategien" Forschung und Praxis zu weiteren Studien und Diskussionen aus verschiedensten Richtungen anregen und zusammenführen, spezifische Problemfelder genauer beleuchten und den Kenntnisstand zu sexueller Gewalt vorantreiben. *„Es gibt keine systematische Erforschung dieses Bereichs, keine theoretische Aufarbeitung der bestehenden Praxiserfahrungen und nur wenige Ansätze interdisziplinärer Zusammenarbeit" (Hentschel, 1996, S. 10),* so Gitti Hentschel im Herbst 1995 in der Einführung. Die Tagung entstand als eine Initiative der damaligen Frauenbeauftragten der ASFH in Zusammenarbeit mit dem Studienzentrum Geschlechterverhältnisse, Studierenden und der „Fachrunde gegen sexuellen Mißbrauch an Kindern in Berlin" und war das Produkt eines gelungenen Theorie-Praxis-Verbundes. Sie setzte ein Zeichen, daß ein sinnvoller gesellschaftlicher Umgang mit dem Faktum sexueller Gewalt nicht im Hin- und Herpendeln zwischen Extrempositionen bestehen kann. Vielmehr bedarf es einer Besinnung auf das Ausmaß des Problems und einer Reflexion adäquater Reaktionen. In diesem Sinne erwies sie sich - ebenso wie zahlreiche darauf folgende Tagungen und Kongresse im Kinderschutzbereich - als effektiver Anstoß für Erkenntnisprozesse und deren Umsetzung in die praktische Arbeit gegen sexuelle Gewalt an Kindern.

Sexueller Mißbrauch heute – eine Standortbestimmung?

"Eine gegenstandsbezogene und primär auf Prävention ausgerichtete Gewaltforschung müßte daran interessiert sein, ohne Scheuklappen theoretische Ansätze und empirische Resultate aus den unterschiedlichsten Lagern zu würdigen und Möglichkeiten für Synergieeffekte auszuloten." (Godenzi, 1993, S. 26)

„Jede Intervention ist eine Interpretation der Wirklichkeit" (Rommelspacher, 1996, S. 18). Hundertprozentige Neutralität und Objektivität ist hier nicht zu erreichen und womöglich auch gar nicht erstrebenswert. Aber zu den Aufgaben als Professionelle/r gehört eine so umfassende Auseinandersetzung mit der Thematik und Reflexionsfähigkeit, daß eine ausgewogene Balance zwischen kritiklos übernommener Ideologie und orientierungsloser Informationsüberflutung herstellbar ist. (ebenda)

Wie ist der Stand der Dinge heute? – Die Medien berichteten immer wieder über sexuellen Mißbrauch an Kindern. Bücher und Aufsätze in Fachzeitschriften erschienen. An vielen Orten fanden Podiumsdiskussionen statt. Auf diese Anstöße hin hat sich in den letzten 15-20 Jahren auch im psychosozialen Bereich ein wichtiger Wandel vollzogen, der es möglich machte, daß sexueller Mißbrauch *"von einer psychopathologischen Rarität zu einer vieldiskutierten klinischen und gesellschaftstypischen Problematik wurde." (Fegert, 1991, S. 52 f.)*

Familienorientierte und feministische Ansätze haben langsam ihre Barrieren und Berührungsängste überwunden. Inzwischen gibt es in der professionellen Praxis die zunehmende Übereinstimmung, daß Partei für sexuell mißbrauchte Kinder zu ergreifen bedeutet, die Verantwortung eindeutig beim Täter zu verorten, das Kind davon zu entlasten und in seinem Heilungsprozeß zu unterstützen und auch auf gesellschaftlicher Ebene alles zu unternehmen, was die Gewalt von Männern gegenüber Frauen wie auch von Erwachsenen gegenüber Kindern abbauen hilft. Andererseits hat sich durchgesetzt, in einer konkreten Interventionssituation die spezifische individuelle, familiäre und Umfeld-Situation des Kindes niemals unberücksichtigt zu lassen.

Selbst die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Sozialarbeit hat sich verbessert. So entstand beispielsweise das Kerpener Modell als eine gelungene Möglichkeit, die Vernetzung zwischen verschiedenen psychosozialen Arbeitsbereichen und staatlichen Instanzen in Kinderschutzfällen voranzutreiben (Raak, 1996).

Neue Forschung und Literatur ist entstanden, PraktikerInnen haben sich weitergebildet und Ergebnisse rückgemeldet. Dennoch wurden immer wieder einzelne Aspekte überbetont, andere übersehen. Schließlich und endlich rückten auch die Jungen als Opfer sexueller Gewalt mehr in den Blickpunkt des Interesses. In der letzten Zeit ist ein weiteres Tabu überwunden worden: Es wird jetzt auch über Frauen als Täterinnen gesprochen. Mütter als Täterinnen geraten erst langsam in unseren Blickwinkel, wie auch die Gleichzeitigkeit von Opferschaft und TäterInnenschaft bei Betroffenen sexueller Gewalt eine große theoretische wie praktische Herausforderung für alle in der Praxis und Forschung Tätigen darstellt. Nach wie vor gibt es Dunkelfelder und Wissenslücken. Behinderung und sexuelle Gewalt mit ihren spezifischen Problemlagen sowie sexuelle Gewalt im Kontext von Migration, ethnischen Minderheiten und Rassismus sind Themen, bei denen unsere Bemühungen um Aufschluß und fundierte Forschung noch in den Anfängen stecken.

Um die Kampagne „Mißbrauch mit dem Mißbrauch" ist es indessen ruhiger geworden. Die Mehrzahl der PraktikerInnen haben sich eher darum bemüht, ihre Erfahrungen zu bündeln und Lösungen für konkrete Probleme zu erarbeiten. Dennoch ist es einzelnen VertreterInnen nach wie vor nicht gelungen, sich an einen runden Tisch zu begeben, um gegenseitige Vorwürfe zu klären und gemeinsam Erkenntnisse für die Praxis nutzbringend zu diskutieren. Diese Fraktionen arbeiten weiterhin isoliert voneinander – in der Praxis, der Forschung und in der Lehre an unserer und anderen Hochschulen.

Ich sehe es als eine Pflicht gegenüber Betroffenen sexueller Gewalt, aber auch gegenüber unseren Studierenden – und letztlich selbst gegenüber uns als Professionellen und Lehrenden –,Wissen sorgfältig zusammenzutragen, gemeinsam von verschiedenen Seiten zu beleuchten und zu diskutieren und in die Lehre wie Praxis einzubringen, um sie dort auf ihre Tragfähigkeit hin zu überprüfen. Schließlich geht es bei dieser Diskussion auch um die so notwendige Reflexion vielschichtiger Machtverhältnisse und das Selbstverständnis psychosozialer Professionen, sich darin integer und parteilich für ihr Klientel zu bewegen. Vielleicht gibt es ja neben den jahrhunderte- und jahrtausendelangen Amnesien und Verleugnungen bestimmter Phänomene unserer Gesellschaft auch noch andere Wege der Vernunft und Konstruktivität im Umgang miteinander und mit einem Problemfeld psychosozialer Arbeit, das eigentlich all unseren Einsatz

und unsere Energie benötigt, um Betroffenen – seien sie noch Kinder oder bereits Erwachsene, seien es Männer oder Frauen, seien sie deutsch oder nicht-deutsch, behindert oder nicht behindert - möglichst konstruktiv zur Seite zu stehen.

Silke Gahleitner ist Doktorandin im Alice-Salomon-Stipendienprogramm und Lehrbeauftragte an der ASFH.

Fußnoten:

[1] Im Jahre 1896 veröffentlichte Freud seine Verführungstheorie und hielt einen Vortrag vor seinen Kollegen in Wien, in dem er von der Verführung durch den Vater sprach, die bei den Töchtern Schädigungen hervorrufen und diese in allen Aspekten ihres Seins verletzen würde. Schon ein Jahr später, 1897, widerrief Freud seine Verführungstheorie und ersetzte sie durch die Ödipustheorie (vgl. Wirtz, 1992, S.32f.).

[2] Der Maler Pretonius stellte beispielsweise im fünften Jahrhundert die Vergewaltigung eines siebenjährigen Mädchens dar, bei der ältere Frauen das Kind am Boden halten und applaudieren, als der Täter in das Kind eindringt. (Bange, 1992).

Literatur:

Amann, G. & Wipplinger, R. (Hrsg.). (1998). *Sexueller Mißbrauch. Überblick zu Forschung, Beratung und Therapie. Ein Handbuch.* 2. Auflage. Tübingen, DGVT-Verlag.

Bange, D. (1992). *Die dunkle Seite der Kindheit. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Ausmaß - Hintergründe - Folgen.* Köln: Volksblatt Verlag.

De Mause, L. (1977). *Gequält, mißbraucht, ermordet. Psychologie Heute*, 1977, 4 (7), S. 48-55.

Enders, U. (Hrsg.). (1995). *Zart war ich, bitter war's. Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Erkennen - Schützen - Beraten.* Köln: Volksblatt Verlag.

Fegert, J. M. (1991). Glaubensbekenntnis und Gruppenjargon - Streitpunkte und Standpunkte zur Diskussion um "Sexuellen Mißbrauch". In D. Janshen (Hrsg.), *Sexuelle Gewalt. Die allgegenwärtige Menschenrechtsverletzung*, S. 47-85. Frankfurt: Zweitausendeins.

Finkelhor, D. (1984). *Child Sexual Abuse. New Theory and Research.* New York: Sage.

Godenzi, A. (1993). *Gewalt im sozialen Nahraum.* Basel / Frankfurt/M: Helbing & Lichtenhahn

Hentschel, G. (Hrsg.). (1996). *Skandal und Alltag. Sexueller Mißbrauch und Gegenstrategien.* Berlin: Orlanda.

Herman, J. L. (1993). *Die Narben der Gewalt. Traumatische Erfahrungen verstehen und überwinden.* München: Kindler.

Kind im Zentrum (Hrsg.). (1999). *Wege aus Wege aus dem Labyrinth. Erfahrungen mit familienorientierter Arbeit zu sexuellem Mißbrauch.* Berlin: Herausgeber.

Kutschinsky, B. (1994). Mißbrauchspanik. Häufigkeit und Befund sexuellen Kindesmißbrauchs. In K. Rutschky & R. Wolff *Handbuch Sexueller Mißbrauch* (S. 49-62). Hamburg: Klein-Verlag.

Janz, U. (1990). Die Normalität der Gewalt - die Gewalt der Normalität. *"Ihrsinn"*. Bochum, 1990-1, S. 46-56.

Masson, J. M. (1986). *Was hat man dir, du armes Kind, getan? - Sigmund Freuds Unterdrückung der Verführungstheorie.* Hamburg: Rohwolt.

Raak (1996). Effektiver Opferschutz bzw. Kinderschutz durch Zusammenarbeit – das Kerpener Modell. In Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport (Hrsg.), Vom Umgang der Jugendhilfe und der Justiz mit dem Kinderschutz (S. 60-65). Bericht über die interdisziplinäre Fachtagung der sozialpädagogischen Fortbildungsstätte Haus Koserstraße vom 25.-26. September 1996 in Berlin: Druckerei Konrad.

Rommelspacher, B. (1996). Kontroverse Diskurse. Sexueller Mißbrauch und seine Ideologien. In G. Hentschel (Hrsg.), *Skandal und Alltag. Sexueller Mißbrauch und Gegenstrategien*, S. 17-34. Berlin: Orlanda.

Russel, D. E. H. (1986). *The Secret Trauma. Incest in the Lives of Girls an Women*. New York: Basic Books.

Rutschky, K. (1992). *Erregte Aufklärung. Kindesmißbrauch: Fakten und Fiktionen.* Hamburg: Klein-Verlag.

Rutschky, K, & Wolff, R. (1994). *Handbuch Sexueller Mißbrauch.* Hamburg: Klein-Verlag.

Undeutsch, U. (1994). Verbrechen gegen die Sittlichkeit. Kinder als Opfer und Zeugen. In K. Rutschky & R. Wolff *Handbuch Sexueller Mißbrauch* (S. 173-195). Hamburg: Klein-Verlag.

Wirtz, U. (1990). *Seelenmord. Inzest und Therapie* (2. Aufl.). Zürich: Kreuz Verlag.

Die BIG-Hotline bei häuslicher Gewalt

Susanne Gerull

BIG e.V.

Der Verein "Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen" (BIG e.V.) wurde 1994 gegründet, um ein neuartiges Projekt im Anti-Gewalt-Bereich zu installieren: das Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt. Als Bundesmodellprojekt wird es - zunächst bis Ende diesen Jahres - zu gleichen Teilen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen gefördert.
Aktuell werden in fünf Steuerungsgremien mit mehr als 50 ExpertInnen durch vier Projektkoordinatorinnen Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen geleitet, in denen Mitarbeiterinnen aus Anti-Gewalt-Projekten und VertreterInnen diverser Institutionen wie der Senatsverwaltung für Frauen und der Polizei aktiv sind. Weitere Gremien von BIG e.V. sind der Runde Tisch, das BIG-Forum sowie das Projekteplenum. Ziel ist die Schaffung stabiler Kooperationsstrukturen, die Implementierung des Themas in den Institutionen und der Aufbau einer Clearingstelle.

Die BIG-Hotline gegen häusliche Gewalt

Als zweites Projekt von BIG e.V. wurde im November 1999 die Hotline gegen häusliche Gewalt eröffnet, die im Wesentlichen durch Zuwendungen der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen finanziert wird. Unter einer einheitlichen Rufnummer wird betroffenen Frauen in der Zeit von 9:00 Uhr bis 24:00 Uhr ein Beratungsangebot gemacht. Die Hotline steht aber auch professionellen HelferInnen zur Verfügung sowie Menschen, in deren Umfeld es zu häuslicher Gewalt gekommen ist.
Die Hotline wird von zwei hauptamtlichen Koordinatorinnen geleitet (je 75% RAZ) , die von einer Verwaltungskraft (75% RAZ) unterstützt werden. Die Beratung wird mittels Rufumleitung montags bis donnerstags in der Zeit von 9:00 Uhr bis 18:00 Uhr durch die vier Frauenberatungsstellen Bora, Frauenraum, Frauentreffpunkt und Tara übernommen. Freitags und am Wochenende sowie täglich in der Zeit von 18:00 Uhr bis 24:00 Uhr wird sie durch ca. 30 Honorarkräfte aus dem sozialen Bereich geleistet, die neben einer, zum Teil mehreren Fachqualifikationen im Rahmen der Arbeit bei BIG speziell geschult und für das Thema häusliche Gewalt sensibilisiert werden.
Das Spektrum reicht von der Weitergabe von Informationen (z.B. über rechtliche Möglichkeiten) über die individuelle Beratung in Gewaltsituationen bis hin zu Krisenintervention in akuten Notsituationen. Wichtig dabei ist die Niedrigschwelligkeit des Angebotes, da es den betroffenen Frauen eine erste Orientierungshilfe bietet, bevor Entscheidungen wie der Umzug in ein Frauenhaus oder die Anzeige des Täters getroffen werden müssen.

Die AnruferInnen[1]

Bereits im ersten Jahr ihres Bestehens konnte die Hotline über 2.500 Telefonate registrieren. Fast die Hälfte der Anrufe erreichte die Honorarkräfte der Hotline selbst, d.h. die Beratung wurde außerhalb der üblichen Bürozeiten von Beratungsstellen und öffentlichen Institutionen beansprucht. Mehr als die Hälfte der AnruferInnen waren von Gewalt betroffene Frauen. Aber auch immer mehr Professionelle und PolizeibeamtInnen nehmen das Beratungsangebot der Hotline in Anspruch, was auf die erfolgreiche Arbeit der Koordinierungsstelle von BIG e.V. zurückgeführt werden kann.
Die Altersspanne bei den von Gewalt betroffenen AnruferInnen betrug 11 bis 87 Jahre. Die Hälfte von ihnen hatte Kinder oder pflegebedürftige Haushaltsangehörige zu versorgen. Fast 80% der Frauen waren psychischer Gewalt ausgesetzt, in fast 70% der Fälle war die Gewalt physischer Art. Fast jede 12. Frau hatte sexuellen Missbrauch erlebt. Mehr als ein Drittel der Anruferinnen befand sich in einer akuten Gefahrensituation und bei jeder fünften Frau hatte zum Zeitpunkt der Beratung bereits ein Polizeieinsatz stattgefunden. Etwa jede sechste

Frau hatte schon Strafanzeige erstattet, die Täter waren hier fast ausschließlich Männer. Mehr als die Hälfte der betroffenen Frauen lebte mit dem Mißhandler zusammen. In 4% aller Fälle erfolgte die Beratung in nichtdeutscher Sprache.

Erweiterung des Angebots

Die bisherige Beratungsarbeit der Hotline bestätigte die Notwendigkeit, eine mobile Intervention in Krisensituationen anbieten zu können. Dies war bislang nicht finanzierbar. Durch eine Großspende war es möglich, im Mai 2001 ein dreimonatiges Modellprojekt "Mobile Intervention" zu starten, das in enger Kooperation mit zwei Polizeidirektionen der Bezirke Neukölln, Kreuzberg, Mitte und Tiergarten erfolgte. In aufsuchender Arbeit konnten betroffene Frauen zu Hause oder an einem sicherem Ort beraten werden. Eine dauerhafte Finanzierung der Mobilen Intervention wird angestrebt.

Neben der unmittelbaren Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen nimmt die Öffentlichkeitsarbeit der Hotline als wichtiges Mittel von Prävention einen großen Stellenwert ein. So wurde durch eine sechsstellige Zuwendung aus Lottomitteln im Sommer 2001 eine Plakatkampagne ermöglicht, die die Arbeit der Hotline bekannt machen, aber auch die Öffentlichkeit stärker für das Thema häusliche Gewalt sensibilisieren sollte.
2001 erhielt die BIG-Hotline für ihre erfolgreiche Arbeit den Berliner Präventionspreis. Ziel bleibt allerdings, die Hotline dahingehend überflüssig zu machen, daß Gewalt gegen Frauen nicht mehr stattfindet.

Susanne Gerull ist Lehrbeauftragte und Promotionsstipendiatin an der ASFH, Mitglied des Vorstands von BIG e.V.

Die BIG-Hotline kann durch Spenden unterstützt werden:
Spendenkonto: Deutsche Bank, BLZ 100 700 00, Kontonummer 398 000 000

[1]Diese und die folgenden Daten sind dem Sach- und Qualitätsbericht für das Jahr 2000 entnommen.

Migrantinnen in Mißhandlungssituationen

Nadja Lehmann

Der Titel des QUER-Schwerpunktes "Frauen in Gewaltverhältnissen" legt nahe zu differenzieren, von welchen Frauen in welchen Gewaltverhältnissen die Rede ist. Hier sind Frauen gemeint, die einen Migrationshintergrund haben und in einer nahen Beziehung mißhandelt worden sind oder werden.
Ich beziehe mich beim Schreiben unter anderem auf meine Erfahrungen, die ich als "mehrheitsdeutsche" Mitarbeiterin in der Beratungsarbeit in einem Frauenhaus mit einem großen Anteil von Migrantinnen unter den Bewohnerinnen und in einem interkulturellen Team gemacht habe. Es ist klar, dass es sich dabei um eine Ausschnittserfahrung aus einem bestimmten Kontext handelt, weil ein Teil der Migrantinnen wie alle gewaltbetroffenen Frauen aus unterschiedlichen Gründen nicht in ein Frauenhaus geht. Gleichzeitig ist das Thema "Gewalt gegen Frauen" in westlichen Gesellschaften untrennbar mit der Entstehung und Existenz der Frauenhäuser verknüpft und das hat bis heute seine Gültigkeit nicht verloren. Die mittlerweile mehr als 400 Frauenhäuser in Deutschland sind in den letzten 25 Jahren zur wichtigsten Anlaufstelle für mißhandelte Frauen und ihre Kinder geworden. Mißhandelte Frauen und ihre Kinder können anonym, unbürokratisch und rund um die Uhr in Frauenhäuser gehen. Dies ist bekannt und mittlerweile zum festen Ange-

bot in der psychosozialen Regelversorgung geworden, unabhängig davon, unter welcher Trägerschaft und mit welchem inhaltlichen Selbstverständnis gearbeitet wird. Zu den Frauenprojekten im Anti-Gewalt-Bereich gehören außerdem Zufluchtswohnungen und Frauenberatungsstellen, in denen ein parteiliches Beratungs- und Unterstützungsangebot gemacht wird. Wer sich mit "Gewalt gegen Frauen" oder Mißhandlung von Frauen beschäftigt, wird an irgendeinem Punkt mit dem Thema "Frauenhaus" konfrontiert.
Wie nutzen also Migrantinnen in Mißhandlungssituationen dieses Angebot ?

Zahlen und Fakten

Eva- Maria Bordt von der bundesweiten Frauenhauskoordinierungsstelle spricht in einem Artikel (Rundbrief dfb März) von 1999 mit dem Titel: "Frauenhäuser vor neuen Problemen. Anteil der Ausländerinnen in den Zufluchtsstätten steigt" davon, daß in Großstädten wie Berlin, Hamburg und München etwa 50 - 80 % der Frauenhausbewohnerinnen Migrantinnen sind.
Für Berlin gibt es ebenfalls Zahlen: Auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird im Zusammenhang mit dem aktuellen Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen darauf hingewiesen, dass in Berlin 145.000 Migrantinnen ohne deutschen Pass leben und die Zufluchtswohnungen zu 50-65% von Migrantinnen genutzt werden. Das Bundesministerium macht darauf aufmerksam, daß Migrantinnen Gewalt in sehr spezifischer Weise erleben und dies bisher kaum in den Blick geraten ist. Hier wird also angesprochen, daß es sich um spezifische Probleme handelt und dies trotz des hohen Anteils von Migrantinnen unter den Bewohnerinnen bisher nicht weiter thematisiert worden ist.
Brigitte Sellach von der Frauenhauskoordinierungsstelle in Bonn bezeichnet es explizit als Forschungsdefizit, daß ihre Suche nach theoretischen Texten zur Situation von Migrantinnen in Mißhandlungsbeziehungen und in Frauenhäusern erfolglos war.
Migrantinnen haben häufig nicht die Wahl und keine Alternative, wenn sie aus einer Mißhandlungsbeziehung weg müssen oder weg wollen. Es bleibt oft nur das Frauenhaus mit seinem unbürokratischen und anonymen Angebot. Das kennzeichnet unter anderem die spezifische Situation von gewaltbetroffenen Migrantinnen.

Spezifische Situation – Zufluchtsort Frauenhaus

Die Situation der mißhandelten Migrantinnen ist wesentlich durch strukturelle Bedingungen geprägt. Abhängig vom jeweiligen Herkunftsland und den Migrationsbedingungen wird ihnen vom bundesdeutschen Ausländer- und Asylrecht ein unterschiedlicher rechtlicher und sozialer Status zugewiesen. Strukturelle Benachteiligungen (z.B. unsicherer Aufenthaltsstatus, alltägliche Rassismuserfahrungen, keine Arbeitserlaubnis, geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt, interkulturelle Differenzen, Sprachprobleme, schlechte bzw. keine medizinische und psychologische Versorgung) wirken sich allgemein in der Mißhandlungssituation problemverschärfend aus.
Für die meisten Migrantinnen mit befristetem Aufenthaltsstatus bedeutet der Schritt ins Frauenhaus ein Ende der Mißhandlungen und gleichzeitig viele neue Probleme.
Der Aufenthaltsstatus ist bei den meisten Frauen potentiell in dem Moment gefährdet, wenn sie aus der Mißhandlungsbeziehung fortgehen. Darin liegt eine eindeutige strukturelle Benachteiligung im Vergleich zu deutschen Frauen aus Mißhandlungssituationen.
Auch bei Migrantinnen ist die physische und psychische Mißhandlung der Ausgangspunkt für den Aufenthalt im Frauenhaus. Aufenthaltsrechtliche Fragen dominieren jedoch häufig die Beratungssituation. Es müssen für alle Entscheidungen, die die Frauen im Frauenhaus für ihr Leben treffen, die damit einhergehenden aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen geklärt werden. Es gibt kaum Raum, die Gewalterfahrungen zu verarbeiten, weil die Beratungssituation von Existenzangst begleitet ist. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Frauen häufig und aus naheliegenden Gründen keine Möglichkeit sehen, in ihr Herkunftsland zurückzugehen. Die akute Bedrohung, der fehlende Schutz, die Bedingungen im Herkunftsland sind dabei wichtig und/oder der Verlust jeder Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben für sich und/oder die Kinder. Viele Frauen sind eher bereit in die Mißhandlungsbeziehung zurückzugehen, wenn sie zwischen Abschiebung und Zurückgehen entscheiden müssen und tun das auch häufig.
Von zentraler Bedeutung ist der §19 des Ausländergesetzes, der regelt, wann die betroffenen Frauen einen eigenständigen Auf-

enthaltsstatus unabhängig vom Ehepartner erhalten können. Migrantinnen, die psychischen und physischen Mißhandlungen ausgesetzt sind, müssen vor Ablauf der "ehelichen Pflichtjahre" bei einer Trennung mit dem Verlust des Aufenthaltsstatus rechnen. Es sei denn, sie können eine "außergewöhnliche Härte" nachweisen. Die Frau muß die Beweise für diese "außergewöhnliche Härte" selbst erbringen und dann deutlich schlechter gestellt sein als andere Frauen in gleicher Situation. Das ist das Ergebnis des novellierten §19 AuslG. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass der Begriff "außergewöhnliche Härte" so unterschiedlich ausgelegt werden kann, daß viele Frauen nicht das Risiko eingehen, einen Antrag auf die Anerkennung als Härtefall zu stellen, weil die Erfolgsaussichten als gering eingeschätzt werden. Dies belegt eine Fragebogenaktion der Frauenhauskoordinierungsstelle, dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. und der Bundesweiten Initiative zur Änderung des §19 Ausländergesetz. Die Chancen verbessern sich mit Länge des Aufenthalts, und ab 3 Jahren Ehebestandszeit kann die Betroffene mit der Anerkennung rechnen. Wenn die Frauen wegen einer Heirat nach Deutschland migriert sind, haben sie häufig keine näheren Angehörigen oder ein soziales Netz, wo sie Unterstützung finden könnten. Diese Frauen sind mit Abstand die größte Gruppe der Migrantinnen mit gefährdetem Aufenthaltsstatus im Frauenhaus. Die zahlenmäßig zweitgrößte Gruppe sind Frauen mit Duldung und asylsuchende Frauen. Die Frauen bekommen reduzierte Sozialhilfe. Sie erhalten keine Monatskarte für öffentliche Verkehrsmittel und sind daher in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, sich in der Stadt zu bewegen. In Bedrohungssituationen haben sie keine Erlaubnis, in eine andere Stadt zu gehen, weil sie den Wohnort nicht verlassen dürfen. Sie dürfen in der Regel nur in Wohnheimen leben. Diese Frauen sind in besonderem Maße von Gewalt und sexuellen Übergriffen in den gemischten Unterkünften bedroht. Arbeitsgrundlagen von Frauenhausmitarbeiterinnen, z.B. Vereinbarungen mit den Sozialämtern, die in der Vergangenheit durchgesetzt wurden, gelten für die betroffenen Frauen häufig nicht.

In der Regel haben die Migrantinnen im Frauenhaus einen formalen Sozialhilfeanspruch. Die einzige aussichtsversprechende Chance für alle Frauen, einen eigenständigen Aufenthalt zu bekommen, ist jedoch, unabhängig vom Sozialhilfebezug zu sein oder perspektivisch zu werden. Insgesamt heißt das, daß die Existenzbedingungen der einzelnen Frauen immer stärker auseinanderklaffen. Diese für alle sichtbare strukturelle Diskriminierung von Migrantinnen führt erfahrungsgemäß häufig zu einer Schwächung ihrer Position im Zusammenleben auf engstem Raum. Alltagsrassismen und Hierarchisierungen unter den Frauen sind dafür ein Ausdruck.

Was heißt das für die Frauenhausarbeit?

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie die Öffnung der Grenzen nach Osteuropa, Bürgerkriege, Migration als globales Phänomen, Armut und Ausgrenzung im Inland, spiegeln sich im Frauenhaus fokussiert wider. Migrantinnen mit ungeklärtem oder unsicherem Aufenthaltsstatus sind auf Frauenhäuser angewiesen, wenn sie sich aus Mißhandlungssituationen lösen wollen oder flüchten müssen. Die individuellen Probleme der Frauenhausbewohnerinnen, ihre unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründe und Sprachbarrieren in Kombination mit strukturellen Benachteiligungen, erfordern von den Mitarbeiterinnen interkulturelle Kompetenzen bei der Beratung, aber auch bei der Gestaltung des Zusammenlebens im Frauenhaus, um Hierarchisierungen unter den Bewohnerinnen entgegenzuwirken.
Die bestehenden Frauenhauskonzepte und das vorhandene Angebotsspektrum, das auf Hilfe zur Selbsthilfe und Krisenintervention aufbaut, decken den Beratungs- und Unterstützungsbedarf der betroffenen Migrantinnen häufig nicht ab. Migrantinnen werden aus diesem Grund an andere Beratungsstellen und Projekte weitervermittelt. Das führt zu neuen Problemen:

Die wenigen Beratungsstellen und Anti-Gewalt-Projekte, die spezialisiert sind auf Migrantinnen z.B. mit interkulturellen Teams sind wegen der ständigen Überschreitung ihrer Kapazitäten überlastet.
Die Ganzheitlichkeit in der Beratung ist für Migrantinnen nicht gewährleistet, obwohl sie für die Frauenhausarbeit besonders wichtig ist. Die spezifischen Probleme der betroffenen Migrantinnen sind so komplex und miteinander verknüpft, dass eine Trennung und Weitervermittlung an andere Stellen erfahrungsgemäß für die Entwicklung einer Perspektive eher erschwerend ist

Resümee und Ausblick

Die spezifische Situation von Migrantinnen aus Misshandlungssituationen und die Defizite in der Beratung sind in erster Linie ein Spiegel des gesamtgesellschaftlichen Diskurses zur Einwanderung und dem Umgang mit Minderheiten. Der aktuelle Einwanderungsdiskurs in Deutschland eröffnet nach der jahrzehntelangen Verleugnung von Einwanderung neue Perspektiven. Der aktuelle Familienbericht des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2000, der sich nur auf Familien ausländischer Herkunft in Deutschland bezieht, macht den Paradigmenwechsel in der Sozial- und Migrationspolitik deutlich. Es wird darauf hingewiesen, dass Migration in der Bundesrepublik Deutschland zukünftig noch an Bedeutung gewinnen wird und dieser Dauersituation durch angemessene institutionelle Vorkehrungen Rechnung getragen werden muss (a.a.O.S.215). Insbesondere Heirats- und Familienmigration wird in Zukunft eine Schlüsselstellung in der Zuwanderung nach Deutschland einnehmen.(ebenda S.217) Im diesjährigen Jahresbericht der Internationalen Organisation für Migration (zit. nach taz, 03.11.00, S.10) wird besonders auf den neuerdings sehr hohen Anteil von Frauen in den internationalen Wanderungsbewegungen (47,5%) hingewiesen. Im sozialpolitischen Diskurs ist die "Feminisierung der Migration" mittlerweile zum feststehenden Begriff geworden. In den "Konsequenzen und Empfehlungen für die Politik" des Familienberichts des Bundesministeriums heißt es darum auch:
"Die Zunahme des weiblichen Anteils in der Migrantenbevölkerung stellt die Familienpolitik vor neue Aufgaben. Insbesondere sind im Bereich der Prävention angemessene Formen der Beratung zu entwickeln, die auf die besonderen Probleme und kulturellen Verschiedenheiten der Frauen ausländischer Herkunft in Bezug auf Geschlechterverhältnisse und Sexualität, auf Mutterschaft und Ehe eingehen. Ebenso sind im Bereich der Intervention wirksame Formen der Begegnung von Frauenhandel und häuslicher Gewalt zu erproben." (a.a.O. S.216f.)
Die Entwicklungen in anderen europäischen Ländern haben gezeigt, dass eine Spezialisierung des Beratungsangebotes für gewaltbetroffene Migrantinnen unumgänglich ist.(1) Diese Erkenntnis ist für Deutschland, das sich seit neuestem sehr zögerlich und nur mit vielen Einschränkungen als Einwanderungsland definiert, ebenfalls zutreffend, zumal die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und ihrer Institutionen noch aussteht.

Nadja Lehmann ist Sozialarbeiterin und Promotionsstipendiatin des Alice-Salomon-Stipendienprogramms. Sie ist Vorstandsfrau und Mitinitiatorin des Vereins Interkulturelle Initiative e.V.

Literatur:

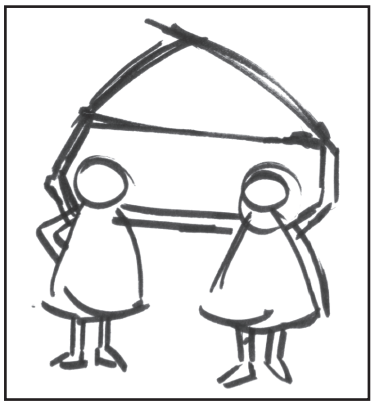
Baghramian, Luise/ Grubic, Rada/ Lehmann, Nadja (2001):
Auszüge aus unveröffentlichtem Konzeptentwurf. Interkulturelles Frauenhaus.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
(www.bmfsfj.de: Gewalt gegen Frauen hat viele Facetten, S.4.)
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.)(2000):
Schriftenreihe Bd. 191/ Bd.1: Sellach, Brigitte: Neue Fortbildungsmaterialien
für Mitarbeiterinnen im Frauenhaus. Gewalt im Geschlechterverhältnis. Stuttgart.
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.)(2000):
Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen.
Sechster Familienbericht. Berlin.
Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen (1995):
Psychosoziale Versorgung ausländischer Frauen. Berlin.

Fußnoten:

(1) vgl. Broschüre von Papatya Berlin veröffentlicht im Rahmen des Daphne 2000-Programms der EU. Das Projekt Papatya aus Berlin hat im Rahmen des Daphne-Programms Studien in anderen europäischen Ländern zu Schutzmassnahmen für junge Frauen und Mädchen unterschiedlicher ethnischer Herkunft durchgeführt. Die in einer Broschüre veröffentlichten Ergebnisse geben auch Informationen über die Entwicklung der Anti-Gewalt-Arbeit in Bezug auf den Umgang mit ethnischen Minderheiten.

Projektvorstellung: Interkulturelles Frauenhaus

Nadja Lehmann



Der Verein **"Interkulturelle Initiative e.V. - Beratung, Schutz und Öffentlichkeitsarbeit für mißhandelte Frauen und ihre Kinder"** eröffnete in Berlin am 1.07.01 ein Frauenhaus mit interkulturellem Schwerpunkt. Das Projekt wird von der Senatsverwaltung für Arbeit, Frauen und Soziales gefördert und wird ab 2002 insgesamt 50 Plätze für mißhandelte Frauen und Kinder anbieten können. Das Gesamtprojekt nennt sich "Interkulturelles Frauenhaus", befindet sich im Westteil der Stadt und besteht aus unterschiedlichen Teilprojekten , die erst Anfang 2002 vollständig umgesetzt werden. Es wird dann ein Frauenhaus für akute Bedrohungs- und Krisensituationen und ein Wohnhaus, insbesondere für Migrantinnen und ihre Kinder geben, die ein mittel-, längerfristiges Beratungsangebot benötigen, um sich nach der akuten Krisensituation zu stabilisieren und Perspektiven zu entwickeln. Ambulante Beratung und der Zugang zum Gesamtprojekt ist über die Beratungsstelle möglich. Das Interkulturelle Frauenhaus richtet sein Angebot explizit an Migrantinnen und ihre Kinder als Zielgruppe, ist jedoch für alle Frauen und ihre Kinder aus Mißhandlungssituationen offen.

Durch ein Frauenhaus mit interkulturellem Schwerpunkt sollen auch Migrantinnen bei der Klärung von Perspektiven qualifiziert unterstützt und in ihrem Entscheidungsfindungsprozess parteilich begleitet werden. Die Beratung wird von Mitarbeiterinnen mit interkultureller Kompetenz (z.B. Migrationshintergrund, Sprachkenntnisse, Wissen zu Asyl- und Ausländerrecht, frauenspezifischen Migrationsbedingungen u.a.) durchgeführt.

Das Beratungsangebot soll Beratung und Krisenintervention in der Muttersprache oder mit Dolmetscherinnen, Organisierung von Deutschkursen, Vermittlung von Alltagskenntnissen in Berlin/Deutschland, qualifizierte Rechtsberatung, Unterstützung im Umgang mit Alltagsrassismus oder Diskriminierung und vieles mehr umfassen. Die Kooperation und Vernetzung mit nationalen und europäischen Projekten, Initiativen und Organisationen, die Erfahrungen in der Arbeit mit gewaltbetroffenen Migrantinnen haben, ist wichtiger Bestandteil des Konzepts.
Sachspenden und zweckgebundene Geldspenden werden dringend benötigt!
Für genauere Informationen geben die Mitarbeiterinnen gerne Auskunft.

info

Telefonisch ist das **Projekt für hilfesuchende Frauen** seit dem 1.07.01 unter **Tel.: 80 10 80 10**
(übergangsweise Mo-Fr von 10-16 Uhr) zu erreichen.

Die Beratungsstelle ist ebenfalls seit dem 1.07.01 unter **Tel.: 80 19 59 80** zu erreichen.

Interkulturelle Initiative - Schutz, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit für misshandelte Frauen und ihre Kinder e.V.

Spendenkonto: Dresdner Bank
BLZ: 100 800 00
Konto: 162 807 000

"Sag mir, wo die Männer sind..."

Gerhard Hafner

Über unmotivierte Täter und eine Täterarbeit, die erst am Anfang steht

Bereits in den Neunziger Jahren startete die damalige Bundesfrauenministerin eine Männerkampagne: *"Gewalt gegen Frauen zerstört auch Männer"*. Leiden prügelnde Männer also?

"Für den Täter selbst hat gewalttätiges Handeln viele negative Folgen: Gewalt führt zu Ablehnungen. Es macht den Täter häufig einsam und schürt bei ihm unterschwellig Schuldgefühle. Oft entwickelt sich Angst vor Rache. Die Sehnsucht von Männern, von ihrer Partnerin geliebt zu werden und ihnen entsprechende Gefühle zu geben, wird sich nicht erfüllen, wenn sie versuchen, dies durch Gewalt zu erzwingen. Alles das, was sie sich als ideale Partnerschaft und Familie erträumen, zerstören sie sich selbst. Ihre eigene Persönlichkeit nimmt Schaden, wenn sie damit fortfahren, eigene Schwäche mit Gewalt zu verdecken. Sie nehmen sich dadurch die Chance, sich ihren Schwächen und Defiziten zu stellen, um dadurch gelassener und tatsächlich sogar stärker zu werden. Solange Männer ihre Schwäche durch Gewalt verdecken, können sie auch nicht lernen, sich für die Befriedigung eigener existienzieller Bedürfnisse einzusetzen. Sie verharren stattdessen in ihren Ohnmachtsgefühlen, die sich mit der Zeit verstärken. So beginnt der Kreislauf der Gewalt." Soweit die frühere Bundesministerin für Frauen und Jugend Angela Merkel im Jahre 1993.[1]

Leiden Männer wirklich? Leiden sie unter den Taten, die sie ihrer Partnerin antun?

Vergleicht man das Ausmaß häuslicher Gewalt mit der lächerlichen Anzahl von Männern, die entweder freiwillig oder auf Druck ihrer (Ex-)Frau oder vielleicht sogar auf Grund der Weisung eines Gerichtes eine Beratung aufsuchen, so muss man doch an der ministeriellen Analyse männlichen Leidens zweifeln.

"Im Grunde haben wir es hier nur und ausschließlich mit einem Männerproblem zu tun - nur, dass es die meisten Männer in keiner Weise zu tangieren scheint." So die damalige Berliner Frauensenatorin Christine Bergmann anläßlich der Berliner Präventionsdebatte zur Gewalt gegen Frauen im Jahre 1993. Überschrieben war die Fachtagung mit der ironischen Schlagerfrage: 'Sag mir, wo die Männer sind ...'. [2]

Der Perspektivwechsel (von Merkel "Perspektiverweiterung" genannt), der von Politikerinnen aller Couleur in den neunziger Jahren ausgerufen wurde, sollte die Hilfe für die Gewaltopfer nicht ersetzen, sondern die Täter ins Visier nehmen. Sowohl auf individueller als auch auf institutioneller Ebene sollte umgedacht werden: Die Problemlösung müsse bei der Wurzel, dem Täter, ansetzen. *"Stopp der Gewalt gegen Frauen - So löst mann keine Probleme"* forderte Bergmann im Herbst 1995 die Berliner Männer in einer Männerkampagne auf. "Noch immer gibt es viele Täter, die Gewalt gegen Frauen als Kavaliersdelikt betrachten und die Schuld an ihrem gewalttätigen Verhalten nicht sich, sondern den Frauen zuweisen." Die Täter wurden aufgefordert, ihr Gewaltverhalten zu beenden und sich an Männerberatungsstellen zu wenden.[3]

Doch motiviert das Leiden an der familiären und persönlichen Situation oder auch tiefgreifende Krisen gewalttätige Männer, sich spontan zu ändern oder eine Anti-Gewalt-Beratung aufzusuchen? Täter, die eine Beratung aufsuchen - so die Erfahrung fast aller Beratungsstellen in den USA, England oder auch Deutschland - tun dies nur sehr selten aufgrund eines intrinsischen Bedürfnisses, gewalttätiges Verhalten zu beenden. In aller Regel kommen Selbstmelder - wenn sie denn kommen! - aufgrund des Drucks der Partnerin. Nicht selten erhoffen sie

sich von der Beratung, dass sie ihren Willen zur Veränderung dokumentieren möge und sie damit ihre Partnerin, die sich von ihnen bereits getrennt hat, beeindrucken können. "Können Sie mir meine Frau zurückholen; es ist doch eigentlich gar nichts passiert" - so der Tenor vieler Eingangsgespräche. Der Leidensdruck des Täters ist gering; er gilt den Folgen der Tat, nicht der Tat selber.

Der Appell an das eigene Leiden oder die Hoffnung auf mentale Veränderungen bewegt so gut wie keinen gewalttätigen Mann, so die nüchterne Erkenntnis. Der Widerstand von Mißhandlern, ihr Verhalten aufzugeben, sitzt tief. Die Trennungskrise trifft einige Täter an einem neuralgischen Punkt; viele sind jedoch nur durch klare Grenzsetzungen und einschneidende Sanktionen zu erschüttern. Die Kombination von konsequenten juristischen Sanktionen mit psychosozialen Maßnahmen erreichen Gewalttäter am ehesten. Beratung oder sozialpädagogische Maßnahmen, die isoliert stehen, sind im gesellschaftlichen Maßstab wenig effektiv. Nach diesem Konzept arbeiten kommunale Interventionsprojekte in den USA seit nunmehr zwei Jahrzehnten.

Männerbewegte

Wie sieht bisher die sozialtherapeutische Arbeit mit Tätern aus? Therapeuten lieben motivierte Selbstmelder; auch Männerberater tun sich schwer mit fremd motivierten Klienten. Das Hamburger Projekt *"Männer gegen Männer-Gewalt" (MgM)*, das als erstes Projekt bereits in der Mitte der achtziger Jahre als Selbsthilfegruppe schlagender Männer begann, beschränkt sich dezidiert auf Selbstmelder. "Männer gegen Männer-Gewalt steht ausschließlich für die Arbeit für freiwillig kommende massiv gewalttätige Männer." MgM polemisiert denn auch anhaltend gegen das Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt BIG, das auf richterliche Bewährungsauflagen setzt. "Unsere Arbeit verstehen wir in diesem Sinne als politische Arbeit für Männer. Gewaltarbeit wird international nur zu gern als Arbeit gegen Männer, als Ausagieren von Männerhass miss-braucht."[4]

Die meisten Männerinitiativen konzentrieren sich auf die psychosoziale Arbeit mit Selbstmeldern vor dem Hintergrund einer spezifischen männerpolitischen Haltung: Gewalttätiges Verhalten drücke eine nicht anders zu artikulierende Bedürftigkeit und einen Mangel an sozialen Kompetenzen aus, der durch Beratung kompensiert werden könne. Dass Gewalt der Machtausübung diene, sei ein feministischer Irrtum. "Kein Täter schlägt in einer Situation, in der er sich psychisch stark und physisch kraftvoll fühlt. Ebenso wenig schlägt er zu, um den Konflikt zu lösen, bzw. in der Absicht, ein Problem aus der Welt zu schaffen. Gewalt wird in Situationen ausgeübt, in denen der Täter nicht mehr weiter weiß, in denen er nicht versteht, was geschieht, und in denen er seiner drohenden Ohnmacht zu entkommen sucht."[5]

Sicherlich hängt sich das Hamburger Projekt mit seiner antifeministischen Haltung am weitesten aus dem Fenster und ist in der kleinen Szene der deutschen Männerprojekte auf Grund seines aggressiven Tons und eingetragenen Warenzeichens für seinen Namen und Konzept isoliert. Doch seine Männerthesen werden im Grunde von vielen Männerberatern geteilt - und nicht nur von ihnen. Das kleine Land Mecklenburg-Vorpommern mit seinem einzig dastehenden Referat "Männer und Familie / gleichgeschlechtliche Lebensweisen" im Sozialministerium unterstützt mehrere Männerprojekte mit dem Hamburger *"Gütesiegel" Männer gegen Männergewalt®*. Auf der anderen Seite etabliert dieses Land nach dem Vorbild von BIG das Interventionsprojekt "Contra Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Mecklenburg-Vorpommern". Dass es mit dem Täterprogramm in der Zerreißprobe zwischen feministischer und maskulistischer Arbeit nicht voran geht, muss nicht verwundern.

Kooperation

Wie stehen Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen zur Beratung von gewalttätigen Männern? "Die klare Parteilichkeit für Frauen und Kinder schließt die Beratung von mißhandelnden Männern aus."[6] Männer- oder Paarberatung im Kontext der Frauenhausarbeit erfolgte bisher nur sehr vereinzelt in Frauenhäusern, und zwar solchen, die sich nicht als autonom definieren. Zwar hatte auch BIG ein paar Männerberater in seinen Reihen, doch bereits in der Vorlaufphase kam es zu Auseinandersetzungen über das prekäre Verhältnis von Frauenunterstützung und Täterprogramm. Spannungen gab es bei "Feministinnen und Männern aus Männerberatungsstellen, die sich in der Regel mit Mißtrauen und Vorbehalten begegneten

und noch keine Kooperationserfahrungen hatten."[7]

Was sind die Ursachen, dass die Täterarbeit zwar als Konzept vorlag, aber nicht umgesetzt wurde? Das Täterkonzept von BIG konzentrierte sich auf Sanktionen als sozialpädagogische Maßnahme - was mit dem Ansatz des sich als männerfreundlich verstehenden Männerprojektes wie *Mannege - Information und Beratung für Männer*, der das persönliche Wachstum von Männern am Herzen liegt, nicht recht kompatibel ist. WIBIG, also die wissenschaftliche Begleitung von BIG, kritisiert bei den Frauen die starre Konzeption: "Mitarbeiterinnen von Schutz- und Beratungseinrichtungen für Frauen müssen bedenken, dass ein Konzept, das sich ausschließlich auf Konfrontation und Sanktion beschränkt, nicht geeignet ist, Einstellungsänderungen zu erzeugen. Die Kursleiter der Täterprogramme müssen sich um Zugang zu den individuellen Männern bemühen und sie als Gegenüber akzeptieren. (...) Ein Beharren auf einem Verzicht auf therapeutische Elemente und der Betonung des Sanktionscharakters der Trainingsprogramme käme u.U. der Entscheidung gleich, gänzlich auf das Experiment Täterprogramm zu verzichten. Dies entspricht jedoch nicht dem Wunsch vieler mißhandelter Frauen."[8]

An den Männerberatern kritisiert die Wissenschaftliche Begleitung die mangelnde Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Gewaltopfer. Unberücksichtigt bleibt bei der Mängelliste die grundsätzliche Unvereinbarkeit: Die meisten Männerberatungsstellen sind de facto reine Männervereine, die nicht nur keine psychosoziale Arbeit mit Frauen verrichten, sondern auch prinzipiell Fraueninteressen nicht besonders hoch ansetzen. Männerprojekte lehnen im allgemeinen Frauen als Mitarbeiterinnen rundweg ab, auch eine Co-Beratung von Frauen mit männlichen Klienten. Dass sich in Berlin die Mannege nach vielen Jahren enger Kooperation mit BIG verabschiedet hat, muss von daher nicht verwundern. Die Verknüpfung von juristischer Sanktion mit der sozialtherapeutischen Behandlung, um Täter in Gestalt eines effektiven Täterprogramms in Verantwortung zu nehmen, steht am Ende von sechs Jahren Berliner Modellprojekt erst am Anfang.

Im kleinen Maßstab führt Marzahn-Hellersdorf im bezirklichen *Arbeitskreis gegen häusliche Gewalt* unter Federführung der Gleichstellungsbeauftragten Ämter, Polizei, Gerichts-und Bewährungshilfe, Frauen-/Mädchenprojekte etc. zusammen. Die *Beratung für Männer - gegen Gewalt*, bei der ich mitarbeite, ist integraler Bestandteil dieses Verbundes, das einen bezirklichen Aktionsplan umsetzen soll. In der konkreten Arbeit gegen Gewalt an Frauen vor Ort kann sich der Gegensatz zwischen Opferschutz und Männerarbeit, wie ich ihn oben skizziert habe, nicht nur relativieren, sondern auch fruchtbar genutzt werden. Vordringlich ist es immer noch, die Anforderungen an die Täterprogramme zu formulieren und Mindeststandards festzusetzen, da zum Beispiel die Dauer der Sozialen Trainingskurse noch stark differiert.

Gerhard Hafner ist Diplom-Psychologe., tätig in der Beratung für Männer - gegen Gewalt (Träger: Volkssolidarität), engagiert in der Berliner Kampagne "Gemeinsam gegen Männergewalt" und Mannsarde - gegen Männergewalt e.V./ Weißen-Schleifen-Kampagne. Kontakt: fon/fax 030.7859825, mannsarde@t-online.de

Veröffentlichungen:

G. Hafner/C. Spoden: Möglichkeiten zur Veränderung gewalttätiger Männer im Rahmen einer Männerberatungsstelle. Gutachten für die Senatsverwaltung für Jugend und Familie, Berlin 1991

G. Hafner: Psychosoziale und kommunale Interventionen gegen häusliche Männergewalt. In: Günther Deegener (Hg.): Sexuelle und körperliche Gewalt. Therapie jugendlicher und erwachsener Täter. Weinheim: Beltz Psychologie VerlagsUnion 1999, S. 308-339

Fußnoten:

[1] Rede der Bundesministerin für Frauen und Jugend, Dr. Angela Merkel, in: Dokumentation zum Fachkongreß "Gewalt gegen Frauen - ein Thema für Männer" (10.12.1993). Informationen des Bundesministeriums für Frauen und Jugend, Materialien zur Frauenpolitik 35/1994, S. 7f.

[2] Christine Bergmann: Begrüßung, in: 'Sag mir, wo die Männer sind ...'. Dokumentation der Berliner Präventionsdebatte zur Gewalt gegen Frauen am 9. und 10. September 1993, hg. von der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Berlin 1994, S. 12)

[3] Berliner Landespressedienst 31.8.1995)
[4] MgM in einem Flyer)
[5] Joachim Lempert: Therapie als Strafe? Die Frage der Freiwilligkeit in der Täterbehandlung. In: Frankfurter Rundschau, 2.12.2000, S. 9
[6] E. Sirowy: Theoretische und praktische Ansätze der Frauen- und Frauenhausbewegung im Bereich Gewalt gegen Frauen. Unveröffentliches Manuskript. Hamburg 1991, zitiert nach Maria Nini, Alexander Bentheim, Michael Firle, Inge Nolte und Andrea Schneble: Abbau von Beziehungsgewalt als Konfliktlösungsmuster - Abschlußbericht - 1994. Opferhilfe Hamburg e.V. in Zusammenarbeit mit Männer gegen Männer-Gewalt e.V., Hamburg. Stuttgart, Berlin, Köln: W. Kohlhammer 1995 (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 102), S. 89
[7] Barbara Kavemann, Beate Leopold, Gesa Schirrmacher, Carol Hagemann-White: Modelle der Kooperation gegen häusliche Gewalt. "Wir sind ein Kooperationsmodell, kein Konfrontationsmodell. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Berliner Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt (BIG) - Universität Osnabrück. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 193. Stuttgart: W. Kohlhammer 2001, S. 37, siehe auch S. 41
[8] Kavemann et al. 2001, S. 306f, S. 308

Interventionen gegen häusliche MÄNNERgewalt

- Relevanz, Begründung, Programme und Ausbildung

Heinz Cornel

Dieser Beitrag möchte über Anlass und Gründe für eine qualifizierte Fortbildung von TrainerInnen für erprobte Kurse gegen häusliche Gewalt informieren und soll begründen, dass solche Angebote selbst notwendig und sinnvoll sind. Diese spezifische Argumentation kann und will nicht den Beweis der Überlegenheit gerade dieses Programms führen, zumal gar keine diesbezüglichen empirischen Daten angeführt werden und auf andere Programme und ihre Effekte nicht eingegangen wird, sondern nur plausible Argumente vorlegt werden, die für die präsentierten Elemente des Fortbildungsprogramms sprechen. Ob sich dieses Programm bewährt, muss eine regelmäßige Evaluation während und nach der Durchführung aus der Perspektive der Praxis ergeben.

Kriminalpolitische Ausgangslage und Begründung

Die Plausibilität eines solchen Täterprogramms darf sich nicht nur darauf beziehen, dass sozialpädagogisch wichtige Lernschritte vermittelt werden, sondern auch darauf, ob dieses Programm, das sich an Straftäter richtet und viele faktische Bezüge zum Sanktionensystem hat, kriminalpolitisch zu rechtfertigen ist, ob - wie bei anderen Deliktsbereichen auch - den Anforderungen an eine rationale Kriminalpolitik entsprochen wird.
Die Begründung und Befürwortung dieses Programms für soziales Lernen, das Anlass für einen Entwicklungsprozess sein soll mit dem Ergebnis der Änderung des Verhaltens hinsichtlich der häuslichen Gewalt, stellt somit ein Element in einer Debatte dar, die sich auch auf viele andere Delinquenzbereiche beziehen kann und sollte, und es ist nicht ersichtlich, dass nicht auch für andere Delikte und Begehungsformen nichtrepressive, sozialarbeiterische Angebote sinnvoll sind. Was welche Angebote zur Reduzierung des Wiederholungsrisikos, als Element der Grenzziehung, zur Verdeutlichung des Unrechts und als Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der (potentiellen) Opfer leisten, ist deliktspezifisch unter Beachtung der Rechtsstaatlichkeit und des Verhältnismäßigkeitsprinzips zu erproben, zu erforschen und zu entscheiden.
Eine kriminalpolitische Besonderheit für solche Interventionen im Bereich häuslicher Gewalt soll aber dennoch genannt werden. Während in vielen anderen Deliktbereichen das Strafrecht, insbesondere bezüglich des Schutzes des Eigentums, sehr energisch und meines Erachtens oft unverhältnismäßig eingesetzt wurde, hielt es sich gerade im Bereich

häuslicher Gewalt oft zurück, bagatellisierte das Geschehen und definierte es als privat, womit gleichzeitig gemeint war, dass staatliche Strafen hier deshalb nichts zu suchen haben.[1] Während in anderen Deliktsbereichen um andere, alternative Formen sozialer Kontrolle, die weniger in Grundrechte eingreifen, gerungen werden mußte, ergab sich in diesem Bereich eine Diversion häufig aus alter Tradition, eine faktische Duldung männlichen Züchtigungsrechts in der Familie, wie es ja bis Ende des 19. Jahrhunderts rechtlich verbrieft war. Eine Kombination ideologisch begründeter Achtung familiärer 'Intimsphäre', aus der sich der Staat heraushalten solle, Glauben an die Selbstregulation von Konflikten und augenzwinkerndem Akzeptieren typisch männlicher Machtausübung führte zu einer faktischen Diversion um das Strafrecht herum und damit zu einem mangelnden Rechtsschutz für die Opfer, die in rechtschutzfreien Räumen Gewalt und Demütigung erleben mußten.
Dabei konnten sich diese Positionen gerade in den letzten 15 Jahren auf Erkenntnisse über die mangelnde oder zumindest oft überschätzte Reichweite strafrechtlicher Sanktionen und ihrer Androhung berufen. Eine Erkenntnis, die zwar grundsätzlich nicht dadurch falsch ist, dass man sie selektiv anwendet, die jedoch die Klarstellung erfordert, dass Diversion nicht dadurch beginnt, dass der Unrechtsgehalt einer Tat bagatellisiert wird und das Opfer allein gelassen wird.

Es ist hier kein Platz für eine umfassende Gewaltdefinition oder auch nur Referierung der Diskurse zum Gewaltbegriff. Inzwischen ist allgemein bekannt, dass Gewaltbegriffe sehr kontextbezogen sind und dass der Hinweis beispielsweise auf strukturelle Gewalt diesen einerseits sehr erweitert und damit sensibel für soziale Verhältnisse und insbesondere Ungleichheiten macht, dass er bezüglich interpersonalen Konflikten aber an Schärfe verliert. Kontextbezogenheit erfordert deshalb einen Gewaltbegriff, der den Zweck der Definition, Zielgruppen, berufliche Zusammenhänge usw. nennt. "Gewalt ist damit ein politischer Begriff, ihre Bestimmung ist ein Werturteil. Sie ist auch eine Zweckmäßigkeitsentscheidung, denn die große Unterschiedlichkeit der Gewaltdefinition zwischen den verschiedenen Berufsgruppen wie z.B. PolizeibeamtInnen, JuristInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen, SoziologInnen, Sozial- und PolitikwissenschaftlerInnen beruht auch darauf, dass jede Profession den Gewaltbegriff ausbildet, der ihr am zweckmäßigsten und handhabbarsten erscheint und mit dem sie glaubt, ihre jeweilige gesellschaftliche Funktion am Besten ausüben zu können."[2]

Diese Forderungen nach Kontextbezogenheit haben die Konsequenz, dass solche Gewaltdefinitionen nicht austauschbar sind, dass der Gewaltbegriff des Strafrechts, beispielsweise hinsichtlich der Nötigung oder der häuslichen Gewalt nicht unbedingt für die Analyse gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungsprozesse taugt.
Entsprechend soll auch hier im folgenden mit einem Gewaltbegriff gearbeitet werden, der nichts weiter vermag, als verschiedene Handlungen bzw. Verhaltensweisen voneinander abzugrenzen - ein bescheideneres Unterfangen als es meist in den großen Gewaltdiskursen versucht wird, aber für den hier angestrebten Zweck völlig ausreichend.
"Von Gewalt soll immer dann gesprochen werden, wenn ein menschliches intentionales Handeln durch Zwang eine Schädigungsabsicht verfolgt und dabei Normen bricht" [3].
Schweikert bezeichnet häusliche Gewalt schlicht als männliche Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahraum [4] und erfaßt damit trotz der Kürze neben der fast 100 %igen Verteilung hinsichtlich Tätern und Opfern vor allem das Machtgefälle und den Aspekt, dass in einem Bereich, der eigentlich als Schutzraum erlebt wird, das Opfer in ganz besonderer Weise rechtlos ausgeliefert ist. Schweikert geht davon aus, dass es sich bei der häuslichen Gewalt "nicht immer um strafbare Handlungen handelt"[5].
Etwas ausführlicher definieren Zimmermann u.a. die häusliche Gewalt:
"Bei häuslicher Gewalt handelt es sich um Gewaltstraftaten, die fast ausschließlich von Männern in engeren, bestehenden oder ehemaligen Beziehungen zu Frauen ausgeübt werden und überwiegend im vermeintlichen Schutzraum der ‚eigenen vier Wände', also 'zu Hause' stattfinden. Ein Fall häuslicher Gewalt wird angenommen, wenn:

- eine häusliche Gemeinschaft ehelicher oder nichtehelicher Art besteht, also Täter und Opfer in einer gemeinsamen Wohnung leben, bzw. Täter und Opfer bei bestehender Lebensgemeinschaft über
- zwei Meldeanschriften verfügen;
- die häusliche Gemeinschaft in Auflösung ist ...
- die häusliche Gemeinschaft bereits seit

einiger Zeit aufgelöst worden ist (Beispiel: laufendes Trennungsjahr bei Scheidungen mit getrennten Wohnungen und gewisse Gemeinsamkeiten oder Kontakte noch über die Scheidung hinaus fortbestehen; bspw. Sorgerecht/ Umgangsrecht für Kinder, geschäftliche Abwicklungen);
- bereits geschiedene Eheleute vor rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens, die noch Kontakte unterhalten, ohne in gemeinsamer Wohnung zu leben."[6]

In den letzten Jahren wurden Berichte über häusliche Gewalt nicht mehr so tabuisiert[7] wie früher - aber in dem breiten Diskurs über Gewalt und den lautstark problematisierten Thesen von dem Anstieg der Gewalttätigkeiten war darüber wenig zu hören. Obwohl schon im Bericht der Gewaltkommission von 1989 von Schwind und Baumann breit darüber berichtet wurde.[8]

Insgesamt beträgt der Anteil männlicher Tatverdächtiger bei allen polizeilich registrierten Delikten in den letzten 10 Jahren konstant zwischen 75 und 80 %. Bei Delikten wie Mord und Totschlag, gefährlicher und schwerer Körperverletzung, Raub und Straftaten gegen die persönliche Freiheit schwankt diese Quote sogar um 90 %.
Betrachtet man die Opfergefährdung so überwiegt dabei ebenfalls der Anteil der Männer, jedoch weniger ausgeprägt. So waren 1999 bei Mord und Totschlag 65,4 % der Opfer männlich, bei Raub und räuberischer Erpressung 67,3%, bei Körperverletzungsdelikten 66,1%, bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit 59,3 % und nur bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung überwog der Anteil weiblicher Opfer mit 91,6 %.[9]
Das führt zu einer deutlich höheren Opfergefährdung von Männern, wenn man die Quoten pro 100.000 Einwohner vergleicht:

	Männer	Frauen
Vollendeter Mord und Totschlag:	1,5	1,0
Vollendete Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung:	2,9	27,1
vollendete Raubdelikte und räuberische Erpressung:	93,3	42,4
Vollendete Körperverletzungsdelikte:	669,3	330,3
Vollendete Straftaten gegen die persönliche Freiheit:	210,7	137,0[10]

Häusliche Gewalt wird als solche von den Statistiken nicht gesondert ausgewiesen. Jedoch lassen sich durch die erhobenen Merkmale der Nähe zwischen Täter und Opfer durch Verwandtschaft und Bekanntschaft gewisse Indizien interpretieren. Seit den Untersuchungen des kürzlich verstorbenen Berliner forensischen Psychiaters Wilfried Rasch ist bekannt, dass selbst bei den Tötungsdelikten etwa in jedem zweiten Fall das Opfer dem Täter verwandt oder nahe bekannt ist.[11]
Das bestätigten auch die neueren polizeilichen Kriminalstatistiken, selbstverständlich mit deliktspezifischen Ausprägungen. So waren bei den vollendeten Mord- und Totschlagsdelikten in 34,1 % Täter und Opfer miteinander verwandt[12] und in 29,7 % waren sie miteinander bekannt, was eine Summe von immerhin 63,8 % ergibt. Bei den vollendeten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren immerhin 20,4 % verwandt und 36,8 % bekannt, was eine Summe von 57,2 % ergibt. Bei den vollendeten Körperverletzungsdelikten, die hier von besonderem Interesse sind, waren 11,5 % miteinander verwandt und 27,1 % bekannt, was zu einer Summe von 38,6 % führt. Ähnlich sind die Quoten bei den vollendeten Delikten gegen die persönliche Freiheit, wo sie 11,3 %, 26,3 %, und als Summe 37,6 % betragen. Eine völlig andere Struktur hingegen ergibt sich bei den vollendeten Raubdelikten und räuberischen Erpressungen, wo nur in 0,8 % Täter und Opfer miteinander verwandt und in 7,8 % miteinander bekannt waren.[13]
Während 20,5 % der männlichen Opfer eines vollendeten Mordes oder Totschlags Angehörige des Täters oder der Täterin waren, betrug diese Quote bei weiblichen Opfern immerhin 52,3 %[14]. Noch deutlicher wird diese geschlechtsspezifische Differenz bei den Körperverletzungen. Während bei den 267.732 Fällen vollendeter Körperverletzung, in denen Männer das Opfer waren, nur 4,9 % Angehörige des Täters, der Täter oder der Täterin waren, traf das bei den weiblichen Opfern in 24,3 % der Fälle zu (bezogen auf 138.838 Fälle).[15] Hier zeigt sich also sehr deutlich die andere Beziehungskonstellation, die Tatsache, dass die familiäre Intimität für Frauen sich deutlich häufiger als für Männer vom Schutz zur Falle verkehrt.

Wenn auch die polizeiliche Kriminalstatistik häusliche Gewaltdelikte nicht gesondert ausweist, so gibt es doch aus den letzten Jahren einige Erhebungen, die auch das Dunkelfeld mit einbeziehen wollen. Sie ergeben meines Erachtens noch kein sehr zuverlässiges eindrucksvolles Bild und sollen deshalb hier

nicht inhaltlich wiedergegeben werden - sie sind bei Schweikert nachzulesen.[16]

Soweit es Streit darüber gibt, ob ‚ganz normale Männer' aufgrund eines bestehenden durch Sozialisation vermittelten Männerbildes gewalttätig werden oder ob es dazu spezifischer Fehlentwicklungen im Sinne von Sozialisationsdefiziten oder psychiatrischer Fehlentwicklungen bedarf, ist einerseits anzumerken, dass es ‚ganz normale Männer' gibt, die trotz der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht prügeln und insofern keine noch so radikale These uns der Aufgabe einer differenzierenden Ursachenanalyse enthebt, und andererseits geht es pragmatisch präventiv gewendet dabei nur um das Verhältnis von Bemühungen hinsichtlich der primären und sekundären Sozialisation und tertiärer Kriminalprävention in bezug auf die Täter. Denn unbestritten ist ja, dass die Gewalttäter ihre "Handlungen als Inszenierungen einer vermeintlichen ‚richtigen' oder gar ‚guten' Männlichkeit auffassen"[17] , und dass deshalb die Orientierung an diesem Männerbild selbst zu thematisieren und zu ändern ist und deshalb beides notwendig ist. Denn selbstverständlich können (potentielle) Opfer nicht darauf vertröstet werden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse nun mal so seien und man geduldig auf die Ergebnisse künftiger Sozialisationsprozesse zu warten habe, sondern es muß das gesellschaftliche Unwerturteil deutlich gemacht und die Täter müssen an ihrem Verhalten entschlossen gehindert werden.

Täterprogramme bzw. Trainingskurse gegen häusliche Gewalt[18]

Täterarbeit und erst recht die Qualifizierung zur Täterarbeit (Perspektive aus der dritten Reihe) kann neben dem konsequenten Schutz der (potentiellen) Opfer, der Beweissicherung bei häuslicher Gewalt und der Beratung und psychischen Unterstützung der Frauen nur ein Element in einem vernetzten Interventionssystem sein, das zudem noch langfristige Perspektiven in der Bildungsarbeit nicht aus dem Auge verlieren darf.[19]
Als ein solches Element in einem komplexen System beruhen solche Programme inzwischen auf zahlreichen, auch internationalen Erfahrungen und wurden von vielen internationalen Gremien[20], einschlägig engagierten deutschen Verbänden[21] und AutorInnen gefordert.

So schließt beispielsweise Joachim Kersten seine Studie über Männlichkeit, Kultur und Kriminalität mit folgenden Zeilen: "Kriminalität entsteht nicht aufgrund der massenhaften Orientierung jüngerer Männer an sozial schädlichen oder gar ‚bösartigen' Entwürfen von Männlichkeit, sondern aus einer risikohaften, das männliche, weibliche oder kindliche Opfer erniedrigenden Bewerkstelligung von Geschlecht als letzte Ressource von Selbstwert. Erstrebenswert erscheint die wissenschaftliche Entwicklung breit gestreuter Programme im Bildungs-, Freizeit-, Ausbildungs- und Arbeitsbereich, aber auch im Bereich gerichtlicher und außergerichtlicher Sanktionen."[22]
Und schließlich schreibt Schweikert in ihrer Dissertation über häusliche Gewalt: "Nach der Erfahrung und erfolgreichen Erprobungen in anderen Ländern kann die Absolvierung eines Lern- und Trainingskurses für gewalttätige Männer eine geeignete strafrechtliche Interventionsmaßnahme bei häuslicher Gewalt bedeuten. Durch diese Maßnahme im Rahmen des Strafrechts findet zum einen eine Sanktionierung und eine Unrechtsbewertung statt, zum anderen wird dem Mann die Möglichkeit gegeben, sein Handeln zu reflektieren, Verantwortung zu übernehmen und nicht gewalttätige Verhaltensweisen zu üben."[23] Ganz ähnlich argumentiert Monika Frommel mit folgenden Zeilen: "Soziale Trainingskurse sind daher neben anderen Interventionen unverzichtbare Bestandteile einer verbesserten Strafverfolgung. Ihre Wirkung hängt davon ab, dass die Strafjustiz Entschlossenheit und Flexibilität zugleich zeigt."[24]
Interventions- und Lernprogramme für Tätergruppen lassen sich als zweckrational sinnvolle Reaktionen auf strafbare Handlungen nur entwickeln, wenn es gemeinsamen Bedarf für solche Lernprozesse gibt, Anknüpfungspunkte, die man trotz aller Ressourcenorientierung auch als Defizite charakterisieren kann. Genannt werden bei Tätern häuslicher Gewalt immer wieder z.B. mangelhafte soziale Kompetenz und insbesondere kommunikative Fähigkeiten, geringes Selbstwertgefühl, Frauenhaß, eigene Gewalterfahrungen und Defizite hinsichtlich der Affekt- und Selbstkontrolle. Die Männer streben in ihren Beziehungen keine Gleichberechtigung an, sondern die eigene Dominanz, Macht und Kontrolle. Gleichzeitig lehnen sie die Verantwortung für das eigene (gewalttätige) Verhalten häufig ab, neh-

men sich selbst als Opfer wahr. Alkoholprobleme sind zwar nicht ursächlich, senken aber häufig die Hemmschwelle für aggressives Verhalten und erhöhen damit die Deliktwahrscheinlichkeit.

Entsprechend müssen die Lern- und Trainingsprogramme an diesen Unvermögen, verzerrten Wahrnehmungen und Gefühlen ansetzen und zur Übernahme von Verantwortlichkeit für das eigene Verhalten ‚zwingen'. Neben den inhaltlichen Bezugspunkten sind methodisch Therapien, Trainingskurse oder Behandlungsprogramme zu nennen, was hier auch nicht begrifflich insoweit präzisiert und weiter ausgeführt werden kann, als damit tatsächlich verschiedene Interventionsmethoden gemeint sind (und nicht nur unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen und Schulen als Bezugspunkte). Die häufig verwendeten, nicht sehr spezifischen und wohl gewollt stigmatisierenden Begriffe Täterarbeit oder Täterprogramme nehmen Anleihen bei unterschiedlichen sozialpädagogischen und therapeutischen Schulen, sprechen von "zielgerichtetem Einüben sensorischer, kognitiver und aktionaler Fertigkeiten oder Kompetenzen"[25] und einer Art sozialtherapeutischem Konglomerat.[26]

Als Leitziel des Täterprogramms, das Ausgangspunkt für das an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin entwickelte Fortbildungsprogramm war und ist, wird genannt "Beziehungskonflikte und -krisen gewaltfrei zu bewältigen" und die Frauen und Kinder der Täter zu schützen. Die teilnehmenden Männer[27].

- legen sich schriftlich fest, künftig auf den Einsatz von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt zu verzichten,
- ermöglichen den Kontakt zwischen ihrer Partnerin und den TrainerInnen und bejahen, dass diese gegebenenfalls über erneute Gewalttätigkeit informiert werden,
- lernen, in welchen Situationen sie zur Gewalt gegriffen haben bzw. mit ihr drohten,
- schildern ihre Gewalthandlungen in einer aktiven Wortwahl ohne Verleugnungen, Bagatellisierungen und Schuldverweise auf die Partnerin,
- sollen in die Lage versetzt werden, Stressfaktoren und für sie kritische Situationen gewaltfrei zu verändern oder sich zurückzuziehen,
- sollen ihre gewalt- und stressfördernden Einstellungen und Bewertungen identifizieren können und zugunsten konstruktiver Alternativen modifizieren,
- lernen ihre Gefühlswahrnehmungen besser zu identifizieren und klarer zu kommunizieren,
- sollen erkennen, welche Risikosituationen sie auf dem Hintergrund ihrer persönlichen Lebensgeschichte als bedrohlich, ängstigend usw. erleben und warum sie zur Gewalt gegriffen haben bzw. damit drohten,
- lernen, Abwertungen und Kränkungen ihnen gegenüber wahrzunehmen und gewaltfrei zu konfrontieren,
- werden in die Lage versetzt, Konflikte in ihrer Beziehung anzusprechen und unter Einbeziehung der Perspektive der Partnerin zu lösen und
- demonstrieren ihre erweiterten Fertigkeiten in der Gruppe und zeigen damit handlungsleitende Einstellungen, in denen größere Wertschätzung und Akzeptanz von Frauen deutlich wird.

Der Zugang zu den Interventionsprojekten erfolgt über die Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Rechtsanwälte, Strafvollzug, Bewährungshilfe und Beratungsstellen. Häufig ist Hintergrund der Teilnahme eine Weisung oder Auflage oder der vom Rechtsanwalt oder der Rechtsanwältin vermittelte Selbstmelder verspricht sich von der Bereitschaft zur Teilnahme an dem Programm zumindest eine Strafmilderung bzw. eine Aussetzung einer Freiheitsstrafe zur Bewährung. Auch ein gewisser Druck der Lebenspartnerin, die die Fortsetzung der Beziehung an die Teilnahme an einem solchen Täterprogramm knüpft, wird häufig wahrgenommen. Natürlich ist das nicht die oftmals in der ‚reinen Lehre' gewünschte Primärmotivation, die aus dem Leidensdruck am eigenen Handeln entsteht. Es stellt sich aber ohnehin zum einen die Frage, wie häufig eine solche Einsicht empirisch tatsächlich zu Beginn vorhanden ist, wie man diese ermitteln kann oder ob es sich nicht eher um ein Konstrukt der TherapeutInnen, BeraterInnen oder TrainerInnen handelt und zum zweiten, ob man denn bei all den anderen gewalttätigen Männern statt dem Vertrauen auf eine extrinsische Motivation, allein auf Repression und Wegschluß setzen solle mit dem Risiko einer höheren Wiederholungsgefahr.

Über die Methode und den Inhalt des Programms, das auf langjährigen Erfahrungen der Einrichtungen Beratungsstelle im Packhaus in Kiel, Männerbüro Hannover e.V., Mannege - Programm Konflikt-Krise-Gewalt e.V. in Berlin und dem Münchener Informationszentrum für Männer e.V. beruht, kann hier nicht näher eingegangen werden.
Die Interventionsprogramme stehen in den Spannungsfeldern zwischen den Versuchen des Verstehens der Aktionen einerseits, dass durch Moralisieren und Bewerten häufig nur schwer möglich ist, und andererseits der klaren Zuschreibung von Verantwortlichkeit, um durch die Intervention präventiven Schutz potentieller Opfer leisten zu können. Dem entspricht ein Konzept von sozialer Kontrolle, das einerseits mit Repression droht, Unrecht als solches bezeichnet und Grenzen zieht und andererseits durch soziale Arbeit bestrebt ist, "dem Klienten zu helfen, sich in Zukunft nicht mehr abweichend zu verhalten".[28]

Fortbildung für GruppenleiterInnen von Täterprogrammen an der ASFH

Zu Beginn des Jahres 2002 wird an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin erstmals ein qualifiziertes Fortbildungsprogramm zur Ausbildung als GruppentrainerIn für das Täterprogramm zur Arbeit mit gewalttätigen Männern angeboten werden.[29] Die Qualifizierte Fortbildung richtet sich an SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen, PsychologInnen sowie andere, die im Bereich Gewalt-, Männer- und Jugendarbeit arbeiten oder arbeiten wollen und bereits eine qualifizierte Ausbildung haben.

Nach der Auswahl der TeilnehmerInnen und einer Selbsterfahrungswoche zum Thema Gewalt wird es 9 oder 10 Blöcke mit zusammen 148 Stunden (einschließlich Selbsterfahrungswoche, 180 Stunden) geben, die durch Hospitationen und eine Co-Gruppenleitung ergänzt werden, um eine praxisnahe Ausbildung mit hoher Arbeits- und Selbstreflexion zu gewährleisten. In der Ausbildung wird es um Genderforschung, das Thema Gewalt, Ziele und Methodik der Gruppentrainingskurse, Paarberatung, Rechtsgrundlagen, Sprachpsychologie und Methoden der Organisation und Evaluation gehen. Die Ausbildung steht im engen Zusammenhang zur Praxis der Täterprogramme und soll in der Auseinandersetzung mit diesen helfen, diese selbst auch inhaltlich weiterzuentwickeln. Dazu wird es auch nötig sein, sich selbst differenziert mit dem Thema Gewalt im persönlichen Kontext auseinanderzusetzen. Nach der regelmäßigen Teilnahme und dem erfolgreichen Abschluß einer schriftlichen Arbeit und eines Colloquiums wird die ASFH ein Zertifikat vergeben. Die Teilnahme ist kostenpflichtig, wird aber für viele TeilnehmerInnen vom Arbeitgeber subventioniert werden.
Am 25.9.2001 wird an der ASFH eine Fachtagung zum Thema ‚Interventionen gegen häusliche Gewalt' stattfinden, in deren Rahmen auch das Curriculum dieser Weiterbildung vorgestellt und diskutiert und zu der hiermit eingeladen wird.

Prof. Dr. Heinz Cornel ist Hochschullehrer an der Alice-Salomon-Fachhochschule. Die Langfassung dieses Artikels erscheint in der Zeitschrift Neue Kriminalpolitik.

Fußnoten:

1 Vgl. beispielsweise Schneider 1989, S.561f. und Honig 1989, S. 355f.
2 Schweikert, 2000, S. 39.
3 Frommel 2000, S. 19
4 Vgl. Schweikert 2000, S. 40
5 Vgl. Schweikert 2000, S. 43
6 Zimmermann u.a. 2000, S. 31f.
7 Vgl. Schweikert 2000, S. 41
8 Vgl. Schwind/Baumann 1989, Band I S.72ff., Honig 1989 und Schneider 1989.
9 Vgl. die Polizeiliche Kriminalstatistik 1999, hrsg. vom Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2000, S. 57
10 Vgl. die Polizeiliche Kriminalstatistik 1999, S. 59
11 Vgl. Rasch, Winfried: Tötung des Intimpartners, Stuttgart 1964
12 Verwandtschaft wird hier entsprechend der polizeilichen Kriminalstatistik nicht im engeren Sinne wie im BGB verstanden und definiert, sondern es wird angeknüpft an den

Angehörigenbegriff gem. § 11 Abs. 1, Nr. 1 StGB, der alle Verschwägerten, Verlobten, Geschiedenen, Pflegeeltern und Ehepartner mit einschließt.

13 Alle Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 1999, S. 61.

14 Insgesamt wurden Männer 584 mal und Frauen 436 mal als Opfer registriert. Vgl. PKS 1999, S. 61

15 Vgl. PKS 1999, S. 61

16 Vgl. Schweikert 2000, S. 45ff.

17 Kersten 1997, S. 189

18 Es soll hier keine Debatte über die Geeignetheit der verschiedenen Begriffe Training, Lernkurs, Trainingskurs, Therapie, Täterprogramm usw. geführt werden. Zwar wird nicht verkannt, dass mit diesen Begriffen Inhalte und verschiedene Orientierungen verbunden und transportiert werden, oft werden sie aber auch synonym verwandt. Eine Festlegung auf die Art der psychologischen, (sozial-)pädagogischen, sozialarbeiterischen oder (sozial-)therapeutischen Beeinflussung soll jedenfalls hier nicht erfolgen, zumal sie hier aus Platzgründen nicht begründet werden könnte.

19 Diese Bildungs- und sonstigen Informationsangebote sollten allerdings nicht vornehmlich unter Präventionsaspekten gesehen und unterbreitet werden, sondern sind schlicht Ausfluss des Gleichheitsgrundsatzes und der Menschenrechte; vgl. Cornel 1999, S. 133ff. mit vielen Vorschlägen

20 Vgl. den Bericht über die Notwendigkeit einer Kampagne in der Europäischen Union zur vollständigen Ächtung der Gewalt gegen Frauen vom Ausschuss für die Rechte der Frau des Europäischen Parlaments vom 16. Juli 1997, S. 9

Vgl. den Bericht der Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Folgen, Rahmen für Musterrechtsvorschriften betreffend Häusliche Gewalt, Vereinte Nationen, Menschenrechtskommission, New York 1996, S. 13

21 Grenzen setzen - Verantwortlich machen - Veränderung ermöglichen, hrsg. von der Berliner Initiative gegen Gewalt gegen Frauen, Berlin 1997, S. 12ff.

22 Kersten 1997, S.189; vgl auch Pence/Paymar 1993

23 Schweikert 2000, S. 510

24 Frommel, in: Zimmermann u.a. 2001, S. 8)

25 Zimmermann u.a., S. 33

26 a.a.O.

27 im folgenden werden Formulierungen aus dem Täterprogramm zitiert, vgl. Zimmermann u.a. S. 45ff.

28 Frommel, in: Zimmermann u.a., S. 22

29 Je nach Bedarf soll es mehrfach angeboten werden, wobei wir von zunächst mindestens 3 Durchgängen ausgehen.

Literatur:

Bericht der **Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen, ihre Ursachen und Folgen, Radhika Coomaraswamy,** Vereinte Nationen, Menschenrechtskommission, New York 1996

Bericht über die Notwendigkeit einer Kampagne in der Europäischen Union zur vollständigen Ächtung der Gewalt gegen Frauen vom **Ausschuss für die Rechte der Frau des Europäischen Parlaments** vom 16. Juli 1997

Cornel, Heinz, Schwere Gewaltkriminalität durch junge Täter in Brandenburg, Potsdam/Berlin 1999

Grenzen setzen, Verantwortlich machen, Veränderungen ermöglichen, hrsg. von der **Berlin Initiative gegen Gewalt gegen Frauen**, Berlin 1997

Honig, Michael-Sebastian, Gewalt in der Familie, in: Schwind/Baumann, Bochum 1989, Band III Sondergutachten, S. 343ff.

Kersten, Joachim: Gut und Geschlecht: Männlichkeit, Kultur und Kriminalität, Berlin/New York 1997

Pence/Paymar, Education groups for men who batter: The Duluth model New York 1993

Rasch, Wilfried: Tötung des Intimpartners, Stuttgart 1964

Schneider, Ursula, Gewalt in der Familie, in: Schwind/Baumann, Bochum 1989, Band III Sondergutachten, S. 503ff.

Schweikert, Birgit: Gewalt ist kein Schicksal, Ausgangsbedingungen, Praxis und Möglichkeiten einer rechtlichen Intervention bei häuslicher Gewalt gegen Frauen unter besonderer Berücksichtigung von polizei- und zivilrechtlichen Befugnissen, Baden-Baden 2000

Schwind/ Baumann u.a., Bericht der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission) (4 Bände), Bochum 1989

Zimmermann, Siegfried/Hinz, Walter/Frommel, Monika/Eggerding, Klaus/Dubberke, Martin/David, Klaus-Peter: Täterarbeit, Programm zur Arbeit mit gewalttätigen Männern, Berlin 2001

Benannt! "MännerGewalt" im Titel einer Öffentlichkeitskampagne

Heike Radvan

Der Begriff ´MännerGewalt` im Titel der Berliner Kampagne "Gemeinsam gegen MännerGewalt" benennt den Zusammenhang zwischen männlicher Geschlechtszugehörigkeit und Gewalt. Dieser Terminus, offensiv durch die Kampagne auf Ständen oder in Presseveröffentlichungen verwendet, ruft bei Frauen *und* Männern oft Erstaunen, Empörung, Zweifel, Widerstand oder Betroffenheit hervor. Die Fragen, ob Männer nicht eher abgeschreckt, als Täter alle in einen Topf geworfen werden, Frauen nicht ebenso Gewalt ausüben und der Titel eine Festschreibung beinhaltet, die längst überholte biologistische Argumente stützt, werden aufgeworfen.

Der erste Abschnitt des vorliegenden Artikels erläutert den Begriff MännerGewalt und seine Sinnhaftigkeit für eine Öffentlichkeitskampagne. Im folgenden wird die Berliner Kampagne "Gemeinsam gegen MännerGewalt" vorgestellt, über ihre Ziele und aktuellen Projekte informiert.

Die Entscheidung für den Titel "MännerGewalt" gründet sich auf einen Diskurs, der den Blick zunehmend von Opfern auf die Täter und deren Inverantwortungnahme richtet. Die geschlechtsneutralen Bezeichnungen für fast alle Gewaltphänomene - wie z.B. Jugendgewalt, rechte Gewalt, häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Vergewaltigung, sexuelle Belästigung, Mißbrauch aber auch Krieg - verdecken, dass die große Mehrheit der Täter Männer und männliche Jugendliche sind. Dieser Sachverhalt wird selten in angemessener Deutlichkeit wahrgenommen und benannt. Die Opfer von Männergewalt sind jeden Alters und beiderlei Geschlechts[1].

Die polizeilich ermittelte Kriminalität 1995-1997 in Deutschland verdeutlicht, dass der Anteil von Männern an der Gesamtkriminalität konstant 77%-78% beträgt. Bei Gewaltdelikten liegt der Anteil männlicher Tatverdächtiger konstant und deutlich höher:

- bei Sexualdelikten ca. 91%
- bei Mord und Totschlag 90-91%
- bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung ca. 88%
- bei einfacher Körperverletzung 87%
- bei Raubdelikten 92% und
- bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit 90%. (vgl. Schweikert, 2000, S. 42)

MännerGewalt stellt ein globales Problem dar. Massenvergewaltigungen und das Töten in Kriegen, Witwenverbrennung und Mitgifttod in Indien, Tötung von Frauen aufgrund der Ehre des Mannes belegen nur beispielhaft das weltweite Ausmaß von MännerGewalt.

MännerGewalt wird wesentlich durch die Geschlechterhierarchie als gesellschaftlichem Strukturmerkmal und der daraus abgeleiteten männlichen Sozialisation verursacht und gestützt. Die Erfahrungen der Berliner Kampagne mit dem Titel MännerGewalt zeigen, dass das Bewußtsein über die Rolle gesellschaftlicher Strukturen bei Gewalttätigkeiten von Männern an Frauen und Kindern in der Bevölkerung gering ausgeprägt ist. Ungeachtet wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und erfahrbarer Realität wird das Thema meist als Randgruppenproblem oder isoliertes Einzelschicksal gesehen.

In die Mechanismen struktureller Gewalt sind jedoch alle Beteiligten eingebunden. Frauen halten das System u.a. aufrecht, indem sie "mitmachen" oder eigene Machtstrukturen entwickeln. Zu differenzieren sind jedoch die von Männern und Frauen angewendeten Gewaltformen und ihre Auswirkungen. Beratung und Unterstützung für Frauen wird von verschiedenen aus der

Frauenbewegung entstandenen AntiGewalt-Projekten angeboten. AntiGewaltarbeit setzt bisher zu einem großen Teil an der Opferseite an. Damit wird entsprechend der Hierarchie die Täterseite ausgeblendet. Männergewalt gegenüber Frauen und Kindern kann jedoch grundsätzlich nur verringert werden, wenn Männer erkennen, daß Männergewalt zu aller erst Männersache ist:

- Alle Männer profitieren mehr oder weniger von bestehenden patriarchalen Strukturen[2]. Auch Männer, die sich mit ihrer privilegierten Position auseinandersetzen und versuchen, Machtstrukturen abzubauen, sind deren Teilhaber und Nutznießer[3]. In diesem Zusammenhang liegt es in der Verantwortung von Männern, demokratische Grundstrukturen im Alltäglichen und ein gewaltfreies Miteinander einzufordern.

- Die stillschweigende Akzeptanz oder offene Befürwortung von Männern im sozialen Umfeld eines Täters legitimieren Gewalttaten. Dadurch machen sie sich als Geschlechtsgenossen mitverantwortlich. Es ist notwendig, dass Männer sich aktiv von Tätern entsolidarisieren und die Gewaltausübung gegen Frauen und Kinder eindeutig ablehnen. Die Ächtung von Tätern durch ihre Geschlechtsgenossen ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg zu einer friedlicheren Gesellschaft.

- Die Argumentation, dass Frauen aufgrund ihrer Opferposition für die Auseinandersetzung mit erfahrener MännerGewalt zuständig sind, blendet die Verantwortlichkeit von Männern aus. Jeder Täter ist für sein eigenes Handeln verantwortlich. Die Übernahme dieser Verantwortung schließt persönliche Reflexion, Schuldbewußtsein, Ursachenforschung und Veränderung ein. Es umfaßt des weiteren gesellschaftsstrukturelle Veränderungen, wie z.B. juristische Sanktionierung von Tätern und deren umfassende finanzielle Inverantwortungnahme für die Folgekosten der Gewalt.

- Die gesellschaftlich geprägte männliche Geschlechtsrolle, damit verbundenes männliches Dominanzverhalten und Machtmißbrauch reproduziert sich durch Sozialisation. Dieser Prozeß ist nur veränderbar, wenn Männer bei dieser Veränderung vorangehen, neue Rollenmodelle leben und damit Verantwortung und Vorbildfunktion für Jungen übernehmen.

In Diskussionen, die durch den provozierenden Kampagnentitel ausgelöst sind, ist es oft möglich, Männer von der Notwendigkeit zu überzeugen, aktiv zu werden und sich von Gewalt und Gewalttätern offen zu distanzieren. Gleichzeitig wird durch den Begriff MännerGewalt die Benennung und Inverantwortungnahme der Täter in der Öffentlichkeit deutlich gefordert. Die Notwendigkeit und der Erfolg des Titels bestätigen sich in der täglichen Öffentlichkeitsarbeit der Kampagne.

Die Berliner Kampagne "Gemeinsam gegen MännerGewalt" wurde 1999 von engagierten Frauen aus der Präventionsarbeit gegen Gewalt und sexuellen Mißbrauch an Frauen, Mädchen und Jungen gegründet. Dieser Gruppe schlossen sich VertreterInnen verschiedener AntiGewaltprojekte an. Heute arbeiten 19 Projekte, Institutionen und Einzelpersonen in der Initiativgruppe. Offiziell eröffnet wurde die Berliner Kampagne am 25.11.2000 durch Senatorin Frau Schöttler, die gleichzeitig Schirmfrau des Projektes ist.
Die Initiativgruppe plant und arbeitet regelmäßig an den Kampagnen-Aktivitäten und deren Umsetzung in die Praxis. Das Kampagnenbüro wird seit dem 15.04.2001 vom Berliner Senat finanziert und befindet sich in der Luckauer Strasse 1, 10969 Berlin. Seit dem 15.05.2001 koordinieren eine Politologin und eine Sozialpädagogin auf ABM-Basis sowie eine Berufspraktikantin der Sozialarbeit die verschiedenen Kampagnenprojekte.

Vorbild für die Kampagnenarbeit sind die in Europa bisher durchgeführten Öffentlichkeitskampagnen, u.a. in Zürich, Edinburgh, Bologna und München.
Ziel der Berliner Kampagne ist die Thematisierung von MännerGewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen. Angestrebt wird ein gesellschaftlicher Auseinandersetzungsprozeß, in Folge dessen MännerGewalt gegen Frauen und Kinder nicht länger geduldet wird. Intensive Informations- und Aufklärungsarbeit soll eine Sensibilisierung der breiten Bevölkerung sowie gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen bewirken, um das Bewußtsein für Ursachen und Konsequenzen von Männergewalt zu fördern. Insbesondere strebt die Berliner Kampagne eine Sensibilisierung und Aktivierung von Männern an.

Die Kampagne arbeitet an verschiedenen Einzelprojekten: Für das kommende Jahr wird ein Arbeitsschwerpunkt im Bereich des Sportes liegen. Viele Mädchen und Jungen nutzen den Sport, um eigene Fähigkeiten und Stärken auszuprobieren und im Miteinander angenehme Freizeit zu verbringen. Gleichzeitig werden im Sport der soziale Umgang aber auch Geschlechterrollen ausprobiert und eingeübt. Das Thema MännerGewalt wird in diesem Rahmen wenig aktiv thematisiert. Wie gehen Kinder/Jugendliche miteinander um, wo findet Ausgrenzung und Gewalt u.a. durch Sprache statt? Welche Rolle spielt der Leistungsgedanke im Sport und welche Folgen ergeben sich daraus? Wie werden Geschlechterrollen repliziert und an welchen Punkten implizieren sie Gewalt? Wie kann sexualisierte Gewalt in Vereinen thematisiert und den TäterInnen Grenzen gesetzt werden? Diese Fragen und Inhalte plant die Kampagne in Zusammenarbeit mit Berliner Sportvereinen zu thematisieren. Ein Runder Tisch, an dem VertreterInnen verschiedener Sportvereine und Fachkräfte aus AntiGewaltprojekten zusammenarbeiten, wird das konkrete Vorgehen und Zielsetzungen erarbeiten.
Als ein Ziel sind geschlechtsspezifische Trainingsprogramme angestrebt, in denen Gewalt und ihre Ursachen aktiv durch die Mädchen und Jungen thematisiert werden. Dies schließt u.a. die Reflexion über Geschlechterrollen ein.
Ähnlich zum Konzept des Gendermainstreaming können Trainingsprogramme das Thema MännerGewalt, insbesondere sexualisierter Gewalt in die Ebene der AnleiterInnen und Funktionäre von Sportvereinen bringen. Angestrebt wird durch die Trainingsprogramme in allen Vereinsebenen ein Aushandeln ethischer Grundlinien für ein gewaltfreies Miteinander. Diese können dann in Vereinssatzungen verankert werden und in der Öffentlichkeit insbesondere gegenüber Eltern als Werbung dienen. Damit wird das Thema MännerGewalt gesellschaftlich sichtbar gemacht, zunehmend enttabuisiert und TäterInnnen werden klare Grenzen gesetzt.

Für den Herbst 2001 ist das Projekt "Polizeiliches Handeln bei häuslicher Gewalt" geplant.
Im Rahmen der Arbeit des Berliner Interventionsprojektes BIG e.V. hat sich das polizeiliche Vorgehen bei häuslicher Gewalt während der letzten 5 Jahre gewandelt. Zum Beispiel kann der Täter heute der Wohnung verwiesen werden. Zudem werden die Beteiligten über den Tathergang getrennt befragt. Die PolizeibeamtInnen sind für das Thema sensibilisiert und über die Formen struktureller Gewalt, ihre Mechanismen und Folgen informiert.
Die Berliner Kampagne "Gemeinsam gegen Männergewalt" organisiert Informationsveranstaltungen, in deren Verlauf Polizistinnen und Polizisten ihr verändertes Vorgehen bei häuslicher Gewalt gegenüber der Bevölkerung darstellen und für Nachfragen und Informationen zur Verfügung stehen. Diese Veranstaltungen werden stadtteilbezogen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Polizeiabschnitten und lokalen Projekten organisiert. Eine Zielsetzung des Projektes ist die öffentlichkeitswirksame Sichtbarmachung, dass häusliche Gewalt keine Privatsache oder ein Kavaliersdelikt darstellt und TäterInnen zur Verantwortung ihrer Taten gezogen werden. Das Wissen um das effektive Vorgehen der PolizeibeamtInnen soll u.a. bewirken, dass sich im gesellschaftlichen Miteinander der Grundsatz "Gewalt ist kein erlaubter Umgang, Gewalt ist strafbar" durchsetzt. Auch soll dadurch die Hemmschwelle, im Falle von (häuslicher) Gewalt die Polizei zu benachrichtigen, herabgesetzt werden. Mit dem Projekt wird das Kampagnenziel, MännerGewalt zunehmend gesellschaftlich zu ächten und zu verhindern, umgesetzt. Ein Unrechtsbewußtsein gegenüber MännerGewalt und die daraus folgende aktive Zivilcourage in der Bevölkerung sind erste Schritte auf diesem Weg.

Eine Serie verschiedener Kampagnentrailer, die in verschiedenen Berliner Kinos das Thema MännerGewalt in die öffentliche Diskussion bringen, werden in Zusammenarbeit mit einer Medienpädagogin und Engagierten aus der freien Theaterszene erarbeitet. Berlinweite Plakataktionen sind parallel geplant.

Im Rahmen des MultiplikatorInnengremiums werden auf Vernetzungsbasis Aktivitäten und Projekte zum Thema "Gemeinsam gegen MännerGewalt" geplant und durchgeführt. Momentan arbeiten VertreterInnen an einer Aktion zum Thema "MännerGewalt in den Medien und in der Werbung".

In Planung ist ein weiteres Projekt im Schulbereich. Schwerpunkt soll hier die kiezbezogene Sensibilisierung und Fortbildung der LehrerInnen,

Eltern und AnwohnerInnen für das Thema "MännerGewalt" sein.

Nachdem in München von 1997-99 die sehr erfolgreiche Kampagne "Aktiv gegen MännerGewalt" durchgeführt wurde, planen und starten neben der hier vorgestellten Berliner Kampagne auch in anderen Städten Initiativgruppen die Durchführung von Öffentlichkeitskampagnen. Kooperationen bestehen bereits nach Köln und Neuruppin. Eine bundesweite Vernetzung zwischen den Städtegruppen wäre ein anzustrebendes Ziel. Neben einem Erfahrungsaustausch wäre dadurch die Chance gegeben, das Thema "MännerGewalt" auch bundesweit in stärkerem Masse in die Öffentlichkeit zu bringen.

Heike Radvan ist Sozialpädagogin und arbeitet bei der "Kampagne gegen Männer-Gewalt"

Literatur:

Schweikert, Birgit: Gewalt ist kein Schicksal. Baden Baden 2000.

Fußnoten:

1 In bestimmten Bereichen richten sich Übergriffe von Männern vor allem gegen Frauen, Mädchen und Jungen. Die Formen der Gewalt umfassen körperliche, verbale, sexuelle und/oder psychische Gewalt.

2 Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch die Differenzierung gesellschaftlich vorhandener Hierarchien in der BRD. Ein schwarzer Mann ist u.U. gegenüber einer weißen Frau weniger privilegiert. Innerhalb der Hierarchieebenen aber bleibt das Machtgefälle zwischen Frauen und Männern zumeist konstant, weshalb im Folgenden allgemein der Begriff Männer benutzt wird.

3 Beispielsweise fällt die Wahl einer Stellenbesetzung zugunsten eines Mannes aus, weil die weibliche Bewerberin Kinder erzieht und aufgrund dessen benachteiligt wird.

Lesben als Asylbewerberinnen? Lesben als Migrantinnen?

Claudia Jarzebowski

Lesben als Asylbewerberinnen ist ein Thema, welches sich in jüngster Zeit eines gestiegenen Interesses erfreut. Fast scheint es so, als sei hier ein Thema entdeckt worden, welches zugleich exotisch und hochpolitisch ist. Beides stimmt: Nur zehn Prozent aller Flüchtlinge sind weiblich. Selbst wenn wir die für westlichen Gesellschaften großzügig ermittelte Zahl von einem 10prozentigen homo-sexuellen Bevölkerungsanteil zugrunde legen (ohne daß wir davon ausgehen, daß diese 10 Prozent ihre homosexuelle Veranlagung ausleben bzw. sich dieser überhaupt bewußt sind), wird deutlich, daß es sich bei Lesben und Asyl um eine vermeintlich randständige Problematik handelt. Hochpolitisch wohl deshalb, weil das neue Partnerschaftsgesetz die Aufenthaltserlaubnis für gleichgeschlechtliche PartnerInnen verspricht.

Doch beschränkt diese Herangehensweise maßgeblich den Blick auf lesbische Frauen, die in Deutschland bzw. Europa Asyl suchen. Zum einen grenzt sie all diejenigen aus, die trotz Diskriminierung und täglicher Bedrohung nicht fliehen, sondern in ihren Ländern für eine Verbesserung des rechtlichen und sozialen Status kämpfen; zum anderen darf es nicht sein, daß der Aufenthaltsstatus an eine eingetragene Partnerschaft gekoppelt wird und somit neue Abhängigkeiten produziert werden.

Deshalb möchte ich im folgenden differenzieren, auch, damit nicht der Eindruck einer Hierarchisierung entsteht.

Agata K. lebt in Georgien und ist verheiratet. Sie hat zwei Söhne, ihre Ehe ist allerdings zerrüttet. Noch während ihrer Ehe beginnt sie eine Beziehung mit ihrer Nachbarin. (Das ist im übrigen eine häufige Form für "erste Beziehungen" in Ländern, in denen es offiziell keine Lesben gibt.) Diese Beziehung fliegt auf, nachdem einer ihrer Söhne die beiden Frauen in einer eindeutigen Situation überrascht. Die beiden Frauen bitten den Sohn darum, nicht darüber zu sprechen, doch kann dieser das Beobachtete nicht für sich behalten und so erfährt der älteste Sohn der Nachbarin von dem Verhältnis der bei-

den Frauen. Agata flieht mit ihrem Ehemann nach Deutschland und beantragt Asyl. Ihr Ehemann distanziert sich von ihr und reicht die Scheidung ein, daraufhin wird Agatas Asylantrag abgelehnt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat sie ihre sexuelle Orientierung vor deutschen Behörden verheimlicht. Agata kehrt nach Georgien zurück und sieht sich äußersten Repressalien ausgesetzt, sowohl von ihrer eigenen Familie als auch von der der Nachbarin. Den beiden Frauen ist es unmöglich, ungestört miteinander zu sprechen, da der Sohn der Nachbarin bei seiner Mutter wohnt, um diese zu überwachen. Den Frauen wird Vergewaltigung, Zwangsehe und sogar der Tod angedroht, sollten sie nicht voneinander lassen. Darauf hin flieht Agata ein zweites Mal nach Deutschland und beantragt dieses Mal als geschiedene Frau Asyl. In diesem Asylverfahren weist sie ausdrücklich auf die Gefahr, die ihr in Georgien aufgrund ihrer sexuellen Orientierung droht, hin. Da sie jedoch das erste Mal als Ehefrau geflohen war, wird ihr kein Glauben geschenkt und nahegelegt, doch wieder zu dieser Lebensform zurückzukehren.

Ein wesentlicher Baustein in der Argumentation des Gerichtes ist die gesetzliche Lage in Georgien. Und die ist in der Tat verwirrend. Bis Ende 1999 stand männliche Homosexualität unter Strafe, es drohten 3 Jahre Haft (Art. 150 der Sowjetunion). Lesbische Sexualität fand in den Gesetzen keine Erwähnung. Zahlen über Verurteilungen lassen sich nur schwer ermitteln. Ende 1999 wurde dieses Gesetz aufgehoben: Formaljuristisch stehen einvernehmliche gleichgeschlechtliche Kontakte in Georgien nicht mehr unter Strafe, wobei sogar die Altersgrenzen für homo- und heterosexuelle Beziehungen angeglichen wurden. Damit entfällt für deutsche Gerichte jeder Grund, Agata politisches Asyl zu gewähren.

Die juristische Seite ist insbesondere für lesbische Frauen immer nur die eine Seite. Schwerwiegender gestaltet sich die gesellschaftliche und familiäre Situation für lesbische Frauen. Doch findet diese vor den Gerichten kein Gehör. Bestenfalls wird ihnen zur Selbstbefriedigung geraten.

Mariana C. wird Mitte der neunziger Jahre zu drei Jahren Haft in einem rumänischen Gefängnis verurteilt: Eine Nachbarin hatte sie als Lesbe denunziert und angegeben, daß Mariana sie verführen wollte. Dieser Fall wird von amnesty international aufgegriffen und als einer der ersten in die Weltöffentlichkeit getragen. Marianas Fall wurde auch von europäischen Behörden aufgegriffen, denn er eignete sich, Druck auszuüben und von Rumänien die Anpassung an europäisches Recht zu fordern. Mariana wurde freigelassen und bekam in Deutschland politisches Asyl. Gleichzeitig wurde der Druck auf Rumänien erhöht, mit dem Erfolg, daß zwar im Juli 2001 der berüchtigte Paragraph 200 abgeschafft wurde, gleichzeitig aber der Paragraph 201 geschaffen wurde, der Verhalten gegen die öffentliche sittliche Ordnung mit denselben Strafen versieht wie ehemals der Paragraph 200. Dennoch gilt Rumänien jetzt als Staat, der keine diskriminierenden Gesetze mehr aufweist.

Diese Beispiele sind typisch für die gesellschaftliche Situation von lesbischen Frauen in ihren Herkunftsländern, die sich in folgenden Punkten von der schwuler Männer unterscheidet: der Zugang zu Ressourcen, Informationen, Literatur, die Akzeptanz innerhalb von Familien, die Akzeptanz in der Gesellschaft, die Möglichkeit, ein Leben als ledige Frau zu führen, die Möglichkeit, in einem Beruf zu arbeiten, die Möglichkeit, überhaupt eine alternative Vorstellung zum genormten heterosexuellen Leben zu entwickeln.

Die zehn Prozent weiblichen Flüchtlinge, von denen eingangs die Rede war, setzen sich weitgehend aus Ehefrauen bzw. Familiennachzug zusammen. Das heißt, daß die Frauen entweder als Ehefrauen oder als Verlobte ins Land kommen. Der Anteil der Frauen, die als ledige Frauen fliehen, ist nicht zu ermitteln. Diese Ausgangssituation führt dazu, daß die Migrantinnen in bestehende familiäre Zusammenhänge kommen, in denen ihre Rolle klar definiert ist. Dennoch erleben einige dieser Frauen ein Coming out, welches sie in Gewissenskonflikte stürzt.
Mable kommt aus dem Iran und ich habe mich anfangs gewundert, daß sie nie auf Fotos wollte bzw. sich so setzte, daß die Kameras sie nicht filmen konnten. Sie hat ihr Lesbischsein entdeckt, nachdem sie als politischer Flüchtling in Deutschland lebte. Gespräche mit dieser engagierten und lebhaften Frau haben ergeben, daß sie durch ein offenes Auftreten ihre Tochter, die im Iran lebt, gefährden würde und außerdem befürchtet, daß ihre anstehende Einbürgerung gefährdet sein könnte. Mable lebt seit fast dreißig Jahren in Deutschland, doch ihre

größte Angst ist die Verfolgung. Und so hat sie es bis heute vermieden, sich in der iranischen Community Berlins zu outen.

Frauen, die als Lesben in ihren Ländern leben und sich dort gegen Diskriminierung einsetzen, häufig unter Gefährdung ihres eigenen Lebens bilden die Gruppe von Frauen, der von amnesty international aus die größte Aufmerksamkeit gilt.
Was ist eine Lesbe? Diese Frage läßt sich für jeden Kontinent, für jede Religion, für jedes Land beinahe unterschiedlich beantworten. In Ostafrika beispielsweise war es bis vor einiger Zeit üblich, daß zwei Frauen in einem Stammesverband zusammen lebten, ihre gemeinsame Sexualität allerdings nicht in die Öffentlichkeit trugen. Für diese Frauen gibt es auch in afrikanischen Sprachen Bezeichnungen. Seit einiger Zeit sind diese Frauen erheblichen Übergriffen ausgesetzt, indem sie als Lesben bezeichnet werden. Eine *shona* kann eine ehrenwerte Frau sein, eine Lesbe hingegen nicht. Dieses Beispiel zeigt, daß die Frage der sexuellen Handlungen, der sexuellen Orientierung keine isolierte Frage ist, sondern eng an politische und gesellschaftliche Diskurse gekoppelt ist. Im Unterschied zu schwuler Sexualität, die in vielen Kulturen als eine Phase toleriert wird - zumindest zwischen älteren und jüngeren Männern bis zur Eheschließung - umgibt die lesbische Sexualität eine Aura des (Ver)-Schweigens.
Das äußert sich unter anderem darin, daß Homosexualtät in vielen Gesetzen als männliche Homosexualität verstanden und ausgelegt wird: So wird Sodomie in Aserbaidschan als Beziehung zwischen zwei Männern definiert und kann mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Beziehungen zwischen Frauen hingegen bleiben unerwähnt. Weibliche Homosexualität ist sehr viel seltener ein ausgewiesener Straftatbestand. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Der wichtigste Grund besteht wohl in der ignoranten Sichtweise auf weibliche Sexualität von Männern, die Gesetze schreiben.

Die Vorstellung, daß Frauen miteinander Sex haben können, ist eine relativ moderne Vorstellung. Zwar kennt auch das Mittelalter diesbezügliche Verbote, doch stehen diese in einer Reihe mit Verboten, die die nicht-reproduktive Sexualität zum Gegenstand haben, also etwa auch den Analverkehr zwischen Mann und Frau. Handlungen zwischen Frauen gelten insofern als weniger verwerflich, da ihnen die *Instrumente* fehlen, um einen Geschlechtsverkehr zu realisieren. Und so ist es nicht verwunderlich, daß die Frage nach einem *Instrument* die beherrschende Frage in mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Prozessen gegen Frauen ist, die miteinander *zu tun* gehabt haben.
Und so ganz weit weg vom Mittelalter sind wir nicht, wenn wir uns mit der Ignoranz gegenüber weiblicher Homosexualität beschäftigen. Die Zeitspanne, in der es möglich ist, Neigungen Frauen gegenüber nicht mehr nur als Schwärmerei, intensive Freundschaft oder Übergang zu bezeichnen und nicht ernstzunehmen, sondern als lesbische Neigung zu begreifen, ist relativ kurz.

Die GALZ gründete sich Anfang der neunziger Jahre als eine Organisation für Lesben und Schwule in Zimbabwe und bestand weitgehend aus Weißen. Poliyana M. ist die erste schwarze Frau, die sich in Ostafrika als Lesbe geoutet hat bzw. geoutet wurde. Mitte der neunziger Jahre arbeitete sie auf der Internationalen Buchmesse an einem Buchstand der GALZ in der Hauptstadt Harare. Als Poliyana M., die mit 16 Jahren an einen Kirchenältesten als zweite Frau verheiratet wurde, die bereits als 18jährige zwei Kinder zur Welt gebracht hatte und mit 23 geschieden war, in ihre Heimatstadt zurückkehrte, erwartete sie eine Menschenansammlung am Busbahnhof mit Transparenten wie "Lesben wollen wir nicht" u.a. Zu Hause erwartete sie ihre Familie: Der Familienrat hatte beschlossen, Poliyana die Kinder wegzunehmen und jeglichen Kontakt zu verbieten. Es stand außer Frage, daß Poliyana die Stadt verläßt. Sie ist die prominenteste Lesbe in Zimbabwe und sagte im April letzten Jahres, daß nur ihr offensives Auftreten, ihr öffentliches Bekenntnis ihr geholfen habe, zu überleben. Wäre sie ruhig geblieben, wäre sie ein leichtes Opfer für Polizei oder paramilitärische Organisationen geworden.
Heute besteht die GALZ vorwiegend aus schwarzen Lesben und Schwulen sowie SympathisantInnen. Während der Präsident des Landes, Robert Mugabe, Lesben und Schwule als Schweine beschimpft, die es zu schlachten gelte, als Abschaum westlicher Dekadenz oder als Kranke, organisiert die GALZ Aufklärungsunterricht in Sachen Aids, verteilt Kondome, veranstaltet Discos und Filmabende.

Die *mujeres creando* sind eine Frauenorganisation in Bolivien. Maria Galindo ist eine der Hauptakteurinnen und lebt mit ihrer

Lebensgefährtin zusammen. Beide waren vor kurzem in Deutschland und informierten über ihr Land, über die Situation von Frauen als Indigenas, als Lesben, als Ehefrauen und Mütter, als Erwerbslose. Maria Galindo betont immer wieder, wie wichtig es ist, daß sich Organisationen wie amnesty international für die Rechte von Lesben und Schwulen im allgemeinen einsetzen. Sie betont aber gleichzeitig, daß es den Frauen und Männern in ihren Ländern überlassen bleiben muß, welchen Weg sie gehen.
Auch Poliyana M. bestätigt, daß der Einsatz von amnesty international sehr viel zur weitgehend friedlichen Koexistenz der GALZ mit anderen gesellschaftlichen und politischen Institutionen beigetragen hat. Das könne aber nicht heißen, daß wir besser als sie selbst wissen, was eine Lesbe in Zimbabwe, in Bolivien oder in Georgien ist.

Es läßt sich also konstatieren, daß es Gründe dafür gibt, warum so wenige Lesben unter den Migrantinnen sind. Und diese Gründe liegen einerseits in der Gefährdung und den mangelnden Möglichkeiten für eine Frau in einer männerdominierten Gesellschaft, sich ihres Lesbischsein bewußt zu werden. Andererseits ziehen es viele Frauen, die ihr Coming Out in ihrem Heimatland haben, vor, dort zu bleiben und sich vor Ort für die Verbesserung ihrer Situation über Aufklärung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einzusetzen.
Umso wichtiger ist es, daß die Asylrechtssprechung Lesben nicht nur als Partnerinnen deutscher Frauen wahrnimmt, sondern als eine Gruppe von Frauen, die spezifischen Diskriminierungen und Gefahren ausgesetzt sind.

Claudia Jarzebowski ist Sprecherin der SKG 2918/Menschenrechte und sexuelle Identität von amnesty international.

info:

Ab jetzt gibt es auch in Berlin (nach Paris, London, USA) ein vom Senat und Arbeitsamt finanziertes
Zentrum für Beratung und Hilfe bei dem Problem der Genitalverstümmelung bei Frauen.

Bitte verbreiten Sie diese Information innerhalb und außerhalb Ihrer Community. Wir, Mariatu Rohde, Medizinerin und Patricia Macathy-Schäffer, beide aus Sierra-Leone, sind auch gerne bereit, auf dem nächsten Treffen ihrer Community einen (kurzen) Vortrag (mit Diskussion) zu halten.

Mariatu Rohde: Ärztin/Beraterin
Patricia Macarthy-Schaefer: Beraterin

BAIP
Berlin-Afrikanisches Immigranten Projekt
Beratungsstelle für afrikanische Frauen
Karl-Marx Strasse 42
12043 Berlin
Fon/Fax: 030-627 29 330
E-mail: baip@web.de

Frauenhandel
und
Prostitution

Jährlich werden rund 500.000 Frauen und Mädchen zum Zwecke sexueller Ausbeutung in EU- Länder geschleust.

Die Schlepperbanden machen allein in Europa jährlich etwa 7 Milliarden Dollar Gewinn mit der sexuellen Ausbeutung und sklavenähnlichen Behandlung von Frauen. (lt.Bericht der Sachverständigen im Familien- und Frauenausschuß des Parlaments in Bonn; 27. Mai 1998)

Unabhängig davon, ob die Ausübung der Prostitution erzwungen wird oder im "Konsens" erfolgt, werden die Frauen und Mädchen von den kriminellen Banden ihrer individuellen Rechte beraubt und durch das illegale Instrument der "Schuldknechtschaft" in eine Art moderne Sklaverei gezwungen.

Frauenhandel ist so lukrativ wie Drogenhandel, aber viel weniger riskant: während auf Drogenhandel bis über zehn Jahre Haft steht, steht auf Frauenhandel eine Höchststrafe von zwei Jahren.

Nach Schätzungen gehen in Deutschland täglich eine Million Männer in Bordelle.

Es wird geschätzt, daß mindestens 100.000 junge Ukrainerinnen im Ausland als Prostituierte arbeiten.

Mindestens 14.000 albanische Frauen arbeiten durch den Frauenhandel in Westeuropa als Prostituierte, hauptsächlich in Italien und Griechenland. (Stand: 7/98)

10.000 bulgarische Frauen wurden zur Prostitution ins Ausland verschleppt. Die Bulgarinnen werden von den Vermittlern zu Preisen von 2.000 bis 3.000 DM als Prostituierte verkauft. Sie müssen dann in den EU-Ländern und der Türkei anschaffen gehen. In Polen arbeiten rund 3.500 Bulgarinnen. (lt. Frauenorganisation Animus, 8/98)

Jährlich werden 5.000 bis 7.000 Frauen und Mädchen aus Nepal nach Indien zur Prostitution verschleppt. Insgesamt arbeiten mindestens 100.000 Prostituierte aus Nepal in Indien. Davon sind etwa 30 Prozent jünger als 18 Jahre und 70 Prozent können nicht lesen und schreiben. (Stand: 12/97)

In Kambodscha werden jährlich etwa 17.000 Frauen und Kinder zu Prostituierten gemacht. Über 35 Prozent von ihnen werden entführt und in die sexuelle Sklaverei verkauft.

Quelle: www.frauennews.de/themen/weltweit/frhandel.htm, am 18.06.01

Gesellschaftliche Folgekosten von Gewalt gegen Frauen

Ingrid Neunhöffer

In Zeiten sozialer Einschnitte, wo Einsparungen an den öffentlichen Haushalten mit Vorliebe im sozialen Bereich vorgenommen werden, sehen sich die Träger der Präventionsarbeit gegen Gewalt gegen Frauen immer wieder von existenzbedrohenden Kürzungen bedroht.
In Zusammenhang mit dieser Diskussion versuchen feministische Wissenschaftlerinnen, neben den enormen persönlichen Schäden für die von Gewalt betroffenen Frauen nun auch die gesellschaftlichen, finanziellen Schäden zu quantifizieren, um so die Kosten der Präventions- bzw. Interventionsarbeit der Projekte ins Verhältnis zum gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit zu setzen. Daß diese Berechnungen nicht die Bedeutung der psychischen und physischen Schäden der betroffenen Frauen erfassen können, ist klar. Selbst wenn der Gesellschaft keine Kosten entstünden, müßte sie alle Maßnahmen ergreifen, um die strukturelle Gewalt gegen die Mehrheit ihrer Mitglieder zu beenden. In Haushaltsdiskussionen haben die folgenden Zahlen aber trotzdem ihre Berechtigung.

Selbstverständlich ist eine genaue Berechnung der Kosten nicht möglich: Es müßten sehr viele Komponenten berücksichtigt werden, die durch die existierenden Statistiken nicht erfaßt werden. In verschiedenen Ländern wurden aber recht detaillierte Schätzungen/Berechnungen durchgeführt, deren Ergebnisse hier beschrieben werden sollen. Dazu fasse ich zwei Artikel von Barbara Kavemann (Kavemann, 1997; Kavemann, 1998) zusammen.

In Kanada wurde 1995 eine Studie über die gesellschaftlichen Kosten der Gewalt gegen Frauen veröffentlicht (Greaves, Hankivsky u.a. 1995):

"Dabei bezogen sie [die Autorinnen; Anm. d. Verf.] sich auf repräsentative kanadische Untersuchungen über Gewalt gegen Frauen, die viele Aspekte der Situation mißhandelter oder vergewaltigter Frauen detailliert erfaßt hatten. Vergleichbare Daten liegen für die Bundesrepublik nicht vor. Zusätzlich werteten die Kanadierinnen die Sozialstatistik und die Kriminalstatistik des Landes sowie eine Vielzahl empirischer Untersuchungen und Polizeiberichte aus. Sie nutzten die Erfahrungen australischer und US-amerikanischer Feministinnen, die ihrerseits Berechnungen aufgestellt hatten. Sie zogen die Haushalte von Städten und Provinzen, die Abrechnungen der Rechtsschutz- und der 0pferhilfeorganisationen, die Statistiken der Gewerkschaften über Fehltage am Arbeitsplatz hinzu. Sie holten die Meinung vieler ExpertInnen aus Institutionen und der Wissenschaft ein und führten selbst eine intensive telefonische Befragung aller Frauenhäuser und Notrufzentren gegen sexualisierte Gewalt durch." (Kavemann, 1998, S. 20)

Sie kamen auf ein Ergebnis von jährlich über 4,2 Milliarden Dollar, das entspricht ca. 7 Milliarden DM!

Diese Kosten teilen sich auf wie folgt:

(Teilweise geschätzte) jährliche Kosten der Gewalt gegen Frauen in vier Bereichen:

Soziale Dienste /Bildung	$ 2.368.924.297
Strafrecht	$ 871.908.583
Arbeit / Beschäftigung	$ 576.764.400
Gesundheit / Medizin	$ 408.357.042
Gesamtschätzung	$ 4.225.954.322

(vgl.Kavemann,1997, S.227)

"Die Autorinnen plädieren dafür, Konzepte der Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen kontinuierlich zu evaluieren und weiterzuentwickeln, und sehen keinen Mangel an Argumenten für eine verbindliche Finanzierung dieser Angebote: "Kürzungen bei der Förderung von Intervention und Prävention dürften keine sinnvolle Einsparung für Provinz und Bundesregierungen erbringen. Im Gegenteil könnten Kürzungen bei Angeboten und Programmen einen enormen ökonomischen Welleneffekt auslösen, der zu steigenden Kosten in andern öffentlich finanzierten Bereichen führt" (Lorraine Greaves, Olena Hankivsky u.a., 1995, S.4). Darüber hinaus habe ein Verzicht auf adäquate Krisenintervention zur Folge, daß für die Hälfte der Bevölkerung elementare Sicherheit und Lebensqualität gefährdet seien." (Kavemann, 1997 S.218)

Eine zweite kanadische Studie beschäftigte sich mit den Kosten für den Bereich Gesundheit und Wohlfahrt (Day 1995). Die Autorinnen berechneten die geschätzten meßbaren Kosten auf 1,5 Milliarden Dollar (ca. 2,5 Milliarden DM).
Diese beziehen sich auf:

- 7,6 Millionen Dollar für die unmittelbare medizinische Versorgung
- 1,3 Millionen Dollar für Zahnbehandlungen
- 255 Millionen Dollar für nachgehende medizinische Behandlungen und Konsultationen
- 507 Millionen Dollar für ambulante und stationäre psychiatrische Behandlung.

Eine Studie aus New South Wales, Australien, berechnet jährliche Kosten der häuslichen Gewalt, worunter sie vorwiegend die Mißhandlung von Frauen faßt (NSW Women Coordination Unit, 1991). Die Autorinnen kommen auf Kosten von 1,5 Milliarden australischen Dollar. Dabei verweisen sie darauf, daß der bei weitem größte Teil der Kosten von den betroffenen Frauen selbst getragen wird und die staatlichen Ausgaben für Schutz und Prävention demgegenüber gering sind.

Die bisher einzige in Europa veröffentlichte Studie zu diesem Thema stammt aus den Niederlanden und wurde zwischen September 1996 und April 1997 vom Kriminologischen Institut in Zusammenarbeit mit der Stiftung für Ökonomische Untersuchungen und der Frauenhausstiftung der Niederlande durchgeführt (Korf und Meulenbeck, 1997). Die Gesamtschätzung beläuft sich auf 332 Millionen holländische Gulden, das sind ca. 300 Millionen DM, und läßt sich wie folgt aufteilen:

Polizei und Justiz	72,8 Mill. Hfl	21,9 %
Medizinische Versorgung	15,5 Mill. Hfl	4,7 %
Psychosoziale Versorgung und Schutzangebote	78,4 Mill. Hfl	23,6 %
Arbeit und soziale Sicherheit	165,9 Mill. Hfl	49,9 %

(vgl. Kavemann, 1998)

In diesen Zahlen sind keine indirekten Folgen enthalten, (z.B. später auftretende gesundheitliche Einschränkungen); daraus erklärt sich der relativ niedrige Anteil der Kosten für medizinische Versorgungsleistungen.

Aus Deutschland gibt es keine entsprechenden Untersuchungen, da keine auswertbaren Statistiken zum Themenbereich geführt werden. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Christina Schenk antwortete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 15. April 1999:
"Der Bundesregierung liegen keine Angaben zu den gesellschaftlichen Folgekosten häuslicher Gewalt von Männern gegen Frauen vor. Einer Schätzung der Arbeitsgemeinschaft ‚Männer und Geschlechterforschung' (Berlin) zufolge belaufen sich die Folgekosten von Männergewalt auf etwa 29 Mrd. DM pro Jahr" (Prof. Dr. Walter Hollstein auf der 6. bundesweiten Gleichberechtigungskonferenz am 29. Januar 1998, Konferenzdokumentation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zit.n. Kavemann, 1998); und weiter: "Nach Angaben der Bundesländer betragen die Aufwendungen für die 389 Frauenhäuser und 46 Frauenschutzwohnungen in den Landeshaushalten 1998 insgesamt 66 Mio. DM.2 (Bundestags-Drucksache 14 / 693)

Angesichts dieser Zahlen bleibt es ein Rätsel, warum Gewaltpräventionsprojekte oft so stark unter Mittelkürzungen leiden. Wahrscheinlich, weil sich ihre Arbeit schlecht nach Heller und Pfennig bewerten läßt.

Ingrid Neunhöffer ist Studentin der Sozialpädagogik im dritten Semester.

Barbara Kavemann wird beim Fachhochschultag "Frauen in Gewaltverhältnissen" den Einführungsvortrag halten.

Literatur:
Bundestags-Drucksache 14/693, zitiert nach http://www2.pds-online.de/bt/drucksachen/1999/04/19990427-001.htm, 18.7.01
Day, Tanis 1995: The Health-Related Costs of Violence Against Women in Canada: The Tip of the Iceberg. London, Ontario / Canada
Greaves, Lorraine; Hankivsky, Olena u.a., 1995: Selected estimates of the Costs of Violence Against Women. London, Ontario / Canada
Kavemann, Barbara: Gesellschaftliche Folgekosten sexualisierter Gewalt gegen Mädchen und Jungen in: Kavemann u.a.1997: Prävention - Eine Investition in die Zukunft. Ruhnmark
Kavemann, Barbara: Gesellschaftliche Folgekosten der Gewalt gegen Frauen in: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus 1998: Innere Sicherheit durch Prävention. Selbstverlag, Berlin
Korf, Dirk; Meulenbeck, Heidi, 1997; Mot, Esther u.a. 1997: Economische Kosten van Thuisgeweld tegen Vrouwen. Utrecht
NSW Women´s Co-ordination Unit, 1991: Costs of Domestic Violence. Haymarket /NSW / Australia

Zwischen "Wahrheit", "Kaffeekränzchen" und Nichts?

Die unterschiedlichen Bedeutungen von Genderstudies, Frauenforschung und Feministischer Theorie

Leah C. Czollek/Gudrun Perko

"Möglicherweise ist aber ein neuer theoretischer Reflexionsrahmen der Geschlechterproblematik gefordert?" Ausgangspunkt dieser Fragestellung von Edith Bauer und Brigitte Geißler-Piltz sind die geringe Beteiligung sowie das geringe Interesse von Studentinnen an frauenspezifischen Lehrangeboten an der Alice-Salomon-Fachhochschule (ASFH). Diese belegen die Autorinnen mittels einer Befragung danach, was Studentinnen mit Genderstudies einerseits und Frauenprojekten andererseits assoziieren: wobei es eine hohe Akzeptanz der Genderstudies verbunden mit u.a. den Begriffen Rationalität, Wahrheit, Gerechtigkeit und der Gleichstellung der Geschlechter gibt; Frauenprojekte hingegen als u.a. eine Art Kaffeekränzchen aufgefaßt werden.[1]
Die Forderung der Autorinnen nach einem neuen theoretischen Reflexionsrahmen der Geschlechterproblematik an der ASFH eröffnet eine wichtige Diskussion, zu der der folgende Artikel einen weiteren Beitrag leisten und zunächst Vorhandenes in Erinnerung rufen will. Dabei ist es unumgänglich, eine begriffliche und inhaltliche Klärung von *Frauenforschung, Feministischer Theorie* und *Genderstudies* vorzunehmen,[2] insofern die Frage gestellt werden muss, um welche Inhalte es bei frauenspezifischen Lehrveranstaltungen an der ASFH gehen kann.

Der Begriff **Frauenforschung** ist für uns zweifach interpretierbar: Zum einen hebt er explizit Frauen als Forscherinnen hervor und kann damit z.B. in institutioneller Forschung und Lehre zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen; zum anderen impliziert der Begriff Frauenforschung, dass Frauen zum Objekt der Forschung werden, was die historische Frauenforschung ebenso wie die gegenwärtige betrifft und grundsätzlich das Dilemma von Forschenden und Beforschten aufzeigt, wie es in verschiedenen Kontexten inhaltlich wird (z.B. in der Antisemitismus-, Antiziganismus- und Migrationsforschung). Werden Frauen in der Öffentlichkeit erneut oder erstmals präsent gemacht, so ist das ein durchaus positiver Aspekt dieser Forschung; äußerst zweifelhaft jedoch - und auch von feministischer Seite immer wieder vehementer Kritik ausgesetzt - wurden/werden die postulierten Ergebnisse dieses Forschungszweiges, wenn es, insbesondere zu Beginn der Frauenforschung, ausschließlich um die Darstellung von weiblichen

Vorbildern, von sogenannten Heldinnen, ging/geht: unter Auslassung bzw. Verschleierung der Mittäterschaft von Frauen[3] an begonnenen Greueltaten, etwa während des Nationalsozialismus.
Ungeachtet des Faktums, dass der Terminus Frauenforschung zuweilen bis heute noch aus strategischen Gründen verwendet wird[4], verweist er nicht zwangsläufig auf Feminismus.
Der Begriff **Feminismus** bezieht sich explizit auf eine politische Praxis, auf ein Handeln, das in die Neue Frauenbewegung eingebettet ist,[5] die (zumeist) basisdemokratisch organisiert war. Ziel des Feminismus als radikale Herrschafts- und Ideologiekritik ist die Aufhebung jener Diskriminierungen, denen Frauen ausgesetzt waren und sind sowie deren Befreiung aus Unterdrückungsstrukturen bzw. letztlich die Freiheit aller. Dabei unterscheiden sich die verschiedenen Richtungen des Feminismus sowohl in den Vorstellungen als auch den Methoden, dies zu verwirklichen.[6] Im Rahmen der verschiedenen Formen feministischen Denkens galt die Konfrontation nicht alleine sogenannten patriarchalischen Strukturen: so wurden insbesondere christlich sozialisierte Feministinnen scharfer Kritik wegen ihres eurozentrischen Ansatzes von Seiten schwarzer und jüdischer Frauen ausgesetzt, d.h. aufgrund ihres Anspruches auf Universalismus, mittels dessen vermeintliche Allgemeingültigkeiten formuliert wurden.
Die Etablierung der **Feministischen Theorie** kann weder in bezug auf ihre Entstehungsgeschichte noch ihre Zielsetzung losgelöst von der Neuen Frauenbewegung gesehen werden. Eine Intention Feministischer Theorie besteht nach wie vor darin, "auch wenn sie ‚innen', innerhalb der Institution also, produziert wird, einen Bezug nach ‚außen', d.h. zum Leben der Frauen und der Frauenbewegung (zu bewahren)."[7]
In ihrer Vielfältigkeit lassen sich feministische Theorien, Wissenschaften und Forschungen auch gegenwärtig nicht auf eine Hauptströmung reduzieren. Wenngleich von dieser immer wieder die Rede ist, existierten und existieren unterschiedliche Denkrichtungen immer auch gleichzeitig. Die sex/gender Diskussion ist hierbei lediglich eine unter vielen. So gibt es Denkerinnen bzw. Forscherinnen, deren Themen am Leitfaden feministischer Interessen unterschiedliche Fragestellungen beinhalten: die Beteiligung von Frauen am Nationalsozialismus in verschiedenen beruflichen Kontexten; Gewalt gegen Frauen; spezifische Bedingungen und Gründe der Frauen in bezug auf Flucht und Migration; neue Definitionen von Menschenrechten; Relevanz von Pluralität und Verschiedenheit als politische und gesellschaftliche Bedingung der Enthierarchisierung und damit Entstigmatisierung verschiedener Gruppen sowie die Notwendigkeit von (Basis)Demokratie als Möglichkeit der Teilhabe Aller an gesellschaftlichen Angelegenheiten - um einiges zu nennen.
Diese Bereiche werden von Frauen sowohl innerhalb einer Institution als auch außerhalb dieser als Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Setzungen öffentlich zur Diskussion gestellt. In dieser Weise birgt Feministische Theorie in ihrer Vielfältigkeit immer auch den Zusammenhang von Theorie und Praxis: nicht, indem sie Handlungsanweisungen gibt (oder zu geben versucht), sondern, indem sie Handlungsräume eröffnet. In diesem Sinne ist auch eine sex/gender Diskussion, die keinen Bezug auf politische Praxen herstellt, lediglich ein in sich selbst kreisender akademischer Diskurs, und Genderstudies würden in solchem Kontext bloße intellektuelle Spielereien bleiben, die zudem bestehende Herrschaftsstrukturen einmal mehr festschreiben.
Der gebräuchlich gewordene Begriff **Genderstudies** (sowie Gendermainstreaming) verweist ebensowenig auf die erwähnte Frauenforschung wie auf Feminismus bzw. Feministische Theorie, wenngleich Gendermainstreaming im Sinne einer möglichen Frauenförderung positive Aspekte beinhalten kann, wenn es historisch an die Geschichte der Autonomen Frauenbewegung sowie an die Entwicklungen der Feministischen Theorien angebunden wird, aus denen es kommt.

Inhalte von "Frauenseminaren" und "Frauenprojekten" können sowohl *Frauenforschung, Genderstudies* als auch *Feministische Theorie* sein. Zu fragen bleibt, welche Inhalte dieser Bereiche im Rahmen der Lehre vermittelt werden können und sollen: im Rahmen der Fachhochschule explizit unter berufsspezifischen Perspektiven.
Neben dem bestehenden Frauenprojekt an der ASFH "Interkulturelle und geschlechtsspezifische Aspekte der sozialen Arbeit", das in einem gesonderten Artikel in der nächsten *Quer* vorgestellt wird, wäre eine Verankerung aller drei Forschungszweige, vor allem aber die Verankerung feministischer Forschung und Lehre in den Studienplänen der Fachhochschule notwendig. Dies zu verwirklichen setzt das Engagement Einzelner voraus, die sich - wie Bauer und Geißler-Piltz - immer noch mit dieser Thematik auseinandersetzen. Im Rahmen jener Lehre müsste sowohl der geschichtliche Kontext des Feminismus als auch die einzelnen, spezifischen Themenstellungen feministischer Theorien

zum Gegenstand gemacht werden. Denn die Vermittlung dieser an Studentinnen und Studenten bildet die Grundlage für ein Verständnis davon, dass feministische Forderungen nichts an ihrer Aktualität verloren haben. Diese Aktualität wahrzunehmen und zu bedenken, bedeutet nicht zuletzt, den Blick über die private Sphäre und über eine Institution hinaus, kritisch auf die Belange der Welt zu richten. Feministische Theorie kann ein Instrumentarium dafür sein, insofern es ihr immer noch um eine Herrschafts- und Ideologiekritik zu tun ist sowie um die Aufhebung der verschiedenen Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen, vor allem von Frauen. Gerade in sozialarbeiterischen Berufsfeldern sind diese Phänomene, verstärkt durch die negativen Folgen der Globalisierung, Gegenstand der Arbeit.

Eingedenk dieser Erinnerung bleibt dennoch die Frage, ob *"möglicherweise aber ein neuer theoretischer Reflexionsrahmen der Geschlechterproblematik gefordert (ist)?"*. Wie dieser Reflexionsrahmen aussehen könnte, versuchen wir uns in einer nächsten Querausgabe anzunähern.

Leah C. Czollek ist Lehrbeauftragte an der Alice-Salomon-Fachhochschule und Stellvertr. Frauenbeauftragte.
Dr. Gudrun Perko ist Sozialarbeiterin, Philosophin und freie feministische Wissenschaftlerin in Wien. Sie ist als externe Lektorin (=Lehrbeauftragte) an verschiedenen österreichischen Universitäten sowie als Wissenschaftslektorin und Coach für wissenschaftliches Arbeiten tätig.

Fußnoten:

1 Bauer, Edith/Geißler-Pilz, Brigitte: "Ein Frauenprojekt ist ein ... Genderprojekt ist ein ...?" in: *Quer. denken. lesen. schreiben*, Hg. Frauenrat und Frauenbeauftragte der ASFH, Nr. 03/01 Berlin 2001

2 Die Bezeichnungen werden im Singular geschrieben, weil sie sogenannte stehende Begriffe sind; zu betonen ist jedoch, dass es sich um vielfältige, unterschiedliche Forschungsansätze und Inhalte handelt.

3 Eine vehemente Diskussion in bezug auf die Mittäterschaft von Frauen wurde von Christina Thürmer-Rohr ausgelöst. Siehe Thürmer-Rohr, Christina: *Vagabundinnen. Feministische Essays*, Berlin 1987

4 Etwa um einem institutionellen mainstreaming Rechnung zu tragen, wobei allein die Begrifflichkeit eine Rücknahme radikaler Kritik anzeigt.

5 Von Neuer Frauenbewegung, die in den 70er Jahren aus der politischen 68er Bewegung hervorging, wird in Bezug auf die Alte Frauenbewegung gesprochen, d.h. die bürgerliche Frauenbewegung um die Jahrhundertwende, die sich aufteilte in den "gemässigten Flügel" (Helene Lange, Gertrud Bäumer u.a.) und den "radikalen Flügel" (Hedwig Dohm, Anita Augsburg u.a.). Zum "gemässigten Flügel" zählten diejenigen, die für ein Komplementaritätsmodell (Frauensphäre/Männersphäre) eintraten. Zum radikalen Flügel diejenigen, die für ein Gleichheitsmodell zwischen den Geschlechtern einstanden. Siehe dazu auch: Haubricht, M. : Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann. Studien zur Geschichte der Radikalen in der bürgerlichen Frauenbewegung. Diplomarbeit ASFH, 1989. Zur Alten Frauenbewegung gehörte auch Alice Salomon, die 1908 die erste soziale Frauenschule in Berlin gründete. S.a. Werkausgabe Alice Salomon. Ausgewählte Schriften in drei Bänden. Hg. v. Adriane Feustel. Neuwied, Kriftel, Berlin 1997 u. 2001.

6 Die Mannigfaltigkeit von feministischer Theorie kann hier aus Platzgründen ebensowenig aufgezählt werden wie die Publikationen einzelner Autorinnen.

7 List, Elisabeth in: Perko, Gudrun: "Philosophie und Feminismus" in: *Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft. Innovationen 1. Standpunkte feministischer Forschung und Lehre*, Hg. Birkan, Ingvild u.a., Wien 1999

Leserinnenbrief

Mit Erstaunen las ich in der letzten Quer- Ausgabe Einstellungen von Studentinnen zum Thema "Frauenprojekte", die da "strukturloses Rumlabern, unproduktives Zusammensein, eine Art Kaffeekränzchen" etc. wären.
Ich frage mich, wie eine derartige Stereotypenbildung und ein Infragestellen der Professionalität von Frauen zustande kommt.
Die Aussagen erinnern an gängige Frauenbilder der 40er und 50er Jahre, zumal in letzter Zeit neue lerntheoretische Erfahrungen diskutiert werden, nach denen reine Frauen-Unis oder Frauenseminare und Mädchenklassen besonders selbstbewusste, erfolgreiche Frauen hervorbringen (so ist z.B. Hillary Clinton Absolventin einer Frauen-Uni!!).
Ich selbst bin Teilnehmerin an einem Frauenprojekt und kann bisher die Professionalität und Intensität des Projektes nur bestätigen.

Ella Horn (Studentin an der ASFH)

AStA: Frauenreferat heißt weiter Frauenreferat

Ingrid Neunhöffer

In drei Sitzungen befaßte sich das StudentInnenparlament (StuPa) mit dem Namen des AStA-Frauenreferats. Grund war ein Antrag, das Referat in Gleichstellungsreferat umzubenennen. Diese Namensänderung allein wäre kein Grund für eine so emotionale und erbitterte Diskussion gewesen, wie sie dann entstand. Das Problem waren eher die völlig unterschiedlichen Sichtweisen von Sinn und Notwendigkeit eines solchen Referats.
Die Argumentation für die Umbenennung folgte verschiedenen Strängen: Während einige meinten, das Wort Gleichstellung benenne deutlicher das Ziel der Arbeit des Referats, ließen andere durchblicken, das Problem der Geschlechterungleichbehandlung werde bei "uns" so ausführlich behandelt und an jeder Stelle erwähnt, daß das im AStA nun wirklich nicht auch noch notwendig sei. Das Gleichstellungsreferat könne sich ja auch mit der Gleichstellung anderer Minderheiten, z.B. der Behinderten, der Lesben und Schwulen usw. befassen.
Im Lauf der Diskussion tauchte dann noch der Vorschlag auf, das Gleichstellungsreferat mit einem Mann und einer Frau zu besetzen, damit auch die Männer für ihre Belange einen Ansprechpartner hätten. Allerdings wurde trotz mehrerer Nachfragen nicht klar, was denn die Belange der Männer sein könnten und was dieser Männerbeauftragte dann machen sollte. Eine Diskussion über diese Frage, so wichtig sie ist, steht aus und muß von Männern mit Männern geführt werden.

Allerdings muß die Aufgabe mehr und anderes umfassen als den ewigen Neid auf die Veranstaltungen, die Frauen vorbehalten sind und das Wegreden der bestehenden Ungleichheiten und Konflikte.

Die Diskussion im StuPa zeigt meiner Ansicht nach das Dilemma der Diskussion um Sexismus an unserer Fachhochschule: Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind zwar in vielen Seminaren Thema, aber das Wissen bleibt auf theoretischer Ebene und weit weg von der eigenen Person. Daß (fast) alle Frauen und Männer, also auch wir, unsere jeweilige Geschlechterrolle seit der Kindheit eingeimpft bekommen haben und wir uns dementsprechend verhalten, ist eigentlich eine Binsenweisheit. Daß wir im Laufe unseres Lebens die Chance haben, uns nach unseren Wünschen zu verändern auch.

Dabei ist eine Schulddiskussion sinnlos; Schuldzuweisungen sind kontraproduktiv. Es ist schon lange bekannt, daß die Geschlechterungleichheiten von beiden Geschlechtern tradiert werden. Aber gerade von uns, die wir Sozialpädagogik studieren, erwarte ich Neugier und die Bereitschaft, eigene Verhaltensweisen genauso wie die von anderen zu hinterfragen, ehrlich zu betrachten und gegebenenfalls zu ändern. Schließlich ist es das, was wir später auch von unseren KlientInnen erwarten. Das heißt, daß Männer und Frauen darauf achten, wo sie unhinterfragt Geschlechterklischees übernehmen, und zwar nicht nur ganz oberflächlich.

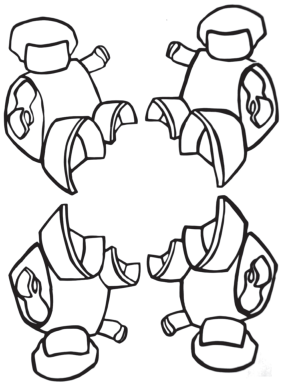
Wie die Umbenennungsdiskussion ausgegangen ist, fragt Ihr? Letztendlich aus formalen Gründen abgelehnt. Nicht sehr befriedigend.

Ingrid Neunhöffer ist Studentin an der ASFH, Studentische Tutorin im Büro der Frauenbeauftragten und und in dieser Funktion verantwortl. QUER-Redakteurin.

Gender - Mainstreaming - AG beauftragt

Der Akademische Senat hat am 3.7.2001 die Einrichtung einer Gender-mainstreaming-AG unter Beteiligung der Hochschul- und Verwaltungsleitung beschlossen. In der AG werden Frauen und Männer aller Gruppen der Hochschule vertreten sein. Diese werden im Wintersemester auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse der bisherigen Projektgruppe ein Konzept zur Umsetzung des Gender-mainstreaming an der ASFH erarbeiten und dem AS zur Diskussion und zum Beschluß vorlegen. Mehr dazu und zu Gender-mainstreaming finden Sie auf der Webseite:
http://www.asfh-berlin.de/gender-mainstreaming/

Neues vom Tutorium:
"Studieren mit Kind"



Am 03.07.2001 wurde das Pilotprojekt Kinderbetreuung durch den Akademischen Senat der ASFH vorbehaltlich der Finanzierung genehmigt. In der vorlesungsfreien Zeit soll das ehemalige StudentInnencafé (Raum 112) gemäß der Auflagen des Ladesjugendamtes umgebaut werden. Es wird uns voraussichtlich zum Semesterbeginn im Oktober 2001 als Betreuungsraum zur Verfügung stehen. Das Projekt wird vorerst über zwei Semester laufen. Die stundenweise Betreuung ist vorgesehen für Kinder im Alter von 2- 5 Jahren und wird in der Zeit von 8.00 Uhr - 19.30 Uhr angeboten werden. Grundsätzlich wird sich die Betreuungszeit nach dem tatsächlichen Bedarf richten.

Auf dem Weg von der Idee einer Kinderbetreuung an der ASFH bis zur Genehmigung des aktuellen Konzeptes hatten die verschiedenen Tutorinnen des Tutoriums "Studieren mit Kind" gemeinsam mit der Frauenbeauftragten und den ASFH- Gremien einige Probleme zu meistern. Es bedurfte einer gesunden Portion Idealismus der Beteiligten, um über Jahre hinweg am Ball zu bleiben und nicht aufzugeben. Seit 1998 waren engagierte StudentInnen bemüht, die Situation für Eltern und deren Kinder an unserer Hochschule zu verbessern.
Die Tutorinnen Carmen Korf- Krumrey und Iris Meck- Bauer riefen damals gemeinsam mit drei weiteren Müttern "Alice & Salomon", eine studentische Initiative zur Kinderbetreuung ins Leben. Dieses Projekt bestand ein halbes Jahr und ermöglichte den fünf Frauen ihr Studium fortzuführen. Da diese Form der Kinderbetreuung mit sehr hohem Aufwand verbunden war, musste nach neuen Lösungen gesucht werden.
1999 wurde eine Umfrage über den damaligen Kinderbetreuungsbedarf der Studierenden an der ASFH durchgeführt die ergab, dass eine Kinderbetreuung an unserer Hochschule von den Studierenden befürwortet und gewünscht wurde.
Daraufhin wurde im Dezember 2000 dem Akademischen Senat das Konzept der Kinderbetreuung zur Genehmigung vorgelegt. Dieser beschloß, dass eine Kommission das vorgelegte Konzept prüfen sollte.
Das geschah am 01. Februar 2001. Unter Berücksichtigung der dort genannten Bedingungen formulierten Jana Goede und Nicole Liebenau, die neuen Tutorinnen nochmals einen Antrag, der schließlich am 03.07.2001 (vorbehaltlich der Finanzierung) vom AS genehmigt wurde.
Wir sind außerordentlich froh über diese Entscheidung und werden uns dafür einsetzen, dass alle Hochschulangehörigen mit Kind/ern ab Oktober 2001 von der Kinderbetreuung profitieren können.

Wir erwarten Eure zahlreichen Bedarfsmeldungen, die uns bis zum 10.Oktober 2001 vorliegen sollten. Um das Betreuungsangebot gegebenenfalls an den Bedarf anzupassen, benötigen wir auch Anmeldungen für Kinder unter 2 und über 5 Jahren. Sendet sie per Post, e- mail oder steckt sie in unseren Briefkasten (Raum 320).

Einen erfolgreichen Start ins neue Semester wünschen Euch

Nicole & Jana

info

Adresse:
ASFH Berlin
Tutorium "Studieren mit Kind"
Alice- Salomon- Platz 5
12627 Berlin

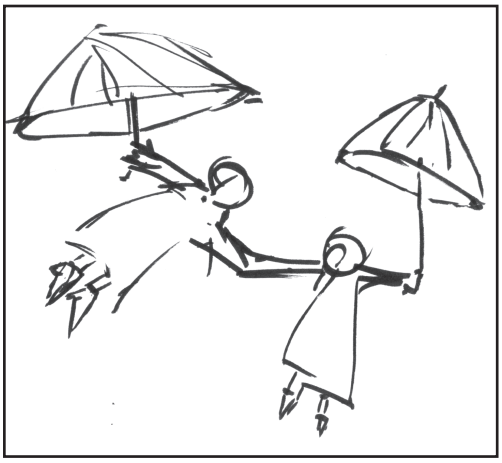
e- mail:
StudierenmitKind@asfh-berlin.de

Dissertation mit Auslandsinput - ein "förderungswürdiges Unternehmen"?!

Literatursuche und mehr an der Ostküste der Vereinigten Staaten von Amerika

Silke-Birgitta Gahleitner

Ende Juli vergangenen Sommers startete ich in eine 6-wöchige, geförderte Reise an die Ostküste der Vereinigten Staaten von Amerika, um vor Ort zuvor recherchierte englischsprachige Literatur und Praxiserfahrungen für meine Dissertation einzuholen. Innerhalb meines Forschungsvorhabens zu geschlechtsspezifischen Aspekten sexueller Gewalt ist der überwiegende Anteil der spezifischen Veröffentlichungen nur im englischen Sprachraum zugänglich und von Deutschland aus nur schwer und häufig über Fernleihe oder komplizierte Bestellverfahren zugänglich. Zudem war ich interessiert an den dortigen Praxiserfahrungen vor Ort und hatte zuvor Kontakt zum Sexual Assault Prevention and Counseling Center (SAPCC) in Lancaster, Pennsylvania aufgebaut, um deren Erfahrungen mit den meinigen zu vergleichen und in die Dissertation einzubringen.



Dieses Zentrum gegen sexuelle Gewalt war meine erste Station nach meiner Ankunft in den USA. Anfang August nahm ich dort die Möglichkeit einer 14-tägigen Hospitation wahr. Diese Chance, die Organisation von innen kennenzulernen, gestaltete sich für mich in jeder Hinsicht als sehr fruchtbar. Ich lernte die gesamte Kolleginnenschaft dort kennen: die Direktorin des Programmes, die Psychologin und Supervisorin, die 4 Beraterinnen, die 2 Präventionsbeauftragten, die Organisatorin der ehrenamtlichen Kräfte, die Sekretärin und einige der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und umliegenden FachkollegInnen aus Arbeitskreisen.

Die Arbeit ist in vielen Punkten sehr ähnlich der unseren, in anderen wiederum ganz verschieden. Etwas vereinfacht könnte man sagen, daß sich die konkrete Arbeit am Klientel entsprechend dem universellen Phänomen sexueller Gewalt weltweit sicherlich mehr oder weniger gleicht, die Organisation der Hilfsangebote sich jedoch grundlegend unterscheidet. Der zentrale Aufbau der Einrichtung, der Einbezug von ehrenamtlichen Kräften in die Hotline-Arbeit und die Selbstverständlichkeit von Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit regional und überregional setzen eindeutig abweichende Akzente von unserer Projektarbeit, wie ich sie aus meiner Praxis in Berlin und aus meiner Berufserfahrung in Österreich kenne:

Beratung, Prävention, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungsarbeit laufen alle über den SAPCC als zentrale Einrichtung gegen sexuelle Gewalt an Frauen, Männern, Mädchen und Jungen. Andere Projekte in ähnlichen Themenkreisen sind entweder eng mit dem SAPCC vernetzt, wie beispielsweise das auch räumlich nahegelegene Frauenhaus, oder werden nach einer gewissen Anlaufzeit unter dessen Dach untergeordnet. So ist beispielsweise eine der Beraterinnen eigens für die Beratung und Öffentlichkeitsarbeit der spanisch sprechenden ImmigrantInnen der gesamten Region abgestellt. Diese zunächst in einem anderen Projekt angesiedelte Aufgabe ging mit der Zeit an den SAPCC über, um alle Tätigkeiten zu sexueller Gewalt dort zusammenzufassen. In Berlin und anderen Städten Deutschlands und Österreichs hingegen gibt es jeweils einzelne, sehr kleine Projekte zur Problematik sexueller Gewalt. Dies gewährleistet eine gewisse Diversität von Angeboten in einer Region. Das amerikanische Modell mit seinen zentralen Großeinrichtungen und die damit verbundene interne Diversität und externe Schlagkraft gegen sexuelle Gewalt

auf allen Ebenen hat mich jedoch sehr fasziniert und begeistert.
Über das ausladende Konzept ehrenamtlicher Mitarbeit läßt sich diskutieren. Zunächst ist "Volunteer-Work", wie sie dort heißt, nicht zu verwechseln mit dem schlechten Beigeschmack, der ehrenamtlicher Mitarbeit bei uns häufig anhaftet. Die "amerikanische Ehrenamtlichkeit" unterscheidet sich gravierend von der Deutschlands. Aufgrund des höheren Ausmaßes an Privatwirtschaft existiert dort eine ganz andere Tradition von Sponsorenschaft und freiwilligem Engagement für den sozialen Bereich. Ganze Megaprojekte sind aus privater Finanzierung entstanden. Ehrenamtliches Engagement wird nicht belächelt, sondern als statusfördernd angesehen und akzeptiert. Die "Volunteers" werden aufwendig geschult, supervidiert und regelmäßig zu Gesprächen einbestellt. - Dennoch, auch MitarbeiterInnen des SAPCC sehen negative Seiten an diesem Konzept. Zuweilen können die Volunteers beachtliche Machtpositionen innerhalb der Einrichtung einnehmen - dennoch sind sie immer nur ausschnittsweise in die Alltagsarbeit involviert. Das kann zu Mißverständnissen, Spannungen und zuweilen auch Fehlinterventionen führen. Doch der SAPCC hat keine Wahl, wenn er das Angebot so aufrechterhalten will, wie es momentan läuft. Die 24-Stunden-Hotline kann anders nicht finanziert werden. Eine Realität, mit der auch deutsche Projekte zu kämpfen haben und die sie vermutlich in Zukunft mit zunehmender Privatisierung mehr und mehr einplanen müssen.
Prävention, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema sexuelle Gewalt haben in den USA eine Selbstverständlichkeit, die aus deutscher Sicht einfach zu beneiden ist. Mit der größten Selbstverständlichkeit finden sich Artikel in den lokalen Zeitungen, Plakate an allen möglichen und unmöglichen Stellen in der Stadt und Präventionseinsätze vom Kindergarten über Schulen, Krankenhäuser, Kirchen bis hin zu sogar Profit-Organisationen. Vernetzung zwischen Polizei, Gerichtsbarkeit und dem SAPCC gehören zum Pflichtprogramm. Nicht, daß immer alles reibungslos von statten gehen würde, aber die Notwendigkeit macht die regelmäßigen Arbeitskreise zur Pflicht und einzelne Verbindungen werden gepflegt und ausgebaut bis hin zu partnerschaftlicher Projektarbeit.
Ähnliches gilt für die Routine der Beratungsarbeit. Die Art der Einsätze und die verschiedenen Schattierungen der Arbeit, angefangen von einmaligen Beratungseinsätzen bis hin zu mehrjährigen Therapieangeboten, unterscheiden sich eigentlich nicht von unserer Praxis. Aber alles erscheint mir aus unserer Praxisperspektive ein wenig ausgefeilter und unserer Zeit voraus. Zahlreiche detaillierte Handbücher zum Thema Beratung und Therapie geben der alltäglichen Praxis Halt und Stütze. Und so habe ich die Beraterinnen auch in ihrer Arbeit erlebt: als souveräne Alltagspraktizierende beratend, therapierend - manchmal vielleicht für deutsche Augen ein wenig zu pragmatisch. Doch das Positive überwog in meinen Augen. Die Gespräche mit den BeraterInnen und die zahlreichen Literaturtips waren für mich ein wahrer Fundus für meine Dissertation und meine therapeutische Erfahrung. Und nicht zu guter Letzt lacht hier jede(r) über die restriktive Art des Psychotherapiegesetzes in Deutschland. Amerika ist viel zu praxisorientiert, um die breite psychosoziale Realität zu leugnen, die in Fällen von Traumatisierung zu Rate zu ziehen ist.
Von besonderem Nutzen für meine qualitative Interviewreihe im Rahmen meiner Promotion war die Möglichkeit, zwei KlientInnen zu ihrer Geschichte mit sexueller Gewalt zu interviewen. Eine davon fiel exakt in meine Zielgruppe und ich werde dieses Interview voraussichtlich in die Auswertung mit einbeziehen. Als "kultureller Vergleich", um aufzuzeigen, welch universelles Problem sexuelle Gewalt darstellt, und welch ähnliche Folgen es über Kontinente hinweg auslöst, eignet sich dieses Interview hervorragend. Das war ursprünglich nicht geplant, wird aber meiner Arbeit und Auswertung ohne erheblichen Mehraufwand noch eine weitere Dimension hinzufügen.
Die leitende Psychologin erwies sich nicht nur in der Vermittlung der beiden InterviewpartnerInnen als sehr kooperativ und hilfreich, sie stellte mich auch dem landesweiten Zentrum gegen sexuelle Gewalt vor. Der National Sexual Violence Ressource Center (NSVRC, initiiert von der Pennsylvania Coalition against Rape - PCAR) in Harrisburg, der Hauptstadt Pennsylvanias, beinhaltete eine 25 Jahre alte Bibliothek voller Literatur zum Thema sexuelle Gewalt. Zusätzlich dazu verfügt das Zentrum über ein großes Video- und Zeitschriftenartikelarchiv, sauber nach Themengebieten sortiert. Dieser Kontakt bot mir völlig ungeahnte Möglichkeiten. Was in jeder Bibliothek, falls überhaupt vorhanden, erst mühsam herausgesucht werden muß, stand hier themenzentriert und kopierparat im Regal. Ich verbrachte dort mehrere Tage und genoß

den freundlichen Service der kompetenten MitarbeiterInnen, die mir jederzeit mit Rat und Tat zur Seite standen. In meiner Unterkunft begannen sich die Kopien zu stapeln.
Diese zeitintensiven, aber konstruktiven Abweichungen haben zu einigen Änderungen meiner geplanten Reisestruktur geführt. Später als geplant - zum Ende der dritten Woche - traf ich in Washington DC ein, um dort in der Library of Congress (LOC) Stück für Stück meine Titelliste aus meiner Literaturrecherche ausfindig zu machen. Für alles, was in der LOC nicht zu bekommen war, war ein weiterer Aufenthalt in Philadelphia an der University of Pennsylvania geplant, einer der anerkanntesten Universitäten an der Ostküste.
Die Arbeit in der LOC erlebte ich als sehr produktiv, aber auch extrem erschöpfend. Alles wird professionell und schnell verarbeitet an dieser berühmtesten Bibliothek Amerikas. Der riesige Bestand ist fast erschreckend. Verglichen zu anderen Erfahrungen an Deutschlands Bibliotheken gab es nur vereinzelt Wartezeiten oder Fehlbeschaffungen. Das Personal arbeitet stringent und nutzungsbezogen, die NutzerInnen selbst i.d.R. ruhig und konzentriert. Alles scheint reibungslos zu funktionieren, erst am Abend spürt man die Erschöpfung von den endlosen unterirdischen Gängen zwischen den Gebäuden und dem langen Stehen am Kopierer.
Nach ca. 10 Tagen hatte ich einen Überblick, was in der LOC zu bekommen war und welche meiner Titel vermutlich ausständig bleiben würden. Ich begann also mit den endlosen Kopierarbeiten, immer mehr in Sorge, wie ich die ganze "Ausbeute" nach Deutschland transportieren sollte. Parallel dazu suchte ich Unterstützung beim Bibliothekspersonal, um die restlichen Titel zu lokalisieren. Es stellte sich heraus, daß bis auf ganz wenige Ausnahmen die meisten der Zeitschriften im Umland von Washington in verschiedenen Universitäten zu finden waren. Die restlichen - wurde ich beruhigt - könnten über Fernleihe beschafft werden.
Und nun stellte sich erst heraus, wie produktiv der Aufenthalt beim NSVRC gewesen war. Das ausgewählte Sortiment hatte insbesondere ganz seltene und einführende Literatur zu meinem spezifischen Thema bereitgestellt und machte einen weiteren Aufenthalt an der University of Pennsylvania überflüssig. Mir diesen nochmaligen Ortswechsel mit allem, was an Organisation in einem fremden Land dazugehört, zu ersparen, gab mit mehr Zeit und Möglichkeit, alle Ressourcen der LOC und der umliegenden Bibliotheken auszuschöpfen. So besuchte ich beispielsweise die Child Welfare League of America, eine zentrale Bildungs- und Informationseinrichtung für Professionelle im Kinderschutzbereich, die mich erneut mit noch unbekannter spezifischer Literatur versorgte. Neben der LOC betrachte ich diese spezifischen Tips der verschiedenen Organisationen als die wertvollsten Errungenschaften dieser Reise, denn selbst die beste Literaturrecherche sagt nichts aus darüber, ob ein Artikel, ein Sammelband oder eine Monographie tatsächlich die Praxis des angloamerikanischen Raumes prägt oder seit seiner Veröffentlichung im Regal steht. Für all diese "Insider-Tips" bin ich daher sehr dankbar.
Ich konzentrierte mich also die verbleibenden 10 Tage neben den zahlreichen Kopien auf die Beschaffung der restlichen Titel meiner Literaturrecherche in den umliegenden Bibliotheken wie beispielsweise der National Library of Medicine und auf weitere, neue Literaturtips von den spezifischen Organisationen.
Kurz vor dem Rückflug stand ich - wie erwartet - vor dem Problem des Transports der mehrere tausend Seiten schweren Kopiepakete. Nach reiflicher Überlegung entschloß ich mich dennoch gegen den bequemeren Postweg und für den Kampf mit der Fluggesellschaft darum, "mit meinen Papieren reisen zu dürfen". Der Postweg erschien mir einerseits zu unsicher und andererseits zu langsam, um nach meiner Ankunft möglichst schnell Ordnung in das Papierchaos zu bringen, in der berechtigten Angst, daß dieses Vorhaben mit der Zeit immer schwieriger werden würde.
Unabhängig von den unermeßlichen Möglichkeiten, die mir die LOC und die umliegenden Bibliotheken und Organisationen für meine Literatursuche geboten haben, habe ich diesen mehrwöchigen Auslandsaufenthalt in jeder Hinsicht als Gewinn für mich erlebt. Auf einem anderen Kontinent aus dem Flugzeug zu steigen, umgeben von Menschen, die nicht die eigene Muttersprache sprechen, und sich dann noch zu Arbeitszwecken über Wochen dort aufzuhalten, das ist selbst in einem Land, das sich von Europa ja gar nicht so grundlegend unterscheidet, eine einprägsame Erfahrung.
Macht man Urlaub in einem anderen Land, findet man alles Neue aufregend und angenehm - im Alltag sieht das dann zuweilen etwas anders aus! - Viele Male am Tag das

kleine und große Erstaunen über Andersartigkeiten - von Existentiellem wie dem Umtauschen von Währung bis hin zu Kleinigkeiten wie Ampelschaltungen und Türschlössern. Es strengt einfach an, manchmal ist es auch eine willkommene Herausforderung, aber nicht gerade, wenn man zu einem Termin eilt oder einfach einen ähnlich reibungslosen Arbeitsalltag erwartet wie im Heimatland.
Nichtsdestotrotz - AmerikanerInnen sind auf diese Art verzweifelter und hilfesuchender Anfragen vorbereitet. Nicht in diesem Land geboren zu sein, ist dort lange nicht mit dem selben Exotenstatus verbunden wie in Deutschland, sondern gehört schlicht und einfach zur Alltagsrealität. AmerikanerInnen oder MigrantInnen, die schon lange genug dort leben, um perfekt orientiert zu sein, reagieren i.d.R. hilfsbereit und unkompliziert auf verzweifelte Anfragen nach dem richtigen Weg, dem Funktionieren einer Maschine oder der Bedeutung eines nie gesehenen oder gehörten Wortes. In diesen Genuß kam ich unzählige Male und es wird mir stets in Erinnerung bleiben - als Alternative zu so manchen Alltagssituationen hier in Deutschland, die ich erlebt habe.

Nach einer Weile hatte ich mich dann gut eingelebt, startete meinen Tag ganz amerikanisch im "gym" mit ein wenig Sport - die Recreation-Areas waren wie selbstverständlich in die Beton-Glasgebaeude meiner Unterkunft integriert - lief danach im Businessschritt der Massen zur U-Bahnstation mit eingebautem Einkaufszentrum, ergatterte mir am brechend vollen Coffee-Company-Stand mein kleines Frühstück und tauchte dann frisch und gestärkt aus der U-Bahn auf, um die riesige Rolltreppe in das nahezu tropische Sommer-Washington aufzusteigen. Ich schaffte es dann gerade ohne größere Schweißverluste zur Library of Congress, wo ich mitgebrachte Jacken und Pullis schichtenweise von Stunde zu Stunde anziehen mußte, um mich an das "Air-Conditioning-System" zu "akklimatisieren" ...
Washington ist sehr anregend, hat nahezu etwas Absurdes und ist voll von Gegensätzen - eine Stadt der "White Collar Jobs" und aller dazu möglichen Kontraste. Im Lichte dieses Eindrucks erscheinen mir alle Bemühungen Berlins, genauso zu werden, als absurd. - Menschen mit allen nur denkbaren ethnischen Hintergruenden leben in dieser Stadt - und auch wenn es Konflikte gibt - es ist einfach interessant zu sehen, wie selbstverständlich hier miteinander umgegangen wird, einfach weil es Alltag ist. Davon könnten wir hier in Deutschland eine Menge lernen.
Nach fast 7 Wochen freute ich mich jedoch auch wieder auf Berlin, meine Freunde, und alles, was für mich dazugehört, hier zu sein und hier zu leben. Der "Culture-Shock" begann wohl erst gegen Ende zu greifen oder hatte innerhalb der kurzen und vielbeschäftigten Zeit gar keine Gelegenheit, sich einzuschleichen. Ich habe es wirklich genossen, die Möglichkeiten der Ostküste für meine Dissertation auszuschöpfen, die Praxis zu sexueller Gewalt und viele beeindruckende Menschen kennenzulernen und ein anderes Land und dessen Möglichkeiten und Grenzen auf mich wirken zu lassen.
Für meine damalige Stipendiatinneneinrichtung, das Förderprogramm Frauenforschung des Berliner Senats, stellte meine Dissertation mit Auslandsinput ein "förderungswürdiges Unternehmen" dar. Für diese Chance möchte ich mich sehr herzlich bedanken und kann diese Idee wärmstens an andere PromovendInnen sowie Förderungseinrichtungen weiterempfehlen.

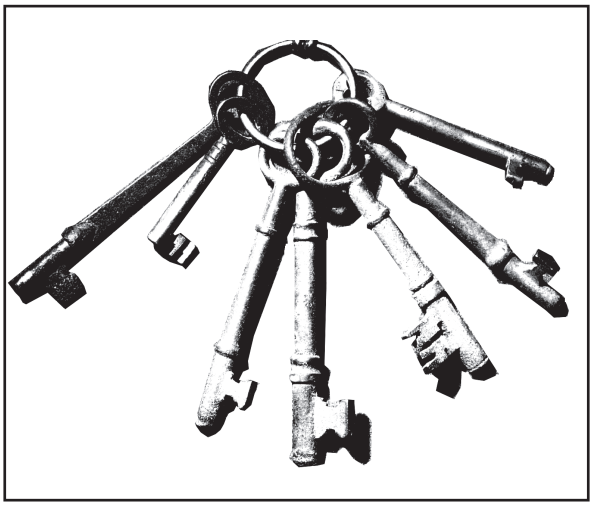
Silke Gahleitner ist Doktorandin im Alice-Salomon-Stipendienprogramm und Lehrbeauftragte an der ASFH.

Häusliche Gewalt in England

Erfahrungen einer Auslandsstudentin

Claudia Rudler

Ich habe mein Praktikum im fünften Semester im Ausland gemacht. Als ich im September 1999 mein Flugzeug nach England bestieg, war ich die einzige aus meinem Semester mit Ziel Manchester, so dass dieses Unternehmen einem Sprung ins kalte Wasser gleich kam. Sechs Monate England, ohne viele Leute zu kennen, eine fremde Sprache, eine fremde Kultur und Mentalität.
Gefühle der unterschiedlichsten Arten überschwemmten mich: Spannung und Freude, aber auch Traurigkeit und Angst. Angst vor sechs Monaten im Ausland, die ich allein überstehen musste - Spannung auf Menschen und Land, neue Freunde und neue Erfahrungen.
Nach 4 Tagen Eingewöhnungszeit gingen die Seminare an der Manchester Metropolitan University (MMU) los. Ich traf unzählige andere AuslandsstudentInnen aus allen Ländern der Erde: Spanien, USA, Finnland, China, Syrien, Griechenland, Peru, Brasilien, Holland, Belgien, Russland, Israel ... aber auch jede Menge Deutsche und natürlich Einheimische. Wir ausländischen StudentInnen wurden durch die uns verbindende Fremdheit in diesem Land schnell zu einer großen Familie, die selbst das allergrößte Heimweh vergessen machte. Was folgte, waren gemeinsame Unternehmungen im Nachtleben von Manchester oder in die Umgebung (Manchester liegt sehr zentral: Wales, Yorkshire, Lake District ... sind sehr schnell zu erreichen.).



Während der ersten drei Monate meines Aufenthalts nahm ich nur an den Vorlesungen an der MMU teil, da für mich noch kein Praktikumsplatz gefunden worden war. Der Stundenplan bestand zum einen aus Pflichtveranstaltungen (law, community work, placement preperation u.a.), zum anderen aus Wahlpflichtseminaren (culture of deaf people, women studies u.a.).
Im Dezember hatte sich dann auch endlich ein Praktikumsplatz für mich gefunden (darum sollte sich zwar das Praxisamt der MMU kümmern, dennoch erfordert es meist eine Portion Eigeninitiative). Ich begann bei Stockport Women´s Aid, einem Frauenhaus, zu arbeiten.
Ich traf auf ein zwar völlig überlastetes, aber dennoch fantastisches Team von Frauen, die mich mit offenen Armen aufnahmen und mich in allem unterstützten. Das Frauenhaus bot Platz für 13 Frauen und ihre Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen waren. Das Team bestand aus der Managerin, einer Vollzeitmitarbeiterin, zwei Teilzeitmitarbeiterinnen, einer Bürofachkraft und einer Kinderbetreuerin. Aufgrund der momentanen Personalknappheit (zwei Stellen waren nicht besetzt) wurde ich nach einem Monat Einarbeitungszeit als vollwertige Kraft in das Schichtsystem integriert. Dies bedeutete zum einen eine große Belastung, zum anderen aber auch die Chance eigenständig zu arbeiten. Mir wurden zwei Frauen zugeteilt, die ich als Bezugsperson betreuen sollte. Andere Aufgaben waren Telefondienst, Bürodienst und der Umgang mit Frauen, die ins Haus kamen oder über das Telefon um Hilfe baten.
Sicherlich gab es bei diesen Arbeiten auch schwierige Momente: Ich hatte beispielsweise den Anspruch an mich selbst, die Frauen adäquat zu beraten. Dies war aufgrund meiner Unkenntnis des englischen Rechtes und den Vorgehensweisen in Fällen häuslicher Gewalt nicht immer möglich. Durch die Supervision mit meiner Anleiterin (ein Haken der englischen Sozialarbeit: die Supervisi-

on erfolgt durch die Vorgesetzte) lernte ich damit umzugehen und meine Ansprüche an mich selbst zu reduzieren bzw. meine Energie anderweitig einzusetzen.
Um mich einarbeiten zu können, erhielt ich die Möglichkeit, VertreterInnen von eng mit Stockport Women´s Aid zusammenarbeitenden Institutionen zu interviewen. Ich sprach mit einer Vertreterin eines housing teams über die Suche nach einer Wohnung für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen. Dabei erfuhr ich auch von Vorurteilen, die Institutionen gegenüber solchen Frauen haben (beispielsweise, sie würden die Gewalt erfinden, um schnell und billig eine neue Wohnung zu bekommen; von häuslicher Gewalt betroffene oder schwangere Frauen haben bei der Wohnungsvergabe Vorrang).
In einem Gespräch mit den Frauen der Domestic Violence Unit (DVU), einer Abteilung der örtlichen Polizei, die sich nur mit Fällen häuslicher Gewalt beschäftigt, konnte ich mehr über die Arbeit der Polizei erfahren. Da gab es sehr positive Erlebnisse, beispielsweise die Hilfe bei einem akuten Hilferuf , aber auch negative Erfahrungen, wie die Verweigerung von Hilfe und Abschiebung des Problems an die DVU oder Frauenhäuser. Außerdem arbeitet Stockport Women´s Aid eng mit RechtsanwältInnen, social services, health visitors, ÄrztInnen, Schulen, anderen Frauenhäusern und Institutionen zusammen. Es wird versucht, den Frauen auf jegliche Art zu helfen. Der Grundsatz des Hauses ist, keine Frau ohne Hilfe wegzuschicken.
In meinen Kontakten zu den Bewohnerinnen des Frauenhauses gab es ebenfalls unterschiedliche Erfahrungen: Von vielen Frauen (meist Frauen, die während des Praktikums zu Klientinnen wurden) wurde ich schnell akzeptiert, bei anderen gab es Probleme. Zum einen, weil ich jünger und unerfahren in der Arbeit in einem Frauenhaus war, zum anderen auch durch meinen Ausländerstatus. Es gab teilweise Sprachprobleme (aufgrund verschiedener Dialekte der Frauen), von manchen Frauen wurde ich nicht als ihresgleichen angesehen. Doch trotz aller Probleme, innerhalb des Teams wurde ich immer aufgefangen und akzeptiert.

Frauenhäuser haben sich seit der Gründung des ersten Frauenhauses in London im Jahre 1971 in ganz England etabliert. Mit Hilfe der Organisation Women´s Aid Federation of England (WAFE), gegründet im Jahre 1974, wurde ein flächendeckendes Netz aufgebaut, so daß es heute über 250 Frauenhäuser in England gibt.
Women´s Aid Federation of England leistet vor allem Unterstützungsarbeit, Lobbyarbeit in Regierungskreisen, ist Informationszentrale für Frauenhäuser und finanziert eine nationale help-line. Durch ihre Arbeit erreichten die Mitarbeiterinnen von WAFE, daß Gesetze zugunsten der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen verbessert wurden: So wurde 1976 The Domestic Violence and Matrimonial Act erlassen, der den Frauen erlaubte, eine gerichtliche Verfügung gegen ihre Männer zu erwirken, um diese aus der gemeinsamen Wohnung ausweisen und weitere Gewalt verhindern zu können. Diese Möglichkeiten wurden 1996 durch den Family Law Act IV präzisiert. 1977 wurde häusliche Gewalt in die Homelessness Legislation aufgenommen. Von häuslicher Gewalt betroffene Frauen werden aufgrund dessen bei der Wohnungsvergabe bevorzugt.
Auch in England ist das Problem häuslicher Gewalt kein geringes. So ist nach Schätzungen jede vierte Frau betroffen. Jährlich kontakten ca. 145.000 Frauen Frauenhäuser oder help-lines. Jedoch sind trotz umfangreicher gesetzlicher Regelungen diese Frauen in der Praxis immer noch benachteiligt. Trotz des Vorhandensein spezieller Einheiten bei der Polizei (domestic violence units) ist das Personal bei Polizei und Justiz ungenügend imformiert und es kommt immer wieder zu falscher Intervention, sprich Schlichtung der "Familienstreitigkeit" oder Nichternstnahme der Frau. Auch das Sorgerecht für die Kinder ist unklar geregelt. So haben mißhandelnde Ehemänner nach dem Children Act 1989 das Recht ihre Kinder zu sehen, auch wenn ein Verdacht auf Mißhandlung der Ehefrau als auch des Kindes besteht.
(Quelle: Women´s Aid Federation of England, Bericht 1998/99)

Zum Schluß möchte ich alle InteressentInnen ermutigen, ein Auslandssemester zu absolvieren. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht und ich kann nur empfehlen, alle Hürden zu nehmen, um sich diesen Traum zu erfüllen. In den Worten Bob Gutfreunds (International Coordinator, MMU): "Keep the struggle going!" Es lohnt sich.

Ich freue mich über Meinungen und Fragen unter: claudiarudler@hotmail.com.

Claudia Rudler ist Studentin an der ASFH.

Der Arbeitskreis Marzahn-Hellersdorf gegen häusliche Gewalt

Carmen Weber

Die Gleichstellungsbeauftragte des Bezirksamts Marzahn, Frau Christine Rabe und *die Marzahner Beratung für Männer - gegen Gewalt* initiierten im Jahr 1999 den **Arbeitskreis Marzahn gegen häusliche Gewalt**, um auf bezirklicher Ebene koordiniert gegen häusliche Gewalt vorzugehen. Am **30.05.2001** tagte dieser ArbeitsKreis zum ersten Mal im Rahmen des Großbezirks Marzahn-Hellersdorf. Diese präventive Kooperation auf bezirklicher Ebene stellt ein Novum im Land Berlin dar. Im Mittelpunkt der Arbeit dieses Gremiums steht, das allgemeine Bewusstsein über das Ausmaß der Gewalt an Frauen zu erhöhen und gemeinsame Gegenstrategien zu entwickeln und andererseits den Blickwinkel über das i.d.R. weibliche Opfer hinaus auf die notwendige Inverantwortungnahme des Täters zu erweitern.

TeilnehmerInnen der Arbeitstreffen sind bzw. waren MitarbeiterInnen folgender Ämter und Einrichtungen:

- die Gleichstellungsbeauftragte
- Sozialamt Marzahn-Hellersdorf
- Jugendamt Marzahn-Hellersdorf
- Polizeidirektion 7 (Abschnittsleiter und Lagedienst)
- Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen
- Soziale Dienste der Justiz (Bewährungs-/ Gerichtshilfe)
- Koordinationsstelle des Berliner Interventionsprojekts gegen häusliche Gewalt BIG
- Robinson e.V.
- Frauenzentrum Matilde (Zufluchtswohnung)
- MiM e.V. Mädchenzentrum
- Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V.: Marzahn-Hellersdorfer Beratung für Männer – gegen Gewalt
- Dissens e.V. (Jungenarbeit)

Besondere Bedeutung hat die **Konzipierung eines bezirklichen Aktionsplanes gegen häusliche Gewalt an Frauen**, die im Rahmen des Arbeitskreises erfolgt, und die Voraussetzungen für die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes in Berlin optimieren soll.

Als Ergebnis der letzten Tagung des Arbeitskreises wurde der Beschluss gefasst, die Kooperation zwischen den relevanten Institutionen und Projekten weiterzuentwickeln und zu intensivieren. Zielstellung aller Teilnehmer ist, ein **kommunales Netzwerk gegen häusliche Gewalt in Marzahn-Hellersdorf** zu etablieren, denn bisherige nationale und internationale Ergebnisse zeigen, dass für eine wirksame und dauerhafte Bekämpfung häuslicher Gewalt ein konsequentes Zusammenspiel von straf- und zivilrechtlichen, politischen und sozialen Massnahmen entscheidend ist.

Carmen Weber ist Diplom-Wirtschaftlerin, Mitglied des Arbeitskreises gegen häusliche Gewalt Marzahn-Hellersdorf und Mitglied des FrauenNetzes Marzahn-Hellersdorf Sie arbeitet als Projektleiterin für Frauenarbeit im Robinson e.V.

Zuflucht in Hellersdorf

A. Höhne / R. Bahr

Fast täglich werden wir in den unterschiedlichsten Medien damit konfrontiert:

Der überwiegende Teil der Gewalt gegen Frauen findet in den eigenen vier Wänden statt. Häusliche Gewalt sind Drohungen, Erniedrigungen, soziale Isolation, körperliche Misshandlungen, sexueller Missbrauch, Freiheitsberaubung und Aggressionen gegen Kinder. In vielen Fällen tritt die häusliche Gewalt gekoppelt mit anderen Problemen wie Scheidung, Trennung, Arbeitslosigkeit, Alkoholmissbrauch und Schulden auf. Laut Kriminalstatistik wurden im vergangenen Jahr mehr als 800 Frauen und mehr als 1000 Kinder Opfer häuslicher Gewalt, bei einer vermutlich hohen Dunkelziffer.

Zum Schutz der Frauen und deren Kindern wurden deshalb bundesweit Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen errichtet.
Unsere Zufluchtswohnung wurde 1994 eröffnet. Seitdem fanden mehr als 100 Frauen und Kinder in ihr eine zeitweilige Bleibe. In der Dreizimmerwohnung können jeweils 2 Frauen mit je 2 Kindern unterkommen. Die Frauen kommen aus unterschiedlichsten Schichten, angefangen bei Sozialhilfeempfängerinnen über arbeitslose Frauen bis hin zur Beamtin. Die Art und Weise sowie die Dauer der Begleitung und Betreuung war und ist sehr unterschiedlich und erfordert in vielen Fällen eine intensive und kontinuierliche Langzeitbetreuung.
Seitdem das Marzahner Frauenhaus 1997 geschlossen wurde, ist unsere Zufluchtswohnung die einzige Anlaufstelle für gewaltbetroffene Frauen in Marzahn,
Hohenschönhausen und Hellersdorf (mit weit über 100 000 Frauen). Das deckt bei weitem nicht den Bedarf. Deshalb müssen wir hilfesuchende Frauen an Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen anderer Bezirke oder des Umlandes vermitteln (jährlich ca. 50 Frauen und 65 Kinder). Für die Kinder ist das besonders nachteilig, da sie aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen werden.

Zur Lösung der mit der jeweiligen Gewalt- und Krisensituation einhergehenden Problemlage war und ist die enge Zusammenarbeit und der kontinuierliche Informationsaustausch mit anderen Behörden und Institutionen unverzichtbare Grundlage (Bezirksamt, Landeseinwohneramt, Polizei, Wohnungsamt ....).
Ehemalige Bewohnerinnen der Zufluchtswohnung gründeten 1996 eine Selbsthilfegruppe. Hier finden regelmäßig monatliche Gesprächsrunden statt, in denen die Frauen aktuelle Probleme ansprechen, sich untereinander austauschen und gemeinsam nach Lösungswegen suchen. Ergänzt werden die Treffen durch
thematische Angebote seitens des Frauenzentrums.
Durch unsere Unterstützung fanden viele Frauen ihr Selbstbewusstsein wieder
und damit ihren eigenen Weg.

A. Höhne / R. Bahr sind Sozialarbeiterinnen des Frauenzentrums "Matilde" Ansprechpartnerinnen für Hilfesuchende. Tel. 030 - 56 40 02 29

Suchbegriff:

Gewalt gegen Frauen

Ute Carstens

Über die Suchmaschine Google.de mit der Sucheingabe "Gewalt gegen Frauen" habe ich die meisten und - wie ich meine - interessantesten Seiten gefunden.

www.frauennews.de/ themen/kriegsmittel

Gewalt gegen Frauen als Mittel der Kriegsführung
Hier geht es u.a. um Vergewaltigung als Mittel zur Kriegsführung. Aktuell im ehemaligen Jugoslawien, geschichtlich im 2. Weltkrieg.

www.terre-des-femmes.de/ Menschenrechte für die Frauen e.V.

Ein Verein, der sich für die Verwirklichung der Menschenrechte für Frauen v.a. im Ausland einsetzt, u.a. mit den Themen "Frauenrechte im Islam", "Genitalverstümmelung", "Frauenhandel" oder "Textilkampagne" für bessere Arbeitsbedingungen.
Die Seite hat viele interessante Links auch zu anderen Frauenthemen.

www.berlin.de/Land/SenArbSozFrau/frauen/gewalt.htm

Ist zwar eine Seite der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen. Beinhaltet aber u.a. Anlaufadressen und Notfalladressen. (vorsicht, z.T. nicht mehr aktuell! d.sätzerin)
In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf Internet-Adressen aus anderen Bundesländern verweisen. Hat mich schon erstaunt, was zum Thema Gewalt von öffentlichen Stellen alles gemacht wird.

www.spiegel.de/panorama/0,1518,121616,00.html

Sexuelle Gewalt als Asylgrund? Ein Artikel über das Dilemma.

www.amnesty.de

Die Seite von amnesty international hat Links in viele Richtungen. Es lohnt sich, die Seiten mal anzusehen, auch wenn einige Seiten sich nicht öffnen lassen. Über die Suchroutine (z.B. "Gewalt gegen Frauen") finden sich Berichte aus vielen Ländern zu ganz unterschiedlichen Schwerpunkten.

www.frauennotruf.de

beinhaltet alle möglichen Hilfestellungen für Frauen, die Gewalt ausgesetzt sind - von Adressen und einem Chat bis hin zu einem detaillierten Notfallplan. Liebevoll gemachte Seite, leider anscheinend nicht sehr frequentiert, so daß die diversen Selbsthilfe-Angebote wie Kleidertausch und gegenseitige Hilfestellungen nicht gut funktionieren.

www.aufrecht.net/WildB.htm

Die Seite von Wildwasser Berlin

http://www.maedchenhaus-berlin.de

Auf der Seite des Mädchenhauses finden sich Infos für Mädchen in Deutsch, Türkisch, Polnisch und Englisch sowie eine komplette Broschüre über Konzept und Alltag des Mädchenhauses (inkl. Taschengeldtabelle!)

http://www.uni-bielefeld.de/IFF/fraueninfonetz/gruppen/sexgewal.htm

Eine umfangreiche Linksammlung zum Themenkreis (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen, die Seite des Fraueninfonetzes wird allerdings nicht mehr gepflegt.

http://www.wibig.uni-osnabrueck.de/wibig0.htm

Veröffentlichungen zum Thema Häusliche Gewalt und Folgekosten. U.a. von Barbara Kavemann und Beate Leopold, die beim Fachhochschultag "Frauen in Gewaltverhältnissen" im Oktober referieren werden.

http://home.landtag.nrw.de/mdl/marianne.huerten/z2.htm

Beitrag von Marianne Hürten, der frauenpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag zur Veranstaltung "Frau - Verrückt?!"
Es geht u.a. um gesundheitliche Folgen sexualisierter Gewalt für Frauen und auch um daraus entstehende Kosten.

http://www.lesben-gegen-gewalt.de/

Sehr fundierte Seiten des DAPHNE-Projektes gegen Gewalt gegen Lesben.

http://www.asfh-berlin.de/gewaltverhaeltnisse/

Die Seiten zum Hochschultag der ASFH "Frauen in Gewaltverhältnissen" mit Programm, Texten und Links zum Thema.

Ich hab bei Google die Suchbegriffe häusliche Gewalt and Folgekosten eingegeben.
Dazu gab es über hundert Seiten. Welche es weiter interessiert....
Dies ist nur eine kleine Auswahl zum Thema. Es gibt Hunderte Seiten aus allen möglichen Bereichen. Ich habe bei meiner Auswahl darauf geachtet, möglichst seriöse Links anzugeben.
Aber da ja jede Seite Links zu anderen Seiten hat sind noch viele Möglichkeiten offen.

Literatur zum Schwerpunktthema

Amann, Gabriele /Wipplinger, Rudolf (Hrsg.)
Sexueller Missbrauch
Überblick zu Forschung, Beratung und Therapie. Ein Handbuch
1997, DGVT, 866 S. ISBN 3-87159-012-6

Bei aller Liebe...
Gewalt im Geschlechterverhältnis
Eine Kongressdokumentation
2000, Kleine Vlg , 408 S.
ISBN 3-89370-336-5

Blaschke, Jochen (Hrsg.)
Frauenhandel und Prostitution - Erfahrungen und politische Gegenmassnahmen
2001, Berliner Inst. f. Vergl. Sozialforschung, 200 S. ISBN 3-88402-243-1

Bussmann, Hadumod /Lange, Katrin (Hrsg.)
Peinlich berührt
Sexuelle Belästigung von Frauen an Hochschulen
1996, Frauenoffensive, 160 S.
ISBN 3-88104-275-X

Dinkelberg, Wolfgang u.a. (Hrsg.)
Das Schweigen brechen
Menschenrechtsverletzungen aufgrund sexueller Orientierung
1999, Querverlag, 128 S.
ISBN 3-89656-045-X

DuBois, Susanne /Hartmann, Petra
Zwischen Frauensolidarität und Überforderung
Grundlagen und Methoden in der Frauenhausarbeit
2000, Kohlhammer, 520 S.
ISBN 3-17-016755-3

Gebhardt, Selma
Innovative Finanzmodelle in sozialen Bereichen
Zur Festbetragsfinanzierung von Frauenhäusern
2000, Rosenholz, ca. 110 S.
ISBN 3-931665-18-6

Gewalt gegen Lesben /Violence against Lesbians
1. Europäisches Symposium /1. European Symposium
2001, Querverlag, 352 S.
ISBN 3-89656-063-8

Hagemann-White, Carol /
Kavemann, Barbara /Ohl, Dagmar
Parteilichkeit und Solidarität
Praxiserfahrungen und Streitfragen zur Gewalt im Geschlechterverhältnis
1997, Kleine Vlg, 260 S.
ISBN 3-89370-252-0

Heeren, Andreas /Schild, Ihno
Mobbing - Konflikteskalation am Arbeitsplatz
Möglichkeiten der Prävention und Intervention
2001, Hampp, R, 185 S.
ISBN 3-87988-564-8

Heiliger, Anita
Männergewalt gegen Frauen beenden
Strategien und Handlungsansätze am Beispiel der Münchner Kampagne gegen Männergewalt an Frauen und Mädchen/ Jungen
2000, Leske + Budrich, 368 S.
ISBN 3-8100-2652-2

Heiliger, Anita
Täterstrategien und Prävention
Sexueller Missbrauch an Mädchen innerhalb familialer und Familienähnlicher Strukturen
1999, Frauenoffensive, 200 S.
ISBN 3-88104-319-5

Heiliger, Anita /Hoffmann, Steffi (Hrsg.)
Aktiv gegen Männergewalt
Kampagnen und Massnahmen gegen Gewalt an Frauen international
1998, Frauenoffensive, 260 S.
ISBN 3-88104-302-0

Kavemann, Barbara u.a
Prävention
Eine Investition in die Zukunft
1997m Donna Vita, 260 S.
ISBN 3-927796-51-4

Küssing, Nicole
Mach mich nicht an!
Ein Trainingsprogramm gegen sexuelle Belästigung
1997, Lambertus, 100 S.
ISBN 3-7841-0930-6

Menzel, Birgit
Männergewalt gegen Frauen - Definitionen eines sozialen Problems

book

Ergebnisse einer Inhaltsanalyse
1999, Shaker, 245 S.
SBN 3-8265-6238-0

Niesner, Elvira u.a.
Ein Traum vom besseren Leben
Migrantinnenerfahrungen, soziale Unterstützung und neue Strategien gegen Frauenhandel
1997, Leske + Budrich, 293 S.
ISBN 3-8100-1806-6

Ohms, Constance
Gewalt gegen Lesben
2000, Querverlag, 176 S.
ISBN 3-89656-049-2

Schmidt-Häuer, Julia
Menschenrechte - Männerrechte - Frauenrechte
Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsproblem
2000, LIT, 360 S. ISBN 3-8258-4783-7

Schnock, Brigitte
Die Gewalt der Verachtung
Sexuelle Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz
1999, Röhrig Universitätsverlag, 201 S.
ISBN 3-86110-186-6
Sellach, Brigitte
Gewalt im Geschlechterverhältnis
2000, Kohlhammer Stgt , 530 S.
ISBN 3-17-016754-5

Thurn, Claudia /Wils, Elisabeth
Therapie sexuell missbrauchter Kinder
Erfahrungen - Konzepte - Wege
1998, Berlin Vlg Arno Spitz, 160 S.
ISBN 3-87061-932-5

Werner, Bettina
Frauenspezifische Fluchtgründe, ihre Berücksichtigung im deutschen Asylverfahren und Konsequenzen für die soziale Arbeit
1998, Blumhardt Verlag, 118 S.
ISBN 3-932011-09-0

Zusammengestellt von Matilde Haubricht und Caroline Stern

Veranstaltungen

Fachtagung an der Alice-Salomon-Fachhochschule
25. September 2001, 10 - 16.15 Uhr

Intervention gegen häusliche Gewalt - Einrichtung einer qualifizierten Weiterbildung an der ASFH-

Die Tagung hat zum Ziel, einer Fachöffentlichkeit das Konzept und Curriculum einer Weiterbildungsveranstaltung der ASFH vorzustellen, welche dieTeilnehmerInnen als Gruppentrainer/innen für das Täterprogramm zur Arbeit mit gewalttätigen Männern qualifiziert (s. Anlage). Da die ASFH dieses im deutschsprachigen Raum noch wenig erprobte , wissenschaftlich nicht ausreichend evaluierte Programm im kommenden Jahr starten will, bietet eine Fachtagung - insbesondere auch die geplanten Arbeitsgruppen - die Chance, Inhalte und Zielvorstellungen sowie die Arbeitsmethoden des vorliegenden Programm auch hinsichtlich seines Praxisbezugs kritisch einzuschätzen.

Zur Fachtagung werden wir etwa 30 interessierte Expertinnen und Experten einladen, (Mitarbeiter/innen aus Projekten gegen häuslich Gewalt, Lehrbeauftragte und ehemalige Studentinnen der ASFH, die in den letzten 2 Jahren eine Diplomarbeit zu diesem Thema geschrieben haben sowie interessierte KollegInnen und Studierende.

Veranstalter:
Zentrum für Fort- und Weiterbildung und Hochschuldidaktik
Ort: Alice-Salomon-Fachhochschule, Audimax

"Frauen und Gewalt"

Herbsttagung des Interdisziplinaeren Zentrums fuer Frauen- und Geschlechterstudien der Universitaet Greifswald vom 5. bis 7. Oktober 2001

Veranstaltet vom IZFG in Kooperation mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern
Veranstaltungsort: Aula und Konzilsaal